neue

Frank Wolff — Organisation: Emanzipation und Widerstand / Joscha Schmierer — Bemerkungen zur Organisationsfrage / Bernd Rabehl — Der SDS und die Strategie der direkten Aktion in Westeuropa / Strategie und Organisation des SDS / Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands zur 23. o. Delegiertenkonferenz des SDS / Der SDS als Hochschulorganisation: Zur Beziehung von Projektgruppe und Hochschulrevolte in Frankfurt / Die Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967 / Antiautoritäres Verhalten und autoritäre Strukturen im SDS

kritik

Oktober 1968 50

Wolfgang Abbs

3		Vorbemerkung
4	*Frank Wolff*	Organisation: Emanzipation und Widerstand
10	*Joscha Schmierer*	Bemerkungen zur Organisationsfrage
26	*Bernd Rabehl*	Der SDS und die Strategie der direkten Aktion in Westeuropa
54		Strategie und Organisation des SDS
68		Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 23. o. Delegiertenkonferenz des SDS
88		Der SDS als Hochschulorganisation
94		Die Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967
115	*Freerk Huisker*	Antiautoritäres Verhalten und autoritäre Strukturen im SDS

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 50, November 1968, 9. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon (0611) 778670
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Vorbemerkung

Diese Nummer der neuen kritik ist das direkte Nachprodukt der 23. Delegiertenkonferenz. Am Tage danach einigten sich einige Genossen in Frankfurt, eine Sondernummer der neuen kritik zum Thema „Organisation und Autorität" zusammenzustellen, um damit die Diskussion der DK in theoretisch-praktischer Absicht aufzunehmen und die Fortsetzung der Konferenz am 16. November in Hannover mit vorzubereiten.
In der zur Verfügung stehenden Zeit konnte es nicht gelingen, die Problematik so weit aufzuarbeiten, wie das zu wünschen wäre. Dennoch können die vorgelegten Stellungnahmen und Berichte eine Arbeitshilfe sein, gerade weil sich in ihnen die selbstkritische gegenständliche Darstellung des SDS und seiner Politik unmittelbar verknüpft mit der Reflexion auf den allgemeinen Bedingungszusammenhang revolutionärer Praxis. Sie sollen dazu beitragen, daß die Diskussion erst recht verallgemeinert und weitergeführt wird. Wir verweisen im übrigen auch auf den Aufsatz von Oskar Negt, Politik und Protest *, der die Organisationsfrage in welthistorischer Dimension diskutiert.

Helmut Schauer

* in: Hack, Negt, Reiche, Protest und Politik, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1968.

Frank Wolff

Organisation: Emanzipation und Widerstand

Auf der Delegiertenkonferenz traten eine Verwirrung und eine Unsicherheit zutage, die vorher durch die spektakulären Aktionen verdeckt worden waren. Gleichzeitig setzte die Tomaten-Aktion der Berliner Genossinnen antiautoritäre Prinzipien kompromißlos durch und erweiterte damit radikal die Dimension der Organisationsprobleme, die wir lösen sollen. Die meisten Delegierten waren kaum auf diese Diskussion vorbereitet und schon garnicht bereit, eine „realpolitische" Lösung durchzusetzen; die Isolation der Gruppen während des vorigen Jahres war auch die schlechteste Vorbedingung für eine verbindliche Diskussion. Die Delegiertenkonferenz wurde so zum blinden Ausdruck der antiautoritären Phase des SDS. Sie akademisch zu analysieren haben wir keine Zeit; es kommt jetzt darauf an, ein gemeinsames Bewußtsein von den prinzipiellen Schwierigkeiten und den pragmatischen Möglichkeiten der Organisation herauszubilden. Deshalb versuche ich, die Hauptprobleme möglichst knapp darzustellen und theoretische Differenzierungen auszulassen.

Theorie und Organisation

Es ist heute nicht mehr möglich, aus einer materialistischen Theorie der Geschichte eine revolutionäre Organisation systematisch zu legitimieren. Ich lasse jetzt dahingestellt, wie systematisch es in der Geschichte je verwirklicht wurde — etwa bei der Organisierung der russischen Revolutionäre — und ob eine solche Systematik von Theorie/Strategie/Taktik/Praxis nicht selber schon die bürokratische und reaktionäre Erstarrung der meisten Organisationen der Arbeiterbewegung in sich enthält. Für die Protestbewegung der Jugendlichen ist es jedenfalls entscheidend, daß eine Ableitung der Organisation aus einer zentralen Theorie nicht mehr besteht. Zwar gibt es wesentliche Ansätze einer materialistischen Interpretation der Geschichte, wie sie sich am klarsten in den Analysen der internationalen Herrschaftsverhältnisse entwickelt haben, aber für die Metropolen besteht aus objektiven Gründen keine Theorie, die konkret und systematisch auf revolutionäre Praxis reflektiert wäre. Theorie ist radikaler noch als früher zum isolierten Spezialgebiet geworden und dient

in der Praxis der Protestbewegung teils als Machtinstrument der Prominenten, teils als bloßes Ornament und zur schlechten Rationalisierung der praktischen Schwierigkeiten; der autoritäre Charakter der Theorie gegenüber der Wirklichkeit, wie er schon immer ambivalent angelegt war, drückt sich darin wie in einer Karikatur aus.

Es läßt sich freilich theoretisch bestimmen, warum eine revolutionäre Theorie durch die Geschichte selber eliminiert wird. Die wesentlichen Entwicklungen scheinen mir in politischer Hinsicht die Liquidation und Integration der Arbeiterbewegung im autoritären Staat und in gesellschaftlicher Hinsicht die universelle Zweckrationalisierung aller praktischen Beziehungen der hochindustrialisierten Klassengesellschaft auf der Grundlage des materiellen Technologisierungsprozesses zu sein. Die entscheidende Konsequenz in diesem Zusammenhang ist die Zerstörung jeglicher herrschaftsgefährdender Organisationsformen. Das betrifft das Verbot der KPD *und* die Neuzulassung ebenso wie die systematische Privatisierung der Massen durch die öffentlichen Medien. Zunächst nur in bewußtseinsprivilegierten und geschichtlich rückständigen Bereichen wie in den Hochschulen ließ sich ein offener Widerstand gegen diese gesellschaftliche Tendenz organisieren.

Nach dieser Erfahrung, daß unsere Organisationsformen vorläufig sein müssen, gibt es drei Reaktionen. Erstens wird geantwortet mit dem Versuch, trotzdem einen geschlossenen Begründungszusammenhang z. B. von den toten Kosten im sich militarisierenden Kapitalverwertungsprozeß bis hin zum gelungenen Orgasmus in der das Reich der Freiheit antizipierenden Polit-Kommune zu konstruieren; ich halte solche Theorien eines technologisierten Anarchismus für paranoid. Zweitens: jede theoretische Legitimation von Organisation und Praxis wird aufgegeben; diese direkte Reaktionsweise scheint mir die blinde Wiederholung bürgerlichen Konsumverhaltens — von Bewußtsein wird noch geredet, aber keins mehr ausgebildet. Drittens gibt es die Möglichkeit, die praktische und organisatorische Arbeit jeweils exemplarisch zu legitimieren; das scheint mir die Bedingung einer bewußten Praxis. An den gegenwärtigen Organisationsproblemen soll jetzt gezeigt werden, daß die Spannung zwischen theoretischen Prinzipien und pragmatischen Schwierigkeiten stets neu ausgehalten werden muß.

Antizipation der freien Gesellschaft

Die Idee, daß die revolutionäre Organisation das Reich der Freiheit schon vorwegnehmen müsse, ist heute wegen der Intensität und Reichweite zentraler gesellschaftlicher Tendenzen historisch eher angemessen als etwa im Anarchismus des letzten Jahrhunderts. Zwei Initiativen der Delegier-

tenkonferenz, die Berliner zur Frauenemanzipation und die Hamburger zur Räteorganisatierung des SDS, haben diesen Impetus auf seinen Begriff gebracht und zur Diskussion gestellt. Die andere Seite ist durch den Begriff der politischen Gegengewalt bezeichnet; dabei steht das Problem, die Entwicklung zu einem offen brutalen Staat zu blockieren und die Fehler der alten Arbeiterbewegung vor dem Faschismus zu vermeiden, im Vordergrund. Es ist unmöglich, diese Gegensätze abstrakt aufzulösen, auch wird die praktische Lösung mangelhaft sein, aber es scheint nützlich, die beiden Ansprüche ständig miteinander zu konfrontieren. Vor allem muß kritisch untersucht werden, welche praktischen Erscheinungsformen die Emanzipationsmodelle haben können, denn auch sie geben theoretisch vor, den allgemeinen Kampf wirksamer zu machen.

Zu Beginn der Protestbewegung in Berlin wurde diese Diskussion am Beispiel der Kommune I eingeleitet. Die inhaltlichen Impulse haben jedoch später nur als äußerliche show überlebt. Die Kommune, in vieler Beziehung eine Karikatur bürgerlich-familiärer Kollektivität geworden, eignete sich freilich auch besonders für Verdrängungsleistungen. An ihr war offensichtlich, daß weder freie Zustände naiv vorweggenommen werden können noch sich solcherart politischer Widerstand organisieren läßt; freilich war die Kommune wichtig als Identifikationssymbol. Relevant ist, daß die abstrakte theoretische Entscheidung, als die sie erschien, für eine radikale Revolutionierung der Revolutionäre und ihrer Privatsphäre praktisch ziemlich kümmerlich umgesetzt wurde; dem entspricht der theoretische Aufwand, mit dem sie verteidigt wurde.

Gerade das scheint auch bei den gegenwärtigen Debatten entscheidend zu sein: Emanzipation wird wieder fetischisiert und ihre Organisation zum starren technischen Instrument. Denn das Wesen der diffusen und vagen Organisationsformen der bestehenden Oppositionsbewegung, die sich noch immer in den Aktionen konstituiert, wird auf die Kader reduziert. Die Projekt- und Basisgruppen des SDS sind entsprechend dann das „revolutionäre Subjekt" (Hamburger Organisationsmodell) und die aus ihnen konstruierte Räteorganisation schon die Gegengesellschaft; eine prinzipielle Intention wird mit ihrem Miniatur-Modell kurzgeschlossen: die Pariser Commune 1871 mit einem improvisierten Kollektiv revolutionär engagierter Studenten. Zweierlei wird auf diese Weise unterschlagen. Einmal ist jede Antizipation der Utopie abstrakt wie diese selber; wenn man den Begriff des ewigen Friedens als die Umschreibung der freien Gesellschaft akzeptiert, ist an ihm leicht zu zeigen, wie sehr er dem revolutionären Kampf seiner Realisierung widerspricht. Zweitens wird der Charakter der praktisch existierenden Opposition verkannt, weil sie nicht aus ihren

materiellen Grundlagen, z. B. den Subkulturen der Sex-Bewegung an den Schulen, den meist liberaleren Sozialisationsformen der Familien mit links engagierten Kindern etc., erklärt wird, sondern nur ihre unmittelbare Erscheinung und noch nicht einmal vollständig; die Nicht-SDSler werden nach moralischen Kategorien bewertet oder einfach vergessen. Aber es kommt gerade darauf an, die latente Wirkung unserer Initiativen außerhalb der Institution SDS zu kennen. Die Emanzipationsmodelle werden vermutlich außerhalb des SDS eine größere praktischeResonanz haben, als daß sie im Verband organisationstechnisch umgesetzt werden können. Es kann sein, daß wir am Anfang einer allgemeinen Bewegung der Frauen stehen; dafür können wir nur Katalysator sein, speziell mit Projektgruppen von Genossinnen und Genossen. Die praktische Konsequenz im SDS selbst ist nicht administrativ zu bestimmen; sicher ist Reiches Vorschlag der temporären Verweigerung des Geschlechtsverkehrs jüngerer Genossinen gegen ältere Genossen emanzipatorisch, soweit der autoritäre Sexualkonsum im Bewußtsein von dessen Zwangscharakter damit gebrochen werden kann. Für die theoretische Begründung des Berliner Aktionsrates zur Befreiung der Frauen gilt ebenso, was ich zum Verhältnis von Utopie und Kampf angedeutet habe, nur präziser: „Der Anspruch auf Glück (muß) in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden" (7. Punkt der Resolution) — zwar wird zugestanden, daß man nur die „jetzt schon möglichen Momente einer zukünftigen Gesellschaft" (Punkt 8) vorwegnehmen kann, es wird aber trotz des organisatorischen Akzents (Punkte 10 und 11) gerade die Differenz verschwiegen zwischen dem Anspruch auf Glück und der mühsamen Praxis, die auf seine Realisierung gerichtet ist und ihm in ihrer notwendigen Disziplin häufig genug zuwiederläuft.

Organisation als Prozeß

Damit ist die Hauptsache unserer gegenwärtigen Organisationsprobleme genannt: das Realitätsbewußtsein von uns selber. Auf dem Boden der objektiven Spaltung in theoretische Arbeit und spontane, oft willkürliche Praxis hat sich eine Radikalität gebildet, die oft auch schlechte Aktionen romantisch verklärt und sogar die Verständnislosigkeit der *out-groups* zum Gütezeichen ernennt. Ich halte jede platonische Distanz für falsch, glaube aber, daß ein erheblicher Teil unserer Reaktionen schon garnicht mehr bewußt ist und nur noch massenpsychologisch erklärt werden kann. Wenn wir Wilhelm Reichs Kritik an der KP teilen, müssen wir unsere eigenen psychischen Motivationen radikal ins Bewußtsein heben und erkennen, daß die *begrifflose* Radikalität unmittelbar dasselbe ist, wie die autoritäre Reaktion kleinbürgerlicher Massenindividuen. Weil aber dieser Zusammenhang unterdrückt wird, reagieren viele von uns auch blind ge-

genüber den objektiven Gefahren eben derselben autoritären Massen. Wir erklären ihre Reaktionen z. B. aus der Verdrängung des Faschismus und der Tabuierung der Gewalt technologischen Massenmordes, aber unser Verhältnis diesen wirklichen Reaktionen der Massen gegenüber bleibt akademisch wie das der KPen bürokratisch: wir richten uns nicht danach, oder nur, indem wir autoritär auf unserem transzendentalen Recht bestehen. Diese Problematik muß noch speziell diskutiert werden, hier interessiert die Tatsache, daß wir unserer eigenen Praxis oft blind gegenübertreten. Zwar war gerade diese Sorglosigkeit die Bedingung, daß überhaupt große Aktionen durchgeführt wurden, aber die organisierte publicity hat unsere Potenzprahlerei oberflächlich bestätigt und jedes kritische Bewußtsein unterminiert. Das scheint mir auch die Prominenten zu betreffen, die dem inneren und von außen verstärkten Konkurrenzdruck meistens nicht mehr selbstkritisch standhalten. In diesem Medium, in dem Selbsttäuschung und revolutionärer Elan sich vermischen, läßt sich über Organisationsfragen schwer reden. Von ihnen besteht oft keinerlei konkrete Anschauung; von der allgemeinen Organisation des Verbands nicht, weil die Gruppen weitgehend isoliert gearbeitet haben, von den besonderen Problemen der Gruppen nicht, weil sie alle in der revolutionären Welle untergingen oder aber zu moralischer Haltung gegenüber der anstrengenden Kleinarbeit verwandelt wurden. Insgesamt gibt es kaum Klarheit darüber, daß revolutionäre Organisation immer ein Prozeß lebendiger Menschen ist und kein administrativer Akt mittlerer Beamter. Das gilt umso mehr, als es ein Eigengewicht der Institution SDS für die lebendige Organisation SDS fast nur symbolisch gibt: als Identifikationszeichen. Welchen Organisationsprozeß müssen wir einleiten und wie?

Widerstand im autoritären Staat

Der SDS wird keinen Widerstand organisieren, wenn er ihn nicht aus seinen wirklichen Möglichkeiten, die er jetzt hat, entwickelt. Die Prinzipien des Protests, besonders die Solidarität mit den revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt, haben eine Kompromißfreiheit geschaffen, die sich in einer politischen Moral praktischen Verhaltens ausdrückt und den Bezugsrahmen liberalen Widerstands gegen die westdeutsche Restauration (Beispiel Spiegel-Affäre) durchbricht (s. Oskar Negts Interpretation in „Protest und Politik" und meinen Beitrag in „Die Linke antwortet Habermas"). Emphatisch ausgedrückt, haben wir damit eine revolutionäre Dimension wieder in die technologisierte Klassengesellschaft, die auf verinnerlichtem Kompromiß und institutionellem Verhalten gründet, eingeführt. Im Bewußtsein der Protestbewegung drückte es sich zuweilen ideologisch als die Rebellion lebendiger Menschen gegen die toten Appara-

te aus; das entsprach der wirklichen Abstraktion der Gesellschaft selber und unserer Stellung zu ihr. Fast losgelöst von dieser teils euphorischen Revolte wurde die Notstandsopposition pflichtgemäß zu Grabe getragen. Daß wir durch den neuen Zustand unmittelbar betroffen sind, ist nicht recht aufgefallen; Widerstand diente als beschwörende Formel. Was können wir nun gegen den autoritären Staat verwirklichen? Die Konsolidierung wird nur als kollektiver Lernprozeß stattfinden, aber sie wird nicht von selbst geschehen. So sehr die Gruppen wegen ihrer informellen Struktur am ehesten in der Lage sind, Repressionen des Staates zu unterlaufen, so wenig sind sie die Träger eines mystischen Willens. Sie sind auf überregionale Kooperation und Initiative angewiesen, die sich wiederum nicht durch moralische Forderungen, sondern durch Organisationsarbeit herstellen. Es scheint, daß es genügend Genossen gibt, die eine lokale und überregionale Arbeitsteilung organisieren könnten. Hier sind die bewußten Zusammenschlüsse von qualifizierten Arbeitskollektiven mit intensivem Anspruch notwendig, soweit sie nicht ideologisiert werden; in Ansätzen bestehen solche informellen Gruppen oder Kader bereits. In diesem Arbeitszusammenhang müßte der Bundesvorstand definiert werden als *politische* Instanz, d. h. die Fraktionskämpfe im SDS und außerhalb müssen von ihm besonders artikuliert und eventuell initiiert werden. Das wäre auch die beste Gewähr inhaltlicher Kontrolle, die von einer bürokratischen Räteorganisation, wie sie es gegenwärtig sein müßte, überhaupt nicht geleistet würde. Übrigens sollte der Name Bundesvorstand besser beibehalten werden, damit der Fetischismus neuer Namen für die alte Sache uns nicht an der praktischen Veränderung des Alten hindert.

Die Frage bleibt, ob nicht die anonymen „informellen Kader" ebenso wie die Berliner VW-Kader schlicht ein Hirngespinst bleiben könnten. Denn der materielle Druck ist für viele Genossen stark und läßt kaum eine volle Aktivität zu. Aber genau dies Problem, verstärkt durch die Fluktuation eines Studentenverbandes, läßt sich nicht theoretisch lösen, nur mit praktischer Anstrengung durch viele Niederlagen hindurch. Politisch notwendig sind solche Arbeitsgruppen in jedem Fall:wenn ich mich nicht täusche, wird es in den kommenden politischen Gerichtsverfahren und danach sehr auf das Bewußtsein von gemeinsam arbeitenden Gruppen ankommen, damit blinde private Angstreaktionen der SDSler und der sogenannten unorganisierten Linken nicht zu offen masochistischen Aktionen umschlagen. Die Kontakte zu jungen Arbeitern und Angestellten sind noch zu schwach, als daß sie ein Schutz vor massiven Gefahren wären. Der autoritäre Staat erzwingt, daß wir radikaler werden: im kritischen Bewußtsein unserer eigenen Organisation.

Joscha Schmierer

Bemerkungen zur Organisationsfrage

In der Organisationsfrage äußert sich jeweils die Krise der revolutionären Bewegung insgesamt oder die Krise einer bestimmten Organisationsform der revolutionären Bewegung, die deren objektiver Entwicklung nicht länger entspricht. In der gegenwärtigen Diskussion im SDS wurde es bisher versäumt, den Charakter der organisatorischen Krise auf diese ihre Bedingungen hin zu untersuchen, obwohl gerade der SDS den Glauben an eine mechanische und automatische Herausbildung der revolutionären Situation nie besessen hat und insofern in der Lage sein müßte, die Organisationsfrage in aller Radikalität zu stellen, statt sie nur als verbandsinternes Problem zu behandeln.

1. Eine Krise der revolutionären Bewegung könnte durch eine objektive Entwicklung der bestehenden Gesellschaft selbst bedingt sein, die real „eindimensional" geworden wäre und die revolutionäre Alternative ein für allemal als Möglichkeit abgeschafft hätte. Die Apathisierung der Massen wäre dann keine Frage der ideologischen Manipulation, sondern adaequater Ausdruck der bestehenden Gesellschaft. Die Krise der revolutionären Bewegung ließe nur einen letalen Ausgang zu. Die Organisationsdebatte wäre Ausdruck eines falschen Bewußtseins, das hinter der objektiven Entwicklung herhinkt. Ihre sektiererischen Züge entsprächen dann ihrem Wesen; die Frage wäre gelöst, indem sie gestellt wird. In dieser Interpretation erschienen die Massenaktionen der jüngsten Zeit als ideologisches Aufbäumen einer Minderheit, die sich der Einsicht in den Zwang der Geschichte nicht beugen will und an dieser Einsichtslosigkeit zerbricht. Die Organisationsdebatte wäre eine Frage des falschen Bewußtseins der Revolutionäre, nicht dessen der Adressaten ihrer Agitation und Aktion.

Eine solche Interpretation legt uns die bürgerliche Presse nahe, die die aktuelle Krise des SDS als notwendige Folge einer grundsätzlich verfehlten Politik darzustellen versucht. Sie ist durch den Fortschritt der Befreiungskämpfe der Dritten Welt und den erneuten offenen Ausbruch der

Klassenkämpfe in Frankreich zwar international falsifiziert; das nimmt ihr aber nichts an Gefährlichkeit für die Entwicklung der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik, denn sie berührt sich in wesentlichen Punkten mit der persönlichen Motivation nicht nur vieler mobilisierter Studenten, sondern auch eines großen Teils der Genossen. Diese waren im Grunde und bis vor kurzem fest überzeugt, daß gegen die Formierung des autoritären Staates nichts zu machen sei und wurden erst durch die Aktionen selbst in den Kampf hineingezogen, ohne ihre generelle Skepsis zu überwinden. Die Studentenbewegung mobilisierte schließlich nicht zufällig vor allem die geisteswissenschaftlichen Fakultäten, d. h. sie bezog einen großen Teil ihres Potentials aus einer Gruppe *ideologisch* Verzweifelter. Diese laufen Gefahr, ihre gruppenspezifische Verzweiflung beim ersten Anzeichen der Krise der revolutionären Bewegung wieder als allgemeine zu fassen, und in private, kritische, aber von der Nutzlosigkeit der Kritik überzeugte Kontemplation zurückzuverfallen. Eine Renaissance der adornitischen generellen Praxisfeindlichkeit ist durchaus zu erwarten; vor allem dann, wenn die unmittelbaren Folgen der Studentenbewegung vorläufig nichts als einige Reformen sein sollten, die die gruppenspezifische Situation zu erleichtern scheinen. Der Rückfall auf eine Bewußtseinsstufe, die durch die Praxis und die Aktionen schon tendenziell überwunden war, wird zur objektiven Unmöglichkeit der Revolution hypostasiert. Vermittelt über eine reaktionäre Interpretation der aktuellen Krise könnte dieser Rückfall das Ende der Studentenbewegung bedeuten, wenn sie nicht von außen neue Impulse erhält. Statt mobilisierende Funktion auf die Arbeiterklasse auszuüben, wäre sie auf deren Spontaneität angewiesen, um die eigene Krise zu überwinden.
Die vorwiegend existenzialistische Motivation vieler Studenten, droht sich gegen jede Form kontinuierlicher politischer Arbeit zu wenden. Sie kann nicht durch bloße Appelle überwunden werden, sondern durch ihre praktische Widerlegung im Nachweis der objektiven Möglichkeit revolutionärer Veränderung in konkreten Aktionen mit konkretem Ergebnis.

2. Dann würde sich zeigen, daß die Studentenbewegung nicht über die objektiven Möglichkeiten hinausschoß, sondern daß sie sich diesen als Studentenbewegung nicht gewachsen zeigte. Die Krise der revolutionären Bewegung, wie sie sich in der Organisationsfrage zeigt, würde sich als Problem der subjektiven Möglichkeiten der Studentenbewegung erweisen, und sie wäre Krise der revolutionären Bewegung insgesamt nur insofern, als diese immer noch vorwiegend Studentenbewegung ist. Die Organisations- und Aktionsformen der Studentenbewegung würden der Lösung

der objektiven Aufgaben nicht entsprechen, aber deren mögliche Lösung keineswegs widerlegen. Deren aktuelle Lösung würde voraussetzen, daß die Studentenbewegung ihre sozialen Bedingungen als Intellektuellenbewegung reflektiert und in dieser Analyse das Bewußtsein erst gewinnt, das es ihr ermöglicht, stellvertretend für die lohnabhängigen Massen zu handeln, um durch deren Mobilisierung die eigenen Bedingtheiten und Grenzen zu überwinden. Was in der Interpretation der bürgerlichen Presse, die den subjektiven Motivationen der mobilisierten Studenten weithin entgegenkommt, als objektive Unmöglichkeit der revolutionären Bewegung und grundsätzliche Falsifizierung ihrer Politik dargestellt wird, erwiese sich als subjektive Schwierigkeit der Studentenbewegung ihrem eigenen substitionalistischen Anspruch gerecht zu werden, und die politischen Konsequenzen aus diesem Anspruch zu ziehen, der durch die Oster- und Anti-Notstands-Aktionen, die auf die Arbeiterklasse übergriffen, partiell gerechtfertigt wurde. Organisations- und Aktionsformen der Studentenbewegung wären den Aufgaben der revolutionären Bewegung, die sie initiierte, nicht gewachsen. Die Krise der revolutionären Bewegung läge darin, daß sie ihren Charakter als Studentenbewegung noch nicht abgelegt hat, was die subjektive Voraussetzung dafür wäre, daß sie ihre eigenen Möglichkeiten wahrnimmt.

3. Beschränkt man sich in der Analyse der aktuellen Krise, die innerhalb des SDS als Organisationsfrage des SDS diskutiert wird, auf die Avantgardefunktion des SDS für die Studentenbewegung, so reduziert sich das Problem auf die Frage, ob der SDS dieser Avantgardefunktion länger gewachsen ist und wenn nicht, welche organisatorischen Bedingungen er erfüllen müßte, um dieser Funktion gewachsen zu sein. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Studentenbewegung in sich weitertreibende Elemente genügend enthält und daß der SDS als ihre Avantgarde derzeit nur nicht in der Lage ist, diese Elemente herauszuarbeiten, zu artikulieren und in revolutionäre Praxis umzusetzen. Einer solchen Interpretation das Wort reden, bedeutet die Dialektik von Reform und Revolution für die Studentenbewegung voraussetzen: eine Annahme, die von der unreflektierten Übertragung klassischer Theorien der Arbeiterbewegung auf die Studentenbewegung lebt und die Unmöglichkeit einer solchen Übertragung, wie sie etwa Lukacs dargelegt hat, abtut mit vagen Hinweisen auf vage Theorien der „Wissenschaft als Produktivkraft“ und der technischen Intelligenz als neuer Arbeiterklasse.

Eine andere Erklärung der Krise meint, der SDS sei in „der Bewegung“ aufgegangen, wobei der unbestimmte Begriff „Bewegung“ insinuieren soll,

daß diese auf etwas Bestimmtes hinauswill, daß man schon gar nicht mehr zu benennen habe, so sehr sei es der „Bewegung" immanent. Was in der Theorie noch nicht recht gelang und in der Praxis vorerst auf sich warten läßt, die Vermittlung zwischen konkreten Interessen der Studenten und Arbeiter, wird durch Sprachmanipulation als Problem aus der Welt geschafft. In der unbestimmten „Bewegung" wird als gelöst vorausgesetzt, was als ungelöstes Problem der ganzen Organisationsdebatte zugrundeliegt. Es geht dann nur noch um die Wiederherstellung der Avantgardefunktion des SDS und diese wird durch Zentralisation des Verbandes gewährleistet.

4. Noch beschränkter als diese Interpretation erweist sich die Vorstellung, die derzeitige Misere des Verbandes erkläre sich schlicht aus einem Widerspruch zwischen sozialdemokratischer Verbandsstruktur und revolutionären Organisations- und Aktionsformen der Gruppen und könne durch eine Durchsetzung der letzteren auf Verbandsebene behoben werden. Nachdem zunächst die Probleme der revolutionären Theorie und Praxis auf die Probleme der Studentenbewegung reduziert wurden, die zur „Bewegung" schlechthin stilisiert wird, muß das auf lokaler Ebene schon Erreichte nun noch überregional verallgemeinert werden, um die Krise der revolutionären Bewegung, die ja in Wahrheit nur in einer überholten Verbandsstruktur des SDS besteht, generell zu beheben. Dann ist es nur folgerichtig, wenn das nur als Produkt des massenhaften revolutionären Kampfes zu verwirklichende Rätesystem, als abstraktes Organisationsschema einer Avantgarde verschrieben, auf deren Funktionsbestimmung man sich erst gar nicht mehr einläßt. Einer so narzistischen Betrachtungsweise der derzeitigen Krise der außerparlamentarischen Opposition, die sich in der unvermittelten Gleichsetzung von Organisation der Avantgarde und Organisation der revolutionären Massenbewegung zum Zeitpunkt der Doppelherrschaft darstellt, entspricht die nabelschauerische Sicht in der derzeit die autoritären Strukturen innerhalb des Verbandes diskutiert werden: als eine Art Klassenkampf zwischen führenden und anderen Genossen und zwischen Genossen überhaupt und Genossinnen. Das naive Erstaunen darüber, daß der SDS selbst noch nicht das neue Jerusalem ist, sucht seine Erklärung in einer isolierten Analyse des Verbandes, statt in der seiner Beziehungen zur bestehenden Gesellschaft. Damit wird die Hoffnung auf Befreiung im SDS lokalisiert, statt in der Gesellschaft, wo sie die revolutionäre Bewegung im Kampf zu verwirklichen hat. Vergessen wird, daß der Elan einer revolutionären Bewegung gerade in der Spannung besteht zwischen dem Bewußtsein vom Ziel und

der aktuellen Misere, nicht aber im illusionären Versuch, diese Spannung unmittelbar aufzuheben, indem man die Organisation auf die Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse verpflichtet. Darin äußert sich eine passive Einstellung gegenüber der Organisation, die das Konsumentenverhalten in der kapitalistischen Gesellschaft reproduziert. Aktuelle Schwächen der Organisation, die nur im Weitertreiben des revolutionären Prozesses überwunden werden können, werden als Wesen der Organisation verstanden. Statt die Organisation als inhaltlich orientierte Interaktion von Individuen zu verstehen, wird sie als Fremdes den eigenen Bedürfnissen gegenübergestellt und somit nur betrachtet, statt als Resultante der objektiven Situation der Gesellschaft und des subjektiven Bewußtseins der Mitglieder begriffen.

Ohne differenzierte Analyse wird die Organisation zum bloßen, dem eigenen verändernden Eingriff entzogenen Faktum. Die Organisationsfrage scheint nur noch durch die Sezession lösbar (vgl. Resolution der Berliner Genossinnen). Wenngleich eine solche Einstellung durch die gegenwärtigen Strukturen des SDS partiell bestätigt wird, erweist sie sich, indem sie diese Strukturen als unveränderbar ansieht, als Übertragung ontologischer Betrachtungsweisen der bürgerlichen Gesellschaft auf den SDS, wobei der Fehler nicht erst in der Übertragung, sondern schon in der Betrachtungsweise selbst liegt, die, würde sie durchgehalten, jede revolutionäre Praxis schon im theoretischen Ansatz verhindern würde. In allem Existenten bloß das immer Gleiche zu sehen, und unter Abstraktion der historischen Entwicklung des SDS diesen als schlicht konterrevolutionär und als bloße Wiederholung der bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen, heißt das Spiel jener zu spielen, die vom SDS nur deshalb fordern, daß er das schlechthin Andere sein solle, damit sie sich guten Gewissens im Bestehenden einrichten können: selbst die Theorie der befreiten Gebiete, deren Übertragbarkeit auf die Situation in den Metropolen sehr fragwürdig ist, muß eingestehen, daß diese wenigstens noch die Grenze gemeinsam haben mit solchen Gebieten, die nicht befreit sind, und daß ihr innerer Charakter durch diese Grenze bestimmt wird. Die Analyse der inneren Strukturen des SDS kann von der Struktur der bestehenden Gesellschaft nicht absehen, ohne mit der Vernachlässigung des Bedingungszusammenhanges der Organisationsprobleme auch deren mögliche Lösung aus den Augen zu verlieren. Zwar darf die Organisationsfrage nicht instrumentell verkürzt werden, indem unter Hinweis auf objektive Aufgaben hierarchische Strukturen verewigt werden, doch können diese hierarchischen Strukturen nur durch Ausweitung des Kampfes abgebaut werden, der allseitig geführt, eine nicht repressive Arbeitsteilung ermöglicht.

Im Grunde gingen gerade die Berliner Genossinnen diesen Weg, indem sie spezifische Aufgaben übernahmen. Die Insistenz auf Isolation vom übrigen Verband macht freilich revolutionäre Arbeitsteilung zur repressiven, wenn etwa davon ausgegangen wird, daß Kindererziehung Sache der Frau sei, denn dann würde eine historisch bedingte Arbeitsteilung, die die revolutionäre Organisation nicht abstrakt negieren kann, als „natürliche" gesetzt und könnte nicht emanzipatorisch gewendet werden. Die inneren Widersprüche des SDS müssen zur Motivation der Ausweitung des Kampfes dienen; diese Ausweitung des Kampfes kann aber die inneren Widersprüche der Organisation nur dann lösen, wenn er nicht seinerseits isoliert geführt wird.

II.

1. Die derzeitige organisatorische Krise erweist sich als Ausdruck einer allgemeinen Krise der revolutionären Theorie einerseits und spezifischer Schwierigkeiten des SDS andererseits. Diese erhalten ihre materialistische Erklärung durch die Analyse der Entwicklungstendenzen des monopolkapitalistischen Staates und der bisherigen Praxis der revolutionären Bewegung in diesem. Nur eine solche Analyse der revolutionären Bewegung im Rahmen der bestehenden Machtkonstellation und Klassenstrukturen läßt die Ausarbeitung konkreter Strategien zu und ermöglicht eine Behandlung der Organisationsfrage in theoretisch-praktischer Absicht. Die Delegiertenkonferenz konnte diese Analyse nicht leisten und lief deshalb Gefahr bei einer narzistischen Beschreibung der eigenen Schwierigkeiten stehen zu bleiben, d. h. eine abstrakte Verurteilung der autoritären Strukturen des SDS auszusprechen, ohne die Möglichkeit ihrer Aufhebung zeigen zu können. Darin zeigte sich die analytische Schwäche des Verbandes um so deutlicher, als der Ausbruch offenen Klassenkampfes in Frankreich, dessen Unterdrückung in der CSSR und die Weiterentwicklung des autoritären Notstandstaates in der Bundesrepublik die Notwendigkeit einer solchen Analyse auch subjektiv einsichtig macht. Der SDS, der sich seither theoretisch vor allem auf die Dialektik des Befreiungskampfes in der Dritten Welt und in den Metropolen bezog, hat nicht nur die eine Seite, den Kampf in den Metropolen analytisch vernachlässigt, sondern hat die Analyse der aufbrechenden Widersprüche in und zwischen den nichtkapitalistischen Ländern fast ganz unterlassen. Dies erklärt sich zwar aus der Genese der Studentenbewegung als deren Avantgarde der SDS sich versteht, muß aber seine Weiterentwicklung zur revolutionären Organisation behindern. In dem Auseinanderklaffen von globaler Theorie und technizistischer Diskussion der Organisationsfrage zeigt sich, daß die Be-

stimmung des strategischen Stellenwertes der Studentenbewegung als aktueller Form der revolutionären Bewegung, in diesem Kontext noch keineswegs gelungen ist. Die Organisationsfrage des SDS ist aber nur ein ziemlich nebensächlicher Teilaspekt dieser Analyse. Daß der SDS sich ihr gewachsen zeigt, setzt jedoch bestimmte organisatorische Bedingungen voraus, deren Verwirklichung nicht länger aufgeschoben werden kann, so vor allem die innerverbandliche Arbeitsteilung und Kommunikation. Diese Teilprobleme können zwar vorläufig nur pragmatisch gelöst werden, was aber nicht bedeutet, daß ihre inhaltliche Bestimmung mit technischen Kniffen und moralischen Appellen manipulativ verdrängt werden dürfte.

2. Die Ursachen der gegenwärtigen Krise des SDS können nicht auf innerverbandliche reduziert werden. Sie liegen im Charakter der Studentenbewegung und ihrer Reflexion durch den SDS, der sich als deren Avantgarde versteht. Die Studentenbewegung, ohne selbst schon revolutionär zu sein, hat dennoch sowohl objektiv als auch im Bewußtsein des SDS stellvertretende Funktion für eine breite revolutionäre Bewegung angenommen. Daraus ergeben sich sowohl Widersprüche zwischen Avantgarde und Studentenbewegung, wie zwischen Studentenbewegung und den anderen, potentiell revolutionären Klassen. Diese Widersprüche drücken sich Innerhalb der Avantgarde als ungeklärte theoretische Gegensätze aus, die sich in einer nicht wirklich ausdiskutierten verschiedenen Einschätzung der Studentenbewegung niederschlagen. Deren aktuelle Formulierung ist die Randgruppentheorie einerseits, die Theorie der technischen Intelligenz als neuer Arbeiterklasse andererseits. Diese Theorien stehen lediglich sofern sie ahistorisch gefaßt werden, in Widerspruch zueinander. Werden sie in ihrer jeweiligen Berechtigung und ihrem historischen Zusammenhang nicht reflektiert, führen sie zu unverstandenen strategischen Gegensätzen in jeder einzelnen praktischen Fragestellung, wie etwa der Hochschulpolitik generell und der Institutspolitik im besonderen. Sie führen auch zu einer jeweils verschiedenen Fassung des substitutionalistischen Charakters der Studentenbewegung, insofern die Studenten als Randgruppe gefaßt, nur abstrakt in einem allgemeinen Angriff auf den Staat für andere Klassen stellvertretend handeln könnten, während sie als fortschrittlichster Teil einer neuen Arbeiterklasse, die jetzt schon unter Bedingungen steht die tendenziell auf die ganzen lohnabhängigen Massen zutreffen, gerade in ihrem spezifischen Kampf gegen spezifische Unterdrückung unmittelbar stellvertretenden Charakter annehmen könnte. Im letzteren Fall träfe auf die Studentenbewegung die traditionelle Dialektik von

Reform und Revolution zu; die Studentenschaft wäre als ganze potentiell revolutionär; unmittelbare Aufgabe der Revolutionäre wäre eine Syndikalisierung der Studenten und der von ihnen beschickten Berufe, mit dem Ziel die unmittelbaren Konflikte im Arbeitskampf aufzugreifen und im gewerkschaftlichen Kampf über sich selbst hinauszutreiben. Ließe diese Theorie die Studentenschaft tendenziell in einer neuen Arbeiterklasse aufgehen, deren Verbreiterung notwendige Folge des ökonomischen Prozesses ist, so geht die Randgruppentheorie davon aus, daß bestimmte Teile der Studentenschaft auf Grund ihrer spezifischen Bedingungen die allgemeine Unterdrückung besonders deutlich erfahren, und diese im politischen Kampf unter Überschreitung ihrer spezifischen Interessen tendenziell für alle verstehbar und im Interesse aller artikulieren.
In dem sie die allgemeinen Interessen aller „Menschen" wahrnehmen, verbreitern sie durch exemplarische Angriffe auf die Herrschaft, die im Staatsapparat verkörpert ist, ihre Basis, indem sie immer neue Einzelne in den Kampf hineinziehen. Nicht indem die Studenten für die eigenen Interessen einstehen, nehmen sie die Interessen aller wahr, sondern indem sie die Interessen aller auf Grund ihrer spezifischen Situation zu ihren eigenen machen, werden sie die neuen Revolutionäre.
Der strategisch wesentliche Unterschied der beiden Theorien liegt in ihrer jeweils verschiedenen Bestimmung des Charakters der Stellvertretung, den die Studentenbewegung annehmen kann. Er spiegelt sich wieder in dem praktisch meist unvermittelten Nebeneinander von außeruniversitärer Politik und Hochschulpolitik, die die Strategie vieler Gruppen kennzeichnet und bestimmt meist die Konflikte zwischen AStAen und SDS-Gruppen, die immer dann auftreten, wenn Genossen in AStAen arbeiten. Er wird konkret in der Mitbestimmungsproblematik und geistert als unverstanden durch die Diskussion von Projekt- und Basisgruppen. Eine seiner Ursachen liegt in der Genese der Studentenbewegung, die nach wie vor, vor allem von der geisteswissenschaftlichen, nicht unmittelbar produktiven Fakultät getragen wird und die ihre theoretische Begründung gerade in der Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Produktion und der Theorie der Wissenschaft als Produktionskraft fand. So werden aber die objektiven Bedingungen der Studentenbewegung und die subjektive Motivation ihrer derzeitigen Träger meist heillos vermischt, der exemplarische Charakter verschiedener Aktionen und die Repression, die sie nach sich ziehen, falsch eingeschätzt. Die widersprüchliche theoretische Begründung hat aber ihre Bedeutung im heterogenen Charakter der ‚Studentenbewegung', der exemplarisch in den historisch synchronen Notstandsstreiks an der Uni und den gewerkschaftlichen Streiks an den Ingenieur-

schulen zu Tage trat, und der nicht im abstrakten Postulat nach „Revolutionierung der Wissenschaft überwunden werden kann.

III

Solange diese theoretischen Widersprüche der Studentenbewegung nicht in einer breiten revolutionären Bewegung aufgehoben sind, können die Organisationsprobleme der Avantgarde nur pragmatisch gelöst werden. Diese pragmatische Lösung muß die Erfahrungen der bisherigen Studentenbewegung und die Entwicklung des Verbandes berücksichtigen.

1. Die Studentenbewegung war nicht durch spezifische Interessen der Studenten motiviert. Vielmehr konkretisierte sich der abstrakte Widerstand gegen den Vietnamkrieg zum Widerstand gegen Institutionen, die diese Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk direkt oder indirekt unterdrückten. Die abstrakte Solidarität mit dem Vietkong wurde zum Kampf gegen die bestehende Gesellschaft, deren innere repressive Mechanismen in Zusammenhang gesetzt wurden mit der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Osteraktionen und Antinotstandsstreiks waren Stufen dieser Konkretisierung des Kampfes. Mobilisiert wurden die Studenten als „Staatsbürger", die die Versprechen der Verfassung ernst nahmen, um erst im Kampf gegen deren Deformierung den verschleiernden Charakter dieser selbst zu durchschauen. Die Parlamentarismuskritik als theoretische Seite dieser Entwicklung, machte die Notwendigkeit der Organisation des Widerstandes an der Basis praktisch einsichtig. Die Hochschulstreiks nahmen antizipatorisch deren Verwirklichung vorweg, indem sie teilweise in Universitäts- und Institutsbesetzungen übergingen. Diese Entwicklung vom liberalem Protest gegen „Auswüchse" der bestehenden Gesellschaft und der Mobilisierung der Studenten als Staatsbürger oder „Menschen" zum Widerstand an der Basis und der politischen Organisation der Studenten am Arbeitsplatz, bleibt vorläufig weithin Postulat. Die fehlende praktische Erfahrung mit dieser organisatorischen Wendung der Politik an der Hochschule, wie sie in Institutspolitik, den Basis- und ad-hoc-Gruppen sich abzeichnet, lassen die möglichen Gefahren, Rückfall in reformistische Hochschulpolitik, Reproduktion der irrationalen Fächertrennung in der Organisation der Studentenbewegung, Verlust des gesamtgesellschaftlichen und allgemeinpolitischen Impulses nur ahnen. Jedenfalls sind die seitherigen Versuche im Rahmen einer allgemeinen Strategie noch ungeklärt, zumal wenn sie generell und ohne differenzierte Analyse der jeweiligen Funktion der Institute als globale Strategie unter dem Schlagwort „Revolutionierung

der Wissenschaft" propagiert werden. Was sich dahinter im Einzelnen verstecken mag, ist vorläufig noch nicht heraus, doch ist das allgemeine Prinzip, Dezentralisierung der politischen Arbeit, Konkretisierung des Widerstands, Organisation am Arbeitsplatz und Intention der Aufhebung der Trennung von bürgerlichem Studium und politischer Freizeitbeschäftigung, als Versuch die Studentenbewegung in der Instution Universität auf Dauer zu stellen, — in seiner allgemeinen Form richtig.

Exemplarischen Charakter hatte die Studentenbewegung bisher nur in ihren nicht gruppenspezifisch, sondern allgemeinpolitisch motivierten Aktionen, wie zu Ostern und bei den Notstandsaktionen, wo gegenüber der Arbeiterklasse, die in einzelnen Individuen mobilisiert wurde, eben das nicht gelang, was jetzt an der Universität versucht wird: Politisierung am Arbeitsplatz. Offensichtlich stellt sich heute die Problematik der Intellektuellenorganisation, die Lukacs beschrieb, als allgemeines Organisationsproblem der revolutionären Bewegung dar. Die Mobilisierung geht nicht über den Kampf unmittelbarer Interessen, der aus sich Momente des politischen Kampfes heraustreibt, sondern über die Identifikation des Einzelnen mit allgemeinen Prinzipien, die über ihre theoretische Einsicht erst wieder in die Sphäre der Produktion zurückwirken.

Diese Mobilisierung der Individuen in der Öffentlichkeit, statt ganzer Klassen in der Produktionssphäre, bringt spezifische Organisationsformen mit sich, wie vor allem das teach-in, das in seiner Beziehung auf Erfolgskriterien (Abstimmungssiege, Überführung in die direkte Aktion) mehr die Konsumentenbeziehung zwischen akkumulierten Einzelnen und Volkstribunen fördert, als das des Dialogs zwischen Masse und Avantgarde. Diese autoritäre Struktur, die ihre Ursache in der Mobilisierung der einzelnen als Staatsbürger hat, die nur in der Aktion zum selbsttätigen Kollektiv werden können, wirkt auf die Avantgarde, die durch tribunenhafte Sprecher vertreten wird, zurück und trägt unter Umständen zur Apathisierung der Genossen bei. Diese Struktur der Studentenbewegung und der Avantgarde kann auf die Dauer nur in der Vermassung der Theorie und der Organisation am Arbeitsplatz aufgehoben werden, denn nur dort läßt sich die Relation Publikum-Sprecher in einem arbeitendem Kollektiv überwinden.

Die überraschenden Erfolge zu Ostern und in den Notstandsaktionen bringen die Gefahr einer Fehleinschätzung dieser Problematik mit sich und drohen bestimmte Aktionsformen, zur Aktion schlechthin zu hypostasieren, was sich etwa in der ständigen Furcht vor dem „Rückfall" hinter bereits erreichte Aktionsformen zeigt. Schon die oberflächliche Subsumtion der Osteraktionen und der Notstandsaktionen unter dem Begriff

„Massenaktionen" enthält diese Gefahr, weil dieser von dem spezifischen Inhalt der betreffenden Aktionen, dem jeweils besonderen Exempel das sie statuierten, absieht. Hatten die Osteraktionen jeweils das unmittelbare Ziel, die Auslieferung der Springererzeugnisse zu verhindern, so hatten sie ihre weitertreibende organisierende Wirkung gerade in der kämpferischen Durchsetzung dieses Ziels und in dem Beweis, daß das Privatkapital und der Staat in ihrer Allmacht potentiell in Frage gestellt werden können, wenn sie überraschend und massenhaft angegriffen werden.

Die Notstandsstreiks dagegen standen von vornherein unter anderen Bedingungen: einerseits waren sie demonstrativ gegen den Erlaß der Notstandsgesetze gerichtet, deren Verhinderung jedoch weder unmittelbares noch mittelbares Ziel der Aktionen sein konnten, andererseits hatten sie das abstrakte Ziel der „Organisation des Widerstandes", für die keine Erfolgskriterien angegeben werden konnten. So hatten sie den Charakter eines unmittelbaren Angriffs auf die Staatsmacht, denn nur deren Zerschlagung konnte, nachdem es feststand, daß die Notstandsgesetze nicht zu verhindern waren, noch Ziel der Aktionen anläßlich der Notstandsgesetze sein. In der aktuellen Situation jedoch konnte die Machtfrage nicht gestellt werden, es sei denn symbolisch. Symbole haben aber nicht schon an sich organisierende Kraft. Die Formel „Organisation des Widerstandes" konnte also nur konkretisiert werden, wenn der abstrakte und nur symbolische Angriff auf den Staat zum Angriff auf die bestimmte Institution Universität wurde. Dieser mußte aber, sollte er nicht seinerseits abstrakt bleiben, bestimmte Ziele und Erfolgskriterien beinhalten. Diese lagen zunächst in der Durchführung von befristeten Streiks. Das reichte schon deshalb nicht aus, weil dieser gerade in seiner zeitlichen Fixierung nach wie vor auf den Erlaß der Notstandsgesetze fixiert blieb, also gerade in seiner Bestimmtheit abstrakt bleiben mußte. Der Streik mußte andere inhaltliche Ziele aus sich selbst heraus entwickeln: er mußte, wenn er strategische Perspektive haben sollte, den Kampf mit der Universität derart aufnehmen, daß er Fakten schuf, die durch die Universitätsbürokratie nach Beendigung oder Zerschlagung des Streiks nicht wieder zurückgenommen werden konnten: diese konnten nur in einer neuen Qualität der Organisation der Studentenbewegung bestehen. Organisation ist aber nicht Selbstzweck, vielmehr hat gerade der Kampf für ein konkretes Ziel mit bestimmten Erfolgskriterien den entscheidenden organisatorischen Effekt und das gerade in der Frühphase einer Massenbewegung, die sich immer nur ad hoc und temporär wiederherstellt.

An dieser grundsätzlichen Schwierigkeit, der Zirkelhaftigkeit der Notstandsstreiks, setzte die Politische Universität in Frankfurt an. Ob sie in

der Lage gewesen wäre den Zirkel, zu durchbrechen, kann nicht überprüft werden, weil sie zu früh durch die Rückeroberung der Polizei unterbrochen wurde. Die Notstandsaktionen, denen der eindeutige Charakter der Osteraktionen fehlte, mußten selbst an den Universitäten zu resignativen Erscheinungen führen und erst recht innerhalb der mobilisierten Arbeiterschaft, der es noch kaum gelungen ist, ein gewisses Gegenmilieu auszubilden, das Rückschläge unterlaufen könnte. Dies läßt sich freilich nur vermuten.

Gerade unter diesen Umständen sollten die bisherigen Massenaktionen in ihrer strategischen und organisatorischen Bedeutung differenziert analysiert werden, statt einen ihrer Aspekte, den des abstrakten Machtkampfes, zu verabsolutieren und immer aufs neue wiederherstellen zu wollen. Eine solche Strategie, die sich in der Furcht vor dem „Rückfall" äußert, vergißt, daß „Massenbasis" kein Fixum ist, sondern jeweils durch spezifische Aktionen und Argumentationen immer aufs neue wieder hergestellt werden muß und daß in diesem Zusammenhang durchaus Aktionsformen wieder wichtig werden können, die abgetan schienen. Hinter der Furcht vor dem „Rückfall" steckt meist nichts anderes als die Furcht vor langfristiger Arbeit und der sorgfältigen Vorbereitung der Aktionen. Aktionen z. B., die die Macht entlarven, statt die sinnlose Konfrontation mit ihr zu suchen, bekommen jetzt, wo es den mobilisierten Massen vorläufig nicht gelungen ist sich selbst zu organisieren, wieder neue Bedeutung. Da die revolutionäre Bewegung als Studentenbewegung ziemlich in der Luft hängt und selbst an der Universität noch kaum verankert ist, die Arbeiter aber gerade außerhalb des Betriebs, ihrer eigenen Organisationsbasis mobilisiert wurden, hat dieser „Rückfall", d. h. die Wiederaufnahme von Kampfmitteln der winzig kleinen Minderheit seine materialistische Begründung. Nachdem sich die Staatsgewalt wieder gefestigt hat und ihrerseits zum Angriff übergeht, können wir uns Hochstapelei länger nicht leisten. Die offensive Antwort des SDS wird vielmehr darin bestehen, daß er sich von den ihm durch die Presse aufgedrängten Erwartungen befreit und Massenaktionen nicht länger als Fetisch versteht, sondern ihre Vorbereitung reflektiert. Die Massen könnten sich sonst betrogen fühlen. Der SDS läuft Gefahr, die Massen zum Objekt zu machen, wenn er auf die List der Staatsmacht und ihrer Justiz hereinfällt, die immer schon Landfriedensbruch sieht, wo der Frieden kaum gestört wurde, und wenn er nun permanent die Machtfrage stellen will.

Gescheiterte Machtkämpfe führen jedoch zum Abbröckeln der Basis und sind immer dann die subtile Form von Quietismus, wenn sie die revolutionäre Phantasie derart schädigen, daß einem nichts mehr einfällt,

wenn die Machtfrage vorläufig beantwortet ist. Das Wort haben dann die Reformisten.

IV

Kann dieses Organisationsproblem zwischen Avantgarde, Studentenbewegung Masse nur am Ort der konkreten politischen Arbeit, in den einzelnen Städten und Universitäten überwunden werden, so stellt sich das Problem der Organisation der Avantgarde als nationaler Organisation in anderen Begriffen.

Die Entwicklung des SDS vom akademischen Verband zur politischen Organisation, die konkrete Aktionen durchführt, führte zu einer Veränderung der Verbandsstruktur, zu einer Stärkung der Gruppen als der Träger der Aktionen und zu einer Entfunktionalisierung des Bundesvorstandes für die innerverbandliche Arbeit. Die Hinwendung von praxisloser Reflexion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zum Angriff auf diese in ihrer jeweils bestimmten Gestalt, führte zu einer Dezentralisierung des Verbandes, der eigentliche Organisationsfaktor auf nationaler Ebene war nicht der Bundesvorstand, sondern die gemeinsame Analyse (Springerkampagne) und der zentrale Angriff der Staatsmacht auf die bürgerliche Demokratie (Notstandsgesetze). Die Springerkampagne kam nicht vorwärts ehe durch das Attentat auf Rudi Dutschke das auslösende Zeichen für bundesweite Aktionen gegeben wurde. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze kam über die Phase der Resolutionen und Kongresse erst hinaus, als deren Erlaß unmittelbar bevorstand. Jeweils hatte die Analyse die Bedingung für koordinierte Aktionen gegeben und hatten Ereignisse außerhalb des Verbandes die Aktionen ausgelöst. Ihre Gleichartigkeit war nicht durch die zentrale Organisation des Verbandes, sondern durch die vorhergehende gemeinsame Analyse bedingt. Sie waren Ergebnis der langfristigen theoretischen Selbstverständigung und innerverbandlichen Kommunikation, im übrigen aber der ganz normalen Nachrichtenvermittlung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Gerade aber die innerverbandliche theoretische Kommunikation wurde durch die Entwicklung des letzten Jahres in Frage gestellt. Das Nichterscheinen der Korrespondenzen und die Praxis fernen und unregelmäßigen Veröffentlichungen der „neuen kritik" sind nur *ein* Symptom für diese Entwicklung. Die Provinzialisierung der Gruppen, die ihre Aktionen nur noch lokalpatriotisch reflektieren ist ein weiteres. Entscheidend ist der Funktionsverlust des Bundesvorstandes für die innerverbandliche Arbeit und seine Reduktion auf die Vertretung des Verbandes gegenüber der Meinungsindustrie. Der BV nahm die Aufgabe eines bürgerlichen Partei-

vorstandes wahr und zeigte auch entsprechende Verselbständigungstendenzen. Vortragsreisen und Pressekonferenzen waren die Instrumente seiner Politik. Die notwendige innerverbandliche Kommunikation konnte ein zweiköpfiger BV nicht leisten. Der Mangel dieser Kommunikation führte zu Fehlern, wie etwa der zentralen Wiederholung der Springerblockade oder der großspurigen Ankündigung der Bundeswehrkampagne, anstelle der Koordination der inhaltlichen Vorbereitung der Delegierten-Konferenz.

Solange die theoretischen Widersprüche zwischen Randgruppentheorie und Neuer-Arbeiterklasse-Theorie, zwischen anarchistischen, marxistisch-leninistischen und schlicht reformistischen Tendenzen nicht einigermaßen analytisch aufgearbeitet sind, kann die Organisationsfrage des Verbandes nur pragmatisch gelöst werden. Unmittelbare Aufgabe des Verbandes ist jedoch Wiederherstellung der innerverbandlichen Kommunikation, Koordination der analytischen Arbeit, Entwicklung einer arbeitsteiligen Verbandsstruktur. Würden solche Kommunikationsprobleme als bloß technische mißverstanden, ginge dies gerade an der politischen Notwendigkeit einer breiten theoretischen Diskussion vorbei, die jetzt durch den Schlag gegen die Revisionisten (Ausschluß der 5) und das allseitige analytische Bedürfnis der Gruppen, die erstmals praktische Erfahrungen gesammelt haben, ermöglicht wird.

Der Kampf gegen die Repression, die sich ihrerseits dezentralisiert hat und routinemäßig die Revolutionäre auf dem kalten Wege durch Justizverfahren ausschalten will, setzt arbeitsfähige und nach lokalen und regionalen Strategien vorgehende Gruppen voraus. Sollen sie aber nicht durch die fehlende Koordination ihrer konkreten Arbeit kaputtgemacht werden, dann ist Reorganisation des Verbandes dringend notwendig und zwar nicht durch Aufblähung des bürokratischen Wurmfortsatzes BV zu einem bürokratischen Wasserkopf, sondern durch die Selbstorganisation der arbeitenden Gruppen. Diese Notwendigkeit wird zwar im Hamburger Antrag abstrakt postuliert, doch entspricht eine voll durchformalisierte Rätestruktur, die die Situation des Verandes völlig unberücksichtigt läßt und mit deren Durchführung der BV beauftragt wird, diesen Bedürfnissen kaum. Genau so wenig entspricht ihnen die Forderung nach Stärkung des BV, wie er von Frankfurter Genossen erhoben wird. Die derzeitigen Aufgaben können von einem zentralen BV in Frankfurt, der von der Frankfurter Gruppe kaum Unterstützung erwarten darf, nicht einmal technisch erfüllt werden. Vielmehr wird dieser BV über den alles läuft und an dem alles hängen bleibt die Verbandsarbeit eher hindern als stärken.

Demgegenüber hat der Berliner Vorschlag auf Einrichtung von „Sekretariaten" oder besser Schwerpunktgruppen den Vorteil, daß er an den funktionsfähigen Kollektiven des Verbandes ansetzt, den Gruppen, und die Notwendigkeit regionaler Organisation mit zentraler Koordination bestimmter Projekte und Kampagnen zu verbinden ermöglicht. Die aktiven Genossen werden nicht aus ihrem Arbeitskollektiv herausgerissen und in Frankfurt isoliert, und sind damit weder der Gefahr der Verselbständigung noch der Bürokratisierung unterworfen. Für technische Arbeiten müssen nicht wie jetzt in Frankfurt gutwillige Genossen gesucht werden, die sie als entfremdete erfüllen, sondern sie können durch die politisch arbeitende Projektgruppe, die in der betreffenden SDS-Gruppe die Schwerpunktarbeit macht selbst durchgeführt werden. Die Gefahr, den Verband nur noch nach außen zu vertreten, wird beschränkt und die Notwendigkeit, die Arbeit des Verbandes zu koordinieren, erscheint nicht mehr als bürokratische Pflicht, sondern ergibt sich aus den konkreten Bedürfnissen der politischen Arbeit am eigenen Ort. Die Gefahr des Informationsmonopols ist sehr viel geringer als beim zentralen BV, der die einkommenden Informationen meist nicht einmal auswerten und damit auch nicht weitergeben kann. Darüber hinaus ist diese Organisationsform sehr viel flexibler, insofern sie arbeitsteilig verfährt, wird die bürokratische Arbeit begrenzt und kann sehr viel leichter an andere Gruppen weitergegeben werden, als dies jetzt beim BV der Fall ist, wo der neue BV vom alten nicht einmal eingearbeitet wird und einen ganzen Wust von undurchschaubaren Verpflichtungen übernehmen muß.

Wenn aber diese Vorteile für Schwerpunktarbeit zuträfen, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht auch für die BV-Arbeit generell zutreffen sollten und warum nicht eine arbeitsfähige Gruppe die BV-Arbeit machen sollte, wobei sie der DK zwei bis drei Genossen verantwortlich benennen müßte. Diesem „BV", der in der Funktion etwa den „Vororten" in der klassischen Arbeiterbewegung entsprechen würde, könnten dann die Schwerpunktgruppen zu regelmäßigen Sitzungen Beauftragte delegieren, die die seitherige Beiratsfunktion erfüllen. Damit würde dieses Gremium endlich einen Inhalt für den Verband selbst, statt nur für die Presse erhalten. Da die Mitglieder des Beirats jeweils nach der Art ihrer Mitarbeit in den Gruppen bestimmt würden, wäre eine reale Verbindung zwischen Gruppen und Verband hergestellt, wenn sich die Schwerpunktarbeit so weit durchgesetzt hätte, daß praktisch alle Gruppen eine bestimmte Aufgabe verantwortlich übernommen hätten, wäre ein Gremium zentraler Kommunikation geschaffen, das alle Gruppen an der Verbandsarbeit direkt beteiligen würde, statt sie wie jetzt auf zufällige Kontakte zu ver-

weisen. Die Effizienz des Verbandes würde damit in keiner Weise geschädigt, denn diese ist bisher reiner Mythos und besteht im Grunde nur in der nominellen Repräsentanz. Auftretende finanzielle und andere technische Fragen müßten noch ausführlich diskutiert werden, doch ist nicht einzusehen, warum sie nicht gelöst werden könnten. Jedenfalls sollte die Verbandsfrage, die nur pragmatische Lösungen zuläßt, nicht länger unter solchen machtpolitischen Gesichtspunkten diskutiert werden, die lediglich individualistische und lokalpatriotische Struktur reproduzieren.

Bernd Rabehl

Der SDS und die Strategie der direkten Aktionen in Westeuropa*

Ab 1965 tauchten in den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse Westeuropas immer wieder die Aktionen der Studenten Westdeutschlands auf, die in direkter Konfrontation mit der Polizei gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und gegen die Zwangsmaßnahmen der Staats- und Universitätsaministration demonstrierten. Eine nicht geringe Rolle in der Vorbereitung und Durchführung dieser Aktionen spielte der SDS, dessen Einfluß an den Universitäten und anderen Bereichen der Gesellschaft mit der Steigerung der studentischen Protestdemonstrationen zunahm. Um die Bedeutung dieser studentischen Sozialisten im Nachkriegsdeutschland abzumessen, um diesen Kampf in den „Metropolen" für die Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt" richtig einzuschätzen, es ist notwendig, auf das Theorie- und Organisationsselbstverständnis — als Vermittlung zur praktischen Strategiekonzeption — dieser sozialistischen Studenten einzugehen.

Die Machtergreifung des Faschismus 1933 in Deutschland ist nur im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Arbeiterparteien zu verstehen, die, obwohl sich beinahe 40 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands, vor allem Arbeiter, zu den sozialistischen Zielen dieser Parteien bekannten, nicht in der Lage waren, die praktische Alternative zum Faschismus aufzustellen und zu verhindern, daß der deutsche Imperialismus in seiner faschistischen Form, dem Befreiungskampf der Arbeiter durch Terror und Versprechungen vorläufig ein Ende bereiten konnte.

Untereinander völlig zerstritten, war der Hauptfeind für die Sozialdemokraten nicht die bürgerliche Klasse und deren Prätorianergarde, die faschistischen Massenorganisationen, sondern die Kommunisten, während umgekehrt die Kommunisten sich anstrengten, den „Sozialfaschismus" in Gestalt der Sozialdemokratie in erster Linie zu bekämpfen. Die „Einheits-

* Für eine cubanische Zeitschrift hat Bernd Rabehl in einer umfangreichen Abhandlung die politische und organisatorische Lage des SDS dargestellt. Da der Beitrag eine Selbstkritik unserer jüngsten Geschichte aus der Sicht eines Berliner Genossen, der selbst an den wichtigsten Aktionen und Diskussionen beteiligt war, darstellt, drucken wir einen längeren Teil davon ab. (d. R.)

front" gegen den Faschismus wurde erst in letzter Sekunde ausgerufen, als das gegenseitige Mißtrauen und die Demoralisierung der Mitglieder ein Zusammengehen unmöglich machten. Die strategische Ratlosigkeit dieser beiden Arbeiterparteien drückte sich nicht nur in der hilflosen Praxis von zweifelhaften Protestveranstaltungen und Aufmärschen aus, sondern gerade auch in der Theorie, die trotz der unterschiedlichen Phraseologie für die beiden Organisationen die gleiche Funktion hatte. Die Sozialdemokratie verschrieb sich einem abstrakten Prozeß der Akkumulation und erfand das Theorem des „organisierten Kapitalismus", der ein „friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus" mit Hilfe des vom Parlament kontrollierten Staates gewährleisten sollte: „Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den *prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz* durch das *sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion*. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzig bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der Einwirkung durch den Staat." (Rudolf Hilferding maßgebender Theoretiker der Sozialdemokratie, auf dem Parteitag der SPD, Mai 1927 in Kiel, Sonderdruck, die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, S. 5, Hervorhebungen von R. Hilferding.)
Mit dem gleichen Ton der Überzeugung beschwor sich die Sozialdemokratie selbst als Teil des Staates, wodurch die Entwicklung zum Sozialismus beschleunigt werden sollte. Die marxistische Theorie des Klassenkampfes wurde in eine Interpretationsideologie verwandelt, die die Funktion dieser Partei im bürgerlichen Staat erklären und gleichzeitig rechtfertigen sollte. Der Opportunismus, die bürgerliche Realpolitik der Absprachen und kleinen Schuftereien brauchte noch die Weihe des Marxismus. Die Kritik der politischen Ökonomie von Marx, die Revolutionstheorie wurde verengt, genauer gesagt verfälscht in eine Ideologie der Industrialisierung und des Demokratismus, in eine Heilserwartung des technischen Fortschritts, der selbsttätig alle gesellschaftlichen Klassenverhältnisse lösen sollte, um unter dem Gesang der Engel die Zukunft, das Zeitalter des Sozialismus zu eröffnen. Die Dualität von revolutionärer Phraseologie und praktischem Revisionismus und Opportunismus, die die Vorkriegssozialdemokratie charakterisierte, wurde durch die Konstruktion des Theorems des „friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus" beseitigt. Scheinbar theoretisch abgeleitete wurde nun die Zusammenarbeit von bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie, und als Praxis für die Erreichung des sozialistischen Endziels gewertet. Aber dieser

Begriff Sozialismus war nur noch ein sentimentales Zugeständnis an die Hoffnungen der Arbeiter, inhaltlich bedeutete er bürgerliche Demokratie, Koalitionsregierungen etc. Diese Partei hatte jede Beziehung zur konkreten Gewalt verloren, die ihren inneren materiellen Grund in der Reproduktion und Akkumulation des Kapitals hat, in der Erhaltung und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse; objektiv war die Partei selbst Bestandteil der konterrevolutionären Gewalt, die durch Terror oder durch die sublimeren Formen der Manipulation die unterdrückten Klassen in ihrer gesellschaftlichen Position behalten wollte. Es ist an dieser Stelle nicht nach dem subjektiven Verrat einzelner Führer zu fragen, die sich als Agenten der bürgerlichen Klasse korrumpieren lassen, sondern der materielle Begründungszusammenhang ist zu sehen; aus welchen Gründen ehemals subversive Parteien sich in opportunistischer Politik versuchen, und dabei die eigenen Ideale aufgeben. Die stürmische Industrialisierung Deutschlands die zwar ein starkes Proletariat schuf aber genug Mehrwert produzierte, um Teilforderungen der Arbeiterorganisation zu gestatten, so daß der Reformismus die einzigen Erfolge für die Arbeiterpartei mit sich brachte, die in einer vorrevolutionären Periode entstand und sich organisatorisch an diese Periode fixierte, ohne die Ziele der Revolution je definieren zu können, also selbst zum Bestandteil der bürgerlichen Ordnung wurde. Diese historischen Besonderheiten können allein materialistisch den „Verrat" erklären. Der bürokratische Apparat, der zentralistisch zugeschnitten war auf die Parlamentsabgeordneten, benutzte die Theorie zur Legitimität seiner Praxis des Aushandelns von Kompromissen und der Teilnahme, vor allem nach 1918, am Staat, an Koalitions- und Länderregierungen. Ende der 20iger Jahre war die SPD bereit bis zur Grenze der Selbstaufgabe die bürgerliche Demokratie zu verteidigen, indem sie sogar die Notverordnungspolitik der großbürgerlichen Regierung Brüning gegen die Arbeiter unterstützte. Die Hilflosigkeit dieser Partei dem Faschismus gegenüber kommt deutlich auf dem Parteitag der SPD 1931 — Leipzig zum Ausdruck:

„Allerdings dürfen wir auf der anderen Seite den bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Politik des Tolerierens und des Ausweichens von uns nicht um ihrer selbst willen getrieben wird, daß wir vielmehr in ihr nur eine harte und vorübergehende Notwendigkeit erblicken, daß wir nicht verbürgerlichen, weil wir einer bürgerlichen Regierung Zugeständnisse machen, daß wir das Kabinett Brüning nur am Leben behalten, solange es entschlossen und imstande ist, die faschistischen Aspirationen abzuwehren und daß wir die Verletzung der demokratischen Form nur dulden, um

den demokratischen Inhalt der Verfassung zu retten." (Breitscheid auf dem Leipziger Parteitag, Juni 1931, S. 103.)
Mit dem Jargon des Ökonomismus wurde die Notwendigkeit der Selbstaufgabe abgeleitet; die bürgerliche Ideologie mit dem marxistischen Anstrich feiert ihre dramatische Bewährungsprobe und sie bestand sie.
Auch in der Kommunistischen Partei findet man in der Theorie diese eigenartige Dualität von revolutionärer Phraseologie und revisionistischer Praxis. Nur handelt es sich hier um einen Revisionismus in besonderer Form. Die Theorie der internationalen Revolution, wie sie von der Kommunistischen Internationale vertreten wurde, war stark beeinflußt von den Schwierigkeiten des Aufbaus der Wirtschaft in der Sowjetunion, die dadurch die „Radikalität" der Praxis der einzelnen kommunistischen Parteien bestimmte. Die Theorie ging primär davon aus, daß „der Sowjetbund . . . durch die bloße Tatsache seiner Existenz einen Keil in das kapitalistische System (treibt), indem er mit seinem dem kapitalistischen Regime prinzipiell feindlichen Aufbau ein Sechstel der Weltkugel umfaßt. Andererseits stellt er den stärksten Trupp der proletarischen Bewegung dar, denn hier stehen der Arbeiterklasse alle Mittel und Hilfsquellen der Staatsmacht zur Verfügung." (Programm der Kommunistischen Internationale, in: Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der K. I., Moskau 1924, Hamburg 1924, S. 59). Nicht die konkreten Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern wurden entscheidend, sondern der „Hauptwiderspruch" zwischen sozialistischem Lager und kapitalistischem System. Das wurde noch deutlicher aus dem VI. Weltkongreß der K. I., auf dem dieses Verhältnis deutlich definiert wurde: „Stärker noch als die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten aber wächst der Hauptgegensatz, der die ganze Welt in zwei Lager teilt: einerseits die gesamte kapitalistische Welt, andererseits die Sowjetunion, um die sich das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker scharen." (Internationale Pressekorrespondenz Nr. 130, 23. 11. 1928, S. 2574). In dem Moment, wo Handelsverträge und militärische Absprachen die Sowjetunion an kapitalistische Machtgruppen band, weil dadurch der Aufbau und die Sicherheit der Sowjetunion gefördert wurden, mußte eine Theorie, die diesen Zustand rechtfertigen sollte, zur Ideologie der Politik des Sowjetstaates werden, d. h. ähnlich wie bei der Sozialdemokratie vermochte die Theorie nicht die konkreten Bedingungen konkreter Situationen zu analysieren, sondern nur eine geschehene Politik als taktische Züge des „Prozesses" der Revolution zu interpretieren. So kämpfte auch die KPD verbal gegen das bürgerliche System, war aber gleichzeitig unfähig die Avantgarderolle der Arbeiterklasse zu

übernehmen, weil ihre Praxis ausgerichtet war auf die Erfordernisse der sowjetischen Außenpolitik, d. h. die K.P. war nicht bereit die faschistische Machtergreifung durch einen revolutionären Volkskrieg gegen die kapitalistische Herrschaftsclique zu beantworten. Die Vorbereitungen für den Widerstand waren kläglich und wurden kaschiert durch die Behauptung, daß das kapitalistische System in kurzer Zeit in Deutschland zusammenbrechen würde. In der Machtergreifung des Faschismus entdeckten die Theoretiker der „Kommintern" sogar ein erstes Symptom des Zusammenbruchs und sie glaubten ernsthaft, daß nach spätestens einem Jahr die Herrschaft dem Proletariat in den Schoß fallen würde. Ein revolutionärer Volkskrieg in Deutschland hätte die Konsequenz einer Revolutionierung Westeuropas gehabt, weil sofort die imperialistische Entente (Frankreich, England, USA) auf den Plan getreten wäre, die in der Machtergreifung des Faschismus vorerst keine Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa sah, sehr wohl aber ein sozialistisches Deutschland nicht akzeptieren konnte und deshalb wie schon in der Ruhrbesetzung 1923 mit Truppen interveniert hätte. Die Sowjetunion wäre also höchst wahrscheinlich auch in einen revolutionären Krieg verwickelt worden, in einem Augenblick, wo die Erfüllung des 1. Fünfjahresplanes und die Kollektivierung der Landwirtschaft alle Kräfte in Anspruch nahm. Wie die SPD vertraute die KPD auf einen abstrakten ökonomischen Prozeß, der ihr zwar nicht das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus verhieß, aber den weltweiten Zusammenbruch des Kapitalismus. Die faschistische Gefahr wurde auf diese Weise verharmlost. Die Grundlinien der Revolutionstheorie der deutschen Kommunisten hat Thälmann, 1. Sekretär des Z. K. der KPD in einem Referat angegeben, in dem er den allgemeinen weltumfassenden Charakter der Krise des Kapitalismus hochhebt, der gekennzeichnet war durch die rasche technische Entwicklung, die den Verschleiß des konstanten Kapitals beschleunigte, wodurch die Fristen der Industriezyklen verkürzt wurden zu der allgemeinen Krise; aber Thälmann betonte zugleich, daß der „Bestand der Sowjetunion und ihr sozialistischer Vormarsch" die entscheidenden revolutionären Impulse dem Proletariat gebe. (Thählmann, Referat vor dem Z. K. der K.P.D., Januar 1931, in Thälmann, Kampfreden und Aufsätze, S. 36 ff.) Selbstbewußt konnte deshalb auch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale 1933 zur Lage in Deutschland verkünden: „Die augenblickliche Stille nach dem Siege des Faschismus ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland wird trotz des faschistischen Terrors unvermeidlich ansteigen. Die Abwehr der Massen gegen den Faschismus wird zwangsläufig zunehmen.

Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illusionen in den Massen zunichte macht und die Massen aus dem Einfluß der Sozialdemokratie befreit, beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution." (Die Kommunistische Internationale, eine Dokumentation von H. Weber, S. 276). Dieses idealistische Vertrauen in den „Weltgeist", oder in den „objektiven Prozeß der Krisenzyklen" wie sein „wissenschaftliches" Pseudonym war, verdeckte die mangelhafte Strategie gegen die Konterrevolution und gab der Theorie diese eigenartige opportunistische Funktion. Der materialistische Zusammenhang zwischen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der revolutionären Avantgarde, die diese Herrschaftsverhältnisse stürzen will, gibt an, daß diese Parteien durch ihre faktische Integration in das kapitalistische Weltsystem selbst zum Bestandteil der kapitalistischen Herrschaft geworden sind oder anders ausgedrückt: durch die Verselbständigung der revolutionären Theorie des Klassenkampfes zur Ideologie der Realpolitik können diese Organisationen an der Revolutionierung der Massen keinen Anteil mehr haben, sie gehören zum Schutt der Geschichte.

„So zeigt sich hier in dem Verhältnis zwischen der jeweiligen ideologisch fixierten Gestalt der revolutionären Theorie und der fortschreitenden Praxis der Arbeiterklassenbewegung selbst ein eigentümlicher Anwendungsfall jener *Dialektik*, die nach der bekannten Marx'schen Formulierung für das Verhältnis zwischen den materiellen *Produktivkräften* und den *gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen* im allgemeinen gilt und die darin besteht, daß jedesmal auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung die materiellen Produktivkräfte in Widerspruch mit den Produktionsverhältnissen geraten. Die aus einer vergangenen Periode der Arbeiterklassenbewegung überlieferte und von der neuen Generation ideologisch als „Marxismus" oder sogar als „orthodoxer Marxismus" rezipierte marxistische Theorie zeigt von allem Anfang an einen zwiespältigen Charakter, indem sie die gemäße Ausbildung und Weiterentwicklung des Klassenbewußtseins und des Klassenkampfes in dieser neuen Periode weitertreibt und fördert und andererseits zugleich auch schon hintanhält und fesselt. In der weiteren Entwicklung der Bewegung aber tritt die positive und progressive Tendenz immer mehr zurück, die negative und retardierende immer mehr in den Vordergrund, bis schließlich diese ganze ideologische Form des orthodoxen Marxismus in eine reine Hemmung und Fessel der wirklichen Weiterentwicklung des revolutionären Klassenbewußtseins und Klassenkampfes umschlägt." (Karl Korsch, Die materialistische Geschichtsauffassung, Leipzig 1929, S. 127 ff.)

Das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter wurde vor 1933 durch diese Form des „Marxismus" bereits demoralisiert, so daß 1945 nur noch Rudimente eines solchen Bewußtseins vorhanden waren. Es reichte zwar aus, um die Sehnsucht nach einem sozialistischen Deutschland zu artikulieren, da aber die Arbeiterparteien sich keine Rechenschaft über ihre Praxis vor 1933 gaben, verfiel die Sozialdemokratie dem Theorem des „demokratischen Sozialismus", während sie praktisch an der Restauration des kapitalistischen Deutschland mitwirkte und später selbst offen sich zu einer konterrevolutionären Organisation erklärte, während die Kommunisten sich zwar wieder abstrakt für den Sozialismus aussprachen, in den Volksdemokratien technokratisch und nach ökonomistischen Gesichtspunkten den Aufbau des Sozialismus einleiteten, im Westen jedoch nicht den Klassenkampf vorantrieben, sondern wie vor 1933 auf die Krise warteten oder das Beispiel des Aufbaus in den Volksdemokratien auf die Massen wirken lassen wollten. Dieser kommunistische Opportunismus gewann immer stärker die Formen der sozialdemokratischen Ideologie des „friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus" je mehr durch die Blockpolitik nach 1945 die friedliche Koexistenz Leitfaden der Politik wurde. Der Begriff des Klassenkampfes wurde reduziert auf den Wettbewerb beider Systeme um die „Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen" und war eingeschränkt auf Produktionssteigerung, auf das positive Beispiel, während die Gewalt des Imperialismus weitgehend verharmlost wurde. „In diesem Zusammenhang muß die Bedeutung der Einheitlichkeit der Handlungen und der Einstimmigkeit im Sicherheitsrat, vor allem hinsichtlich der beiden wirtschaftlich und militärisch mächtigen Staaten — der Sowjetunion und den USA — für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und die Lösung der wichtigsten internationalen Probleme hervorgehoben werden. Die Möglichkeit für alle Staaten, Streitfragen unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen zu lösen, schließt die Gewaltanwendung zu diesen Zwecken aus. Kein anderer Staat wird unter diesen Bedingungen wagen, den Frieden zu verletzen und gegen die Großmächte vorzugehen, besonders gegen die UdSSR und die USA, wenn diese in einer einheitlichen Front für die Interessen des allgemeinen Friedens eintreten." (A. A. Gromyko, Die friedliche Koexistenz — der Leninsche Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, Berlin 1961, S. 255)

Die konkreten Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern reproduzieren nur noch Konflikte, die durch Reformen beigelegt werden können, ohne jemals Dimensionen des revolutionären Kampfes zu erreichen. Die Konstruktion der Verselbständigung des monopolkapitalistischen Staates von

den demokratisch gesinnten Massen, die die demokratische Verfassung gegen die Politik dieses Staates verteidigen, ist bei genauerer Analyse eine Wiederauflage sozialdemokratischer Auffassung mit dem Unterschied, daß die kommunistischen Organisationen sich nicht als Teil des demokratischen Staates sehen, sondern als Teil der demokratischen Verfassung und damit ist sie Führerin des größten Teils der „friedliebenden" Bevölkerung, die durch das Beispiel des Sozialismus in den Volksdemokratien und in der Sowjetunion die sozialistische Motivation ihres Bewußtseins erhält. Anstelle der konkreten Klassenkämpfe treten die Illusionen, die das Klassenbewußtsein ersetzen. Die Hoffnung auf den friedlichen Prozeß der Sozialisierung der Welt liefert gerade das Proletariat den Strategien der Konterrevolution aus, die Verharmlosung des Imperialismus führt dazu, daß dieser im entscheidenden Moment die sozialistische Bewegung zerschlagen kann. „Die Sicherung des Gesamtsystems der kapitalistischen Ausbeutung durch den Staat wird aber um so schwieriger, je demokratischer die Herrschaftsform selbst ist, da sich aus dem antidemokratischen Charakter des staatsmonopolistischen Kapitalismus notwendigerweise der antimonopolistische Charakter der demokratischen Kräfte ergibt. Je demokratischer nun die Staatsverfassung ist, um so größer wird für die Monopole nun die Gefahr, daß die demokratischen Kräfte Einfluß auf die staatliche Tätigkeit ausüben ... Zwischen der Herrschaft des Monopolkapitals und dem Übergang zum Sozialismus liegt die Stufe der Erkämpfung der Demokratie im Bündnis mit allen friedliebenden Kräften." (Imperialismus heute, Berlin 1966, S. 732/33)
Diese Analyse läßt vollkommen die Disfunktionalität des Parlaments außer acht, die in der Gegenwart in Deutschland nur noch den Entscheidungen der außerparlamentarischen pressure-groups zu applaudieren hat und vergißt, daß die Parteibürokraten sich selbst zu Staatsorganen verwandelt haben und daß das Idiom des „Pluralismus" Manipulationsinstrument ist, damit die Massen sich von Parteien vertreten lassen, die Bestandteil des Herrschaftskartells der kooperierenden Interessengruppen sind. Radikaldemokratische Linksparteien, die sich dem Mechanismus dieser praktizierten Realpolitik anvertrauen, übernehmen Hilfsfunktionen für die etablierten Parteien, indem sie die Unzufriedenen wieder in diesen Manipulationszusammenhang zurückführen und gleichzeitig Illusionen schüren für den parlamentarischen Kampf, wenn allein Aktionen der direkten Entlarvung und der Verweigerung diesen spätkapitalistischen Herrschaftsapparat stören oder gar blockieren können. In dieses demokratische Konzept der Linksparteien ist die Bedeutung der revolutionären Befreiungskämpfe in der „Dritten Welt" und die antiautoritären Demon-

strationen der Studenten nur schwer einzufügen. Die neue Stufe des Kampfes enthüllte die konservative Rolle der kommunistischen Parteien in Westeuropa. Das latent vorhandene Klassenbewußtsein der Arbeiter in Frankreich und Italien ist zwar leichter von den Studenten ansprechbar als in Deutschland, aber das Verhalten des Parteiapparates, die reaktionäre Haltung in Frankreich und die zentristische Haltung, bestehend aus revolutionärer Phraseologie und opportunistischer Realpolitik, in Italien, zeigen den Maßstab an, inwieweit die Kommunisten zu bürgerlichen Ordnungsfaktoren geworden sind. Dadurch daß in Deutschland die verbotene KPD selbst nur noch eine politische Sekte war, die kaum Einfluß auf die Arbeiter hatte, besaß der SDS eine viel größere Spannweite einer Praxis, zumal er sich auch ideologisch von dieser Partei vollkommen emanzipiert hatte. Die KPD unterstützte die außerparlamentarischen Aktionen der Studenten, weil sie sich eine Mobilisierung der Massen erhoffte, die dann leichter für ihre Parolen ansprechbar waren. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Staatsapparat mußte auch hier die kurzfristige Einheitsfront zerbrechen, weil die KPD aus dem theoretischen Selbstverständnis heraus nicht bereit war, diesen Staatsapparat direkt anzugreifen.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund wurde 1946, ein Jahr nach der Kapitulation des Hitlerfaschismus, durch eine Verfügung der alliierten Kommandantur gegründet. Er besaß also den Segen des amerikanischen Geheimdienstes, der zu diesem Zeitpunkt sich abmühte, alle revolutionären Kader nicht nach Deutschland zu lassen, damit die Gewähr bestand, daß die entstehenden Arbeitergruppierungen nicht zu militanten Aktionen für ein sozialistisches Deutschland schritten. Alle Revisionisten mit Rang und Namen setzten mit den westlichen Truppen ihren Fuß auf deutschen Boden, um opportunistische Organisationen aus der Taufe heben zu können. Der SDS war als Studentenverband eng verflochten mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und hatte die organisatorische Hauptfunktion, diesen Parteiapparat mit akademischem Nachwuchs zu versorgen. Neben den studentischen Karrieristen, die sich abmühten, einen ertragreichen Parteijob zu erhaschen, versammelten sich im SDS alle Variationen theoretischer Phantasten, die die verschiedenen Wege zum Sozialismus anzubieten hatten, denen jedoch eins gemeinsam war, die irrational antikommunistische Ideologie, die Schablone des bürgerlichen Freund-Feind-Denkens. Dieser Studentenverband vertrat im Verhältnis zur SPD und den Gewerkschaften, die sich immer noch abstrakt für die Verstaatlichung der Grundindustrie aussprachen, einen pragmatisch rechten Kurs, der darauf bedacht war, durch die Einpassung

der SPD in das kapitalistische System in diesem System eine größere Bedeutung zu erlangen oder präziser ausgedrückt: durch die Verwendung des sozialdemokratischen Apparates im Kalten Krieg gegen den Osten erhofften sich die zukünftigen Bürokraten höhere Einnahmequellen und bessere Berufserwartungen. Je mehr aber im Verlaufe der Jahre der Parteiapparat diesen Kurs verfolgte und den sozialistischen Anstrich der Realpolitik ablegte, um sich offen für den Kapitalismus zu erklären, um auch erfolgreich an den Wahlmanipulationen der bürgerlichen Parteien teilzunehmen, „alles versprechen — nichts einhalten", je mehr diese Partei sich soziologisch veränderte, indem die Parteiangestellten, die Staatsbeamten, die durch die Partei ihren Beruf erhalten hatten, und die Berufspolitiker die Partei bestimmten und die Arbeitermitgliedschaft rapide abnahm und ihr Einfluß faktisch nicht mehr vorhanden war, desto mehr wurde die Position des SDS zur Partei „als links von der Partei" interpretiert. Die Metamorphose der SPD zum bürgerlichen Staatsorgan, die sich schon vor 1933 angedeutet hatte, wurde jetzt abgeschlossen und ein solches Organ benötigte gehorsamspflichtige Beamte und wertete jegliche soziale Phantasie als unrational, für die Partei nicht verwertbar. Die SPD bot sich nicht nur als Koalitionspartner des deutschen Imperialismus an, sondern unterstützte auch die Politik des amerikanischen Imperialismus, der als „Schutzmacht" von diesen Biedermännern gefeiert wurde.

Als der SDS am Ende der 50iger Jahre eine allgemein pazifistische Politik vertrat, die vorher teilweise auch noch das friedfertige Aushängeschild der Firma SPD war und das der „Ächtung der Atomwaffen" in der Welt das Wort redete und die SPD abrupt diesen Pazifismus verwarf, war die Kluft zwischen Studentenbund und Parteiapparat geschaffen, denn die Studenten konnten diesen schnellen Kurswechsel nicht nachvollziehen. Die Borniertheit der Parteispitze, die keinerlei Diskussion und keine Fraktionsbildung in der Partei zuließ und die massiven Drohungen gegen die Studenten vertieften den Widerspruch zwischen der Bürokratie und den „linken" Intellektuellen. Der „Atomkongreß" in Berlin, der gegen die Anweisungen der Partei durchgeführt wurde machte den Bruch zwischen SPD und SDS unvermeidlich. 1961 schien der Termin günstig und die SPD sprach den Unvereinbarkeitsbeschluß aus; wer Mitglied des SDS war, der wurde automatisch aus der SPD ausgeschlossen. Die geschickten Manipulateure der SPD vergaßen nicht die antikommunistische Stimmung auszunützen, indem sie diesen Studentenverband „kommunistischer Umtriebe" verdächtigten. Das hatte zugleich auch den Zweck ihn von allen

Geldquellen abzuschneiden, d. h. ihn finanziell auszutrocknen, damit er keine Rolle in der Innenpolitik mehr spielen konnte.

Die Periode nach der Lostrennung von der SPD bis etwa 1965 ist vom SDS sinnvoll unter der Überschrift „von der Bürokratie zur Wissenschaft" zusammengefaßt worden. Ohne sich um die Anforderungen eines Parteiapparates kümmern zu müssen, entledigt der studentischen Karrieremacher, die nun im „Sozialdemokratischen Hochschulbund" vorerst ihr „Heil" versuchten, radikalisiert durch die Prozedur des Ausschlusses und den nachfolgenden Verleumdungen, bestand das Selbstverständnis des SDS darin, eine theoretische Neubestimmung der sozialistischen Politik im Nachkriegsdeutschland zu geben. Bewußt zählte man sich zur „Neuen Linken" in Westeuropa, die außerhalb der traditionellen Parteigruppierungen, eine neue Periode des Klassenkampfes einleiten wollte.

Gesellschaftlich isoliert verstand der SDS unter sozialistischer Theorie in dieser Phase den utopischen Entwurf einer neuen Gesellschaft, der gemessen am technischen Stand der Produktivkräfte des Monopolkapitalismus die Bedingungen und Möglichkeiten einer vernünftigen Gesellschaft, frei von „Hunger und Krieg", frei von irrationaler Herrschaft und repressiver Arbeit, darstellen zu können glaubte, um gegen den Rüstungs- und Vergeudungskapitalismus eine massenwirksame Propaganda zu entwickeln. Die Selbstentlarvung der SPD als bürgerliche Ordnungspartei und die unwirksame Praxis der Kommunisten zeigte historisch an, daß eine Periode des Klassenkampfes abgeschlossen war. Die neue Periode kündigte sich an durch die unzähligen sozialistischen Sekten, die in Westeuropa entstanden, durch die Utopien, die bemüht waren, von den traditionellen Vorstellungen sich abzusetzen. Diese Periode leitete sich jedoch materiell nicht her aus den konkreten Klassenkämpfen und bekam eine theoretische Gewißheit von den Befreiungskämpfen in der „Dritten Welt", von den Revolutionen in China, Korea, Vietnam und Cuba.

Marx hatte die Phase vor der Revolution von 1848 ähnlich interpretiert: „Solange das Proletariat noch nicht genügend entwickelt ist, um sich als Klasse zu konstituieren, und daher der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie noch keinen politischen Charakter trägt ... solange sind diese Theoretiker nur Utopisten, die, um den Bedürfnissen der unterdrückten Klasse abzuhelfen, Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen." (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW, Bd. 4, 1964, S. 143)

Diese moralische Einstellung des SDS zum kapitalistischen System gab sich ein theoretisches Programm, das in drei Schritten erfüllt werden sollte:
1. war „die Perspektive einer neuen Gesellschaft zu entwerfen, die sich in die herkömmlichen Begriffe der Mangelgesellschaft nicht mehr einfangen läßt. 2. wären aus dieser Perspektive her die Mechanismen in unserer Gesellschaft zu untersuchen, die eine solche objektiv mögliche Entwicklung hemmen und zugleich im Bewußtsein der Menschen den status quo verewigen ... 3. Der dritte Schritt bestände dann darin, in den erwähnten Mechanismen Widersprüche und schwache Stellen aufzuspüren, die zugleich Ansatzpunkte einer sinnvollen gesellschaftlichen Praxis liefern können." (Elisabeth Lenk, Die sozialistische Theorie in der Arbeit des SDS, Neue Kritik, Nr. 13, Mai 1962.)
An praktische Auseinandersetzungen mit dem monopolkapitalistischen Staat war zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken. Die lockere Organisation des SDS wurde strukturiert durch Studiengruppen, die sich mit den Problemen der wirtschaftlichen Konzentration des Monopolkapitalismus und seine internationale Verflechtung befassen sollten oder sich Arbeitsthemen aussuchten wie etwa „Änderung der Kooperationsformen im Betrieb, zur Frage der Mitbestimmung der Arbeiter" oder „Das Problem von gesellschaftlich notwendiger und zusätzlicher Arbeit" oder „Der Einfluß der Kulturindustrie auf die Arbeiter".

Die nächsten Aufgaben waren damit definiert, der Rückzug in die Universität, in das Seminar sollte gerade spätere effektive Praxis ermöglichen. Diese Periode des Seminarmarxismus des SDS erlaubte die Analyse des Phänomens des Faschismus, der einmal mit den Kriterien der Frankfurter Schule aufgearbeitet wurde (Adorno, Horkheimer, Marcuse) die in die Theorie Kategorien der Psychoanalyse einführte, zum anderen als Zeichen des Zusammenbruchs der Arbeiterbewegung die Reflektion der Theorien dieser Arbeiterbewegung verlangte (Reich, Korsch, Lukacs, Thalheimer). Der SDS erarbeitete sich auf diese Weise ein eigenständiges Geschichtsbewußtsein. Die Aktionen, die durchgeführt wurden, entsprachen noch dem pazifistischen Grundzug aus der sozialdemokratischen Periode; sie berührten den Verband nur am Rande aber sie wiesen auf ein neues Schwergewicht der Aktionen hin: Solidarität mit der „Dritten Welt." Die Proteste gegen die Rassendiskriminierung in Südafrika und die Geldsammlung für die Algerienflüchtlinge verließen nicht den karitativen Rahmen des linksbürgerlichen Interesses für diese „unterentwickelten" Länder.

Nach 1961 wurden die Studenten durch die von der Großindustrie angestrebte „Hochschulreform" zum offenen Widerstand gezwungen. Das Interesse der Großindustrie an der Produktivkraft Universität leitete sich her aus einer Wachstumskrise, die zum Teil behoben werden sollte durch eine bessere Qualifikation der Arbeitskräfte, vor allem durch einen höheren Ausstoß von Ingenieuren, Volkswirten, Juristen, Lehrern etc. Die Phase der expandierenden Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft nach dem Zusammenbruch von 1945 wurde abgelöst durch eine schleichende Stagnation, der Akkumulationsschwierigkeiten einzelner Industriebranchen, die technisch veraltet waren oder die den erwirtschafteten Mehrwert zur technischen Umrüstung benutzen mußten, zur Automatisierung, um auf dem Weltmarkt den amerikanischen Firmen Konkurrenz anbieten zu können. Der wirtschaftliche Aufschwung, die Konjunktur der deutschen Wirtschaft in den 50iger Jahren hatte nicht nur seine Ursache in den Marshallplangeldern aus den USA, in der Nachfrage der zerstörten Wirtschaft, in der Nichtbeteiligung am Koreakrieg und in den ersten Jahren am Wettrüsten, sondern auch in der Arbeitskräftestruktur in Deutschland, die bestimmt wurde durch die hochqualifizierten Arbeiter, die in großer Zahl aus den Ostgebieten in die Westzonen übersiedelten. Die Bildungspolitik des Staates kümmerte sich deshalb nur mäßig um den Nachwuchs an den Universitäten, weil das große Angebot auf dem Arbeitsmarkt alle Bedürfnisse der Industrie befriedigen konnte. Die ersten Anzeichen einer Wachstumskrise, etwa nach 1960, machte sich zuerst an der Universität bemerkbar, weil die Industriebürokratie bemüht war, im Schnellverfahren qualifizierte Arbeitskräfte heranzubilden, die in der Lage waren, die neuen automatischen Apparaturen auch zu bedienen. Die Studienreform, die sich auf Rationalisierungsmaßnahmen, auf eine out-put-Steigerung der vorhandenen Ausbildungseinrichtungen beschränkte, provozierte den Widerstand der Studenten und zugleich deren sozialistische Motivation, die sich als Wissenschaftler einer vernünftigen Gesellschaft sahen und nicht als Spezialroboter und Fachidioten einer Leistungsgesellschaft, die ungeheure Werte durch Rüstung und Bürokratie vergeudete. Der SDS war auf diese Entwicklung an den Universitäten vorbereitet. In einer Denkschrift, „Hochschule in der Demokratie", wies er auf die Tendenz hin, daß der Akkumulationsprozeß kurzfristig die Autonomie der Universität zerstören würde und daß auf demokratische Reformen nicht zu rechnen sei, daß die Studenten im Gegenteil ihre bisherigen Rechte der Mitbestimmung an den Universitäten nicht nur verteidigen müßten, sondern zugleich eine Offensive gegen die autoritäre Ordinarienuniversität gestartet werden müsse. Trotzdem wäre

der Widerstand gegen die Hochschulreform kaum über einen mäßigen Tradeunionismus hinausgekommen, hätten nicht die Ereignisse in Kuba, Kongo und Vietnam den Effekt der Solidarisierung der Studenten mit den Befreiungsbewegungen gehabt. In dieser historischen Situation versuchten die Studenten mit der philosophisch methodischen Konstruktion des Begriffs Totalität Welt, gefaßt als Weltgeschichte und als Prozeß der Befreiung der Menschheit, der durchaus Niedergangsperioden kennt, die vergangenen und gegenwärtigen Klassenkämpfe in den Metropolen mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt zu vermitteln. Die Aktionen der Studenten sollten konkrete Solidarisierung mit den Partisanen sein, doch zugleich auch ein Signal für neue Kämpfe in den hochkapitalistischen Ländern. Der Hegel'sche Begriff der Totalität wurde im Lenin'schen, Trotzki'schen und Mao'istischen Sinn als Weltrevolution gedeutet und die „Friedlichen" Etappen zwischen den Krisen des bürgerlichen Systems als Vorbereitungszeiten der revolutionären Avantgarde gesehen, zu der sich die revolutionär gesinnten Studenten rechneten. Die gesellschaftlich isolierte Position dieser Studenten, denn in Deutschland waren zu diesem Zeitpunkt keine Anzeichen von Klassenauseinandersetzungen größeren Umfangs zu sehen, führte zu dieser theoretischen Konstruktion, die zugleich der psychologischen Situation der Studenten Rechnung trug. Später wurde die Theorie dahingehend erweitert, daß der Angriff gegen den monopolkapitalistischen Staat und dessen Reaktionen überhaupt erst vorrevolutionäre Bedingungen in Deutschland schaffen kann. Darauf wird noch einzugehen sein. Das theoretische Verständnis der Weltlage im historischen Kontext ermöglichte jedoch den ersten Zugang zur Politik des Imperialismus und zur sowjetischen Politik. Die Kritik dieser Politik durch die chinesischen Kommunisten ebnete den Weg zur radikalen Praxis des SDS.

„Die Unversöhnlichkeit von Imperialismus und Sozialismus wird auch von den heutigen chinesischen Kommunisten besonders hervorgehoben. Sie sind der Überzeugung (. . .), daß der Imperialismus infolge seiner inneren antagonistischen Widersprüche, seiner expansiven Natur, ständig die Gefahr eines Weltkrieges in sich trägt. Es gilt also nicht, mit dem Imperialismus zu koexistieren, sondern ihn mit in unserer Epoche zur Verfügung stehenden Mitteln an seinen schwächsten Stellen zu bekämpfen, um dem Ziel, einer Welt ohne Hunger und Krieg näher zu kommen." (Rudi Dutschke, in „Anschlag", November 1964.)

Diese allgemeine Aussage barg zum Teil noch das utopische Denken des SDS in sich und war noch weit entfernt von einer Bedingungsanalyse der revolutionären Kämpfe in der Dritten Welt und deren Zusammen-

hang mit den Widersprüchen in den imperialistischen Gesellschaften. Der methodische Ansatz, die Volkskriege in Asien, Lateinamerika und Afrika als Fortsetzung des Emanzipationskampfes des Proletariats, als die entscheidenden Impulse für die sozialistische Weltrevolution zu deuten, und der Versuch, die „schwachen Stellen" in den imperialistischen Ländern aufzufinden, mußte die Studenten zur Praxis treiben, weil die Aktualität der Revolution in der „Dritten Welt" sich nun auch auf die eigene Gesellschaft ausdehnte. Diese Vermittlung mag abstrakt richtig sein, vorerst wurde sie hergestellt durch die sentimentale Solidarität mit den Guerilleros. Der Druck der Staats- und Universitätsadministration mit Hilfe der Studienreform auf die Universitäten, die Androhung und Vorbereitung der Notstandsgesetzgebung, eine Vorbeugung der monopolkapitalistischen Gesellschaft gegen den Ausbruch von Klassenkämpfen, wurde in einen direkten Zusammenhang gebracht mit der Gewalt des Imperialismus in der Dritten Welt. Der Haß und die revolutionäre Leidenschaft der Völker dort gegen die Aggressoren wurde übertragen auf die Situation in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern und konstitutiv für die Organisationsformen des SDS, dessen Struktur nicht mehr durch die Seminare gebildet werden sollte, sondern durch die Aktionen. Die Übertragung der revolutionierenden Widersprüche jener geographischen Gebiete auf Deutschland, verdeckte die Ungleichzeitigkeit der geschichtlichen Situation in der „Dritten Welt" und den Metropolen und behinderte die Definition der spezifischen Strategie des Kampfes. Der Wille, die gesellschaftliche Isolation und damit das Stadium uneffektiver Praxis zu überwinden, führte zur schwärmerischen Imitation der Organisationsformen der Kampfeinheiten der Partisanen, die als Lebensgemeinschaften mißdeutet wurden. Hier zeigte sich der Widerspruch in der Praxis dieses Studentenverbandes. Er will gegen das kapitalistische System kämpfen aber die psychologischen Bedürfnisse der einzelnen Individuen, die dem Leistungsdruck der kapitalistischen Gesellschaft entgehen wollen, wirft diese Praxis immer wieder zurück auf den individuellen Gesichtskreis. Die gesellschaftliche Isolation, die vorher zu den utopischen Entwürfen geführt hatte, psychologisiert nun die Praxis. Die Theorie, die im SDS entstand, versuchte beide Elemente, Bedürfnisse des Einzelnen und den Kampf gegen das kapitalistische Herrschaftssystem, zu einer Einheit zu bringen. Sie konnte sie bis in die Gegenwart nicht lösen. Der plötzliche Angriff auf den Staatsapparat erzielte zwar einen Überraschungseffekt und konnte den autoritären Charakter entlarven, auf längere Sicht gestattete er die Anpassung des Apparates an diese Praxis, blieben die Studenten auf den universitären Bereich der Gesellschaft beschränkt. Das

Vertrauen auf die Spontaneität der Betroffenen verhinderte später sogar die organisatorische Vorbereitung der Aktionen, so daß Niederlagen unmeidlich werden mußten. Eine militante Demonstration gegen Tschombe, Ende 1964, war die Einleitung der Periode der direkten Aktionen. Die Studenten hielten sich an keine Auflagen der Polizei und die Gegenmaßnahmen der Polizei und später die Verleumdungen durch die bürgerliche Presse zeigten den Zusammenhang von Marionettenregimen in der „Dritten Welt" und ihren imperialistischen Wohltätern. Die Aufklärung in der Aktion entlarvte besser die monopolkapitalistische Gesellschaft als unzählige Aufklärungsveranstaltungen. Ähnlich sollte auch eine Plakataktion an die Mitschuld der Bonner Regierung an den Verbrechen der USA in Vietnam erinnern. Gerade die hysterischen Reaktionen des Machtapparates mobilisierten die Studenten für die vietnamesische Befreiungsfront. Die Demonstrationen in der Stadt radikalisierten wiederum die Studenten in der Universität, die durch sit-in und teach-in für ihre Rechte an der Universität kämpften. Dadurch gelang es auch dem SDS als dem politischen Kader der Studentenrevolte, die Verbindung zwischen der administrativen Maßnahme der Zwangsexmatrikulation, dem Verbot politischer Veranstaltungen auf dem Universitätsgelände und dem Verhalten der Polizei und des politischen Senats auf den Demonstrationen zu zeigen. Der SDS konnte deshalb auch für die politische Kontinuität der Aktionen sorgen (siehe R. Reiche in: Studentenrevolten in Berkely und Berlin, neue kritik, 39, Oktober, Dezember 1966). Der Internationalismus im SDS war keine Abwendung von der Wirklichkeit, sondern führte zur Radikalisierung des Verbandes, der alles sozialdemokratische traditionalistische Denken in Frage stellte, ohne sozialrelevante Schichten der Arbeiter als Bündnisgenossen gewinnen zu können. Einstweilen blieb deshalb die über die Universität hinausgehende Praxis eine voluntaristische Identifikation mit den Revolutionen der Dritten Welt der wichtigste Antrieb der Studenten.

„Die demokratisch aufrechte Gesinnung wird ihr Gesicht erst wiedergewinnen, wenn sie sich endlich an die richtige Adresse wendet, wenn sie erkennt, daß mit den Henkern im Weißen Haus nicht mehr zu disputieren ist." „Abzug der amerikanischen Truppen", „freie Wahlen für Südvietnam", das sind Forderungen an den Vietkong, einen gerechten Frieden endlich zu erzwingen, Forderungen, die nicht hilflos bleiben in der Solidarität mit den Unterlegenen, die eine lahme deutsche Protestbewegung bis heute bejammert, sondern schlagkräftig werden in der Solidarität mit den Siegern, schlagkräftig werden mit jedem verbrannten Einberufungsbefehl. Was bis heute versäumt wurde, in den Verurteilten, die sich

erfolgreich zur Wehr setzten, uns selbst wiederzuerkennen und sie daran nicht nur mit Jammer abzusingen, das ist endlich zu leisten. Unser richtig verstandenes Interesse, das einsieht, daß jeder Sieg des Vietkong ein Sieg unserer Demokratie bedeutet, ist die Triebfeder folgender Blätter. (SDS-Information über Vietnam und die Länder der Dritten Welt, Nr. 1 Berlin, Mai 1966).

Die Demonstrationen und Aktionen, die stattfanden und die die imperialistische Politik der USA bloßstellten, zugleich aber auch die Komplicenschaft des deutschen Staates aufdeckten, zwangen diese Staatsadministration zu Reaktionen, die das eine Ziel haben mußten, diese Opposition für immer zum Schweigen zu bringen. Die Gelegenheit bot sich beim Besuch des Schahs von Persien in Berlin am 2. Juni 1967. An diesem Tage plante die Polizei einen Einsatz, der etwas „außerhalb der Legalität" die Studenten zermürben und verängstigen sollte. Das Massaker am 2. Juni, an dem in den Abendstunden eine große Gruppe von Demonstranten von der Polizei eingekreist und zusammengeschlagen wurde, war ein Komplott aller politischen Instanzen gegen die oppositionellen Studenten; es war ein Rachefeldzug, der in einem blitzkriegsartigen Überfall diese Opposition zerschlagen sollte. Die Parole der Polizei über Lautsprecher übertragen, daß ein Polizist erstochen worden sei, feuerte die prügelnde Soldateska an. Der Student Benno Ohnesorg wurde auf einem Hinterhof, wohin er sich geflüchtet hatte, von einem Polizeispitzel erschossen. Die Rechnung der Polizeistrategen schien aufzugehen, denn nach den Vorfällen und dem Todesschuß verzerrten die Zeitungen des Springerkonzern das Ereignis und machten die Studenten für das Massaker verantwortlich. Auch die beflissenen Parlamentarier wetteiferten mit den Zeitungspropagandisten im Verdrehen von Tatsachen und übten sich in der Minoritätenhetze, so daß in Berlin eine Progromstimmung gegen die Studenten entstand. Das Parlament deckte den Verfassungsbruch der Exekutive und nahm sie sogar noch ins peinliche Verhör, warum sie nicht noch entschiedener gegen diese „Krawallstudenten" vorgegangen sei. Alle Demonstrationen wurden verboten und Berlin stand faktisch im Ausnahmezustand. In wenigen Tagen sollte der SDS aufgelöst werden. Die unerwartete Hilfe, die den Studenten von außen kam, deckte den letzten Rest von Ungleichzeitigkeit in Deutschland auf. Einige Zeitungen, die den Ruf der „liberalen Verantwortung" genossen, publizierten die Hintergründe des Anschlages auf die Studenten und da Deutschland im Ausland immer noch unter Faschismusverdacht steht und gerade viele Arbeiter in Frankreich und Italien die faschistische Besetzung nicht vergessen haben und durch die deutsche liberale Presse ge-

rade dieses Ausland aufmerksam wurde, hielt der deutsche Staatsapparat in seinen Verfolgungen inne. Die Studentenunruhen in Deutschland waren die ersten ihrer Art in Westeuropa und die anderen Staaten waren noch nicht in Versuchung geraten, mit ihrer studentischen Opposition ähnlich brutal zu verfahren. Jetzt nach den Ereignissen in Frankreich und Mexiko und auch dem Geschehen in der CSSR braucht der bundesdeutsche Staat und die herrschende Klasse keine Rücksichten mehr zu nehmen auf diese „abstrakte Weltöffentlichkeit", im Gegenteil gibt die Brutalität in diesen Ländern der hiesigen Polizei das beste Beispiel genauso vorzugehen und den Anschlag des 2. Juni besser vorbereitet zu wiederholen. Damals erhielten die Studenten und vor allem der SDS, der teilweise in seiner Praxis blockiert war durch die individualistische Ausrichtung seiner Mitglieder, noch einmal die Atempause der Neuorganisierung, die nur zum Teil sinnvoll genutzt wurde. Unter der extremen Bedrohung der Progromstimmung gegen die Studenten unternahmen diese eine verzweifelte Anstrengung, die Wand des Hasses zwischen sich und der Bevölkerung zu durchbrechen, indem sie sich undifferenziert mit Tausenden von Flugblättern an diese Bevölkerung wandten und so eine populistische Gegenöffentlichkeit schaffen wollten, die der jahrelangen Manipulation von seiten der Springerpresse begegnen sollte. Um diese Kraftanstrengung vollbringen zu können, bildeten die Studenten Komitees, womit sie ihre traditionelle Organisation der politischen Verbände aufhoben. Auch der SDS löste sich in diese populistische Massenbewegung auf, konnte als Organisation seine Avantgarderolle nicht ausüben und wurde in der Öffentlichkeit nur dadurch bekannt, daß einzelne Funktionäre als politisch ausgebildete Einzelkämpfer eine führende Rolle in diesen Kampagnen übernahmen. Eine verbindliche Kommunikation bestand unter diesen Einzelkämpfern nicht. Die Sympatisanten des SDS empfingen die Losungen über die bürgerliche Presse oder in Großveranstaltungen, auf denen wegen der fehlenden Strategie des SDS kaum inhaltliche Diskussionen über die nächsten Schritte stattfanden, sondern nur der Empörung über dieses kapitalistische System Raum gegeben wurde. Mehr zufällig entstand eine Organisationsform, die sehr bald eine wichtige Aufgabe im Angriff auf den Staatsapparat übernehmen sollte. Es waren die ernannten Komitees, die an den Universitäten gebildet wurden und die allen empörten und aufgewühlten Studenten politische Betätigungsfelder eröffnen sollten. Indem sie sich jedoch mit den Hintergründen des Polizei-Attentats auf die Studenten befaßten, stellten sie in rudimentärer Form eine Doppelherrschaft dar, weil zur gleichen Zeit dieser bürokratische Apparat alles verschleiern wollte. Der Staatsapparat in der Schwäche-

position, da er eine angefangene Strategie aufhören mußte und dadurch Unsicherheit und Mißtrauen in die eigenen Reihen brachte, hätte in diesem Moment durch einen Frontalangriff in die Enge getrieben werden müssen. Der Generalstreik aller Universitäten Deutschlands wäre die entsprechende Antwort gewesen, stattdessen hofften die Studenten auf das „Recht" und die Wirkung der Aufklärung in der Bevölkerung, deren spezifische Probleme sie in den Flugblättern nicht behandelten, so daß die Verfolgungsangst der Akademiker auf die Arbeiter z. B. lächerlich wirken mußte. Es ist festzuhalten, der SDS war auf diese Stufe der Auseinandersetzung nicht vorbereitet und er hat in der ersten Runde versagt. Die Komitees, die die Ereignisse des 2. Juni untersuchten zeigten die Stoßrichtung des Kampfes an, der nur zaghaft geführt wurde, denn sie verhinderten, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß und die dritte Gewalt die Tatsachen beliebig verdrehen konnten. Die zweite Lehre, die aus der Vergangenheit gezogen wurde, war die Vorbereitung einer „Kritischen Universität", die den Studenten die Kritik der bürgerlichen Wissenschaften ermöglichen und die ein sozialistisches Bewußtsein überhaupt erst artikulieren sollte. Die Flugblattkampagnen auf den Straßen und vor den Fabriktoren war die erste Gegenreaktion der Studenten, die unter den gegebenen Umständen sich gegendie Manipulationszentrale Springer richten mußte. Die Forderung nach der Enteignung dieses Konzerns war damit ein wichtiges Element der Selbstverteidigung aber noch nicht einer Strategie.

Die theoretische Reflektion der Situation konzentrierte sich vor allem auf drei Schwerpunkte, auf die Rolle des autoritär monopolkapitalistischen Staates, auf die existentielle Haltung der Studenten und auf die Rolle der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, im globalen Kampf gegen den Imperialismus. Die Voraussetzung der voluntaristischen Revolutionstheorie des SDS, die vor allem nach dem 2. Juni genauer definiert wurde, war, daß die Bedingungen des Spätkapitalismus in ihrer widersprüchlichen Natur nur durch Aktionen bewußt gemacht werden können. Der Monopolkapitalismus hatte sich nach dieser Konzeption soweit mit dem Staat als zentraler Kontroll- und Lenkungsinstitution der Wirtschaft im Interesse der Großkonzerne der expandierenden Industriezweige organisiert und formiert, so daß der Akkumulationsprozeß nicht naturwüchsig Widersprüche in Form von Krisen oder starken Konjunkturschwankungen, die sich auswirkten auf Klassenauseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, reproduzierte, sondern die durchgeführten Programme der „staatlichen Einkommenspolitik", der „konzertierten Aktion" „der Planification" schafften es, die latenten Widersprüche nicht

zum Ausbruch kommen zu lassen. Der Staat erreichte durch diese zentrale Aufsicht, daß die Organisationen der Arbeiter, vor allem die Gewerkschaften, in das kapitalistische System eingepaßt wurden und nun selbst als staatliche Organe die Disziplinierung der Arbeiter betrieben. Die großen Interessengruppen handelten mit Unterstützung der Experten und Sachverständigen der Ministerialbürokratien die Kompromisse aus, die sich stets danach orientierten, daß Zugeständnisse und Reformen an die Arbeiter die wirtschaftliche Konjunktur nicht beeinträchtigen, und diese Klasse mehr an das kapitalistische System banden. Das Parlament, in dem nur noch drei Parteien vertreten waren und deren Programme nahezu identisch waren, erhielt den Rang einer ideologischen Schaubühne, auf der demokratische Abstimmung und Diskussion gespielt wurde, obwohl den außerparlamentarisch gefaßten Beschlüssen nur noch applaudiert wurde. Der Parlamentarismus war Bestandteil der Ideologie der „freien Welt", die zusammen mit den Idiomen der „Sozialpartnerschaft" zwischen Kapital und Arbeit und der „sozialen Sicherheit" die Prädikate dieser Demokratie ausmachen sollte. Die Analyse des monopolkapitalistischen Staates muß berücksichtigen, daß alle Organisation funktional zur „staatlichen Einheitspartei" zusammengerückt sind, die im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse auftritt und mit den sublimen Mitteln der Manipulation die Massen beeinflußt. Hier ist deutlich die Differenz der Theorie und auch der Praxis des SDS zur Kommunistischen Partei zu sehen, die glaubt, eine demokratische Massenbewegung gegen den monopolkapitalistischen Staat mobilisieren zu können auf der Grundlage der demokratischen Verfassung.

Nur die Provokation dieses Staatsapparates durch die Aktion, die Überraschungsangriffe und die blindwütigen Reaktionen des Polizeiapparates und der Administration schufen in den verschiedenen Bereichen eine vorrevolutionäre Situation und zerstörten gerade die Identifizierungen der Arbeiter mit den gesellschaftlichen Strukturen, die die soziale Sicherheit versprachen und das Vertrauen in die Gewerkschaftsbürokratie. Dieser letzte Punkt wurde im SDS kaum ausdiskutiert und nur angedeutet, daß gerade in den Branchen, die von Krisenerscheinungen oder Stagnation bedroht waren, auch eine Revolte unter den Arbeitern sich breit machen mußte, weil die Gewerkschaft, gebunden an die Kompromisse, die sie mit dem Staat und den Unternehmern ausgehandelt hat, nicht die Forderungen der Arbeiter auffangen konnte, sondern sich bei diesen in den wilden Streiks ein sozialrevolutionäres Bewußtsein herausbilden konnte. Die abstrakte Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und die konkreten Provokationen schufen bei den Studenten eine

sozialrevolutionär existentialistische Haltung. Die Dualität von antiautoritärer existentieller Revolte dieser Studenten gegen das kapitalistische System und die theoretische Interpretation der konkreten gesellschaftlichen Entwicklung blieb bestehen. Die höchste Form der revolutionären Theorie, der Marxismus verleitete dazu, Ergebnisse vergangener Epochen auf die Gegenwart zu übertragen und clandestine Organisationstypen auszuspinnen, statt die Theorie als Methode der Aanalyse zu werten und die Chance, in der Provokation des Staates zu sehen. Der massive Einsatz der Studenten gegen die Universitätsadministration, gegen die Schulen, gegen das Gerichtswesen hätte eine Organisation verlangt, wo in offenen Diskussionen diese Strategie des Angriffs abgeleitet worden wäre, so daß sich jeder hätte mit ihr solidarisieren können. Zugleich hätte eine Besetzung der Universitäten Kampfkollektive entstehen lassen, die auch später solidarisch zusammengelebt hätten und in denen die politischen Aktionen und die Diskussionen die persönliche Emanzipation fördert. Ein lahmer Hungerstreik war das einzige Zeichen dieses Bedürfnisses. Diese Aktionen wurden zeitlich getrennt, Demonstrationen vor dem Gericht und ein halbes Jahr später Besetzung der Universität, wodurch eine Demobilisierung der Studenten stattfinden konnte. Die Organisationsdebatte drehte sich um das psychologische Unbehagen des Einzelnen und ließ die Aktionen aus den Augen oder verklärte sie mit den Erzählungen aus der Revolutionsgeschichte. Hier soll nicht das Interesse an persönlicher Emanzipation belächelt werden, das gerade in den alten Parteiungen der Arbeiter keine Rolle spielte, weshalb die bürgerliche Gesellschaft gerade in diesen subversiven Organisationen sich widerspiegelte und das Ziel Sozialismus nur noch als „Steigerung der Produktion" nicht als „Schaffung eines neuen Menschen" verstanden wurde. Die vitalen Bedürfnisse der persönlichen Emanzipation und das humanistische Interesse an Gerechtigkeit, menschlicher Entfaltung und Frieden erzeugten bei den Studenten den Typus Revolutionär, der die sozialrevolutionäre Haltung zuerst auch als persönliche Verweigerung dem unmenschlich kapitalistischen System gegenüber betrachtete und deshalb zwischen Haß und Verzweiflung schwankte, der sah, daß die gesellschaftliche Isolation nicht durchbrochen werden konnte. Alle Aggressionen richteten sich auf die eigene Gruppe, die scheinbar keine relevanten Aktionen mehr durchführen konnte. Dieser psychologischen Haltung trug die Theorie des SDS Rechnung, weshalb ihre strategischen Ableitungen auch im Allgemeinen stecken blieben. Die Hinwendung zum Kollektiv erhielt durch diese Theorie ihre organisatorische Übersetzung, die sich teils an Lenin und teils an Bakunin orientierte. Da der Kampf vorerst gesellschaftlich iso-

liert gegen den Staatsapparat geführt werden sollte und die Aktionen Signalcharakter für andere sozialrelevante Schichten hatten, sollten die durch persönliche Freundschaft verbundenen Kampfkomitees Organisationstypen sein, die der politischen und der existenziellen Komponente der Revolte zugleich Rechnung trugen:

„Die sentimental-emotionale Verweigerung wird im Kampf mit den Gewaltorganisationen des Systems, mit der staatlich gesellschaftlichen Bürokratie, mit der Polizei, mit der Justizmaschinerie, den industriellen Bürokratien in den Oligopolen usw. zur organisierten Verweigerung, zum praktisch kritischen Wissen, zum revolutionären Willen, die verselbständigten Produktivkräfte, die unmenschlichen Maschinerien des Krieges und der Manipulation, die tagtäglich in der Welt Tod und Schrecken verbreiten ... zerschlagen." (Rudi Dutschke auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS, September 1967.)

Dieses Zitat zeigt die Bestandteile der SDS-Theorie, Analyse der monopolkapitalistischen Gesellschaft, moralische Entrüstung und die alten Elemente der utopischen Entwürfe, denen in der Verweigerungsrevolte die Erfüllung versprochen wurde.

Die einzige Kampagne, die vom SDS durchgeführt werden sollte, blieb in fatalen Anfängen stecken. Die Losung „Enteignet Springer" war geeignet, die Mobilisierung der Studenten noch einmal voranzutreiben, denn sie zeigte den Punkt an, wo der moralische Protest der Studenten gegen Ungerechtigkeit, Entmündigung, Manipulation usw. politische Züge gewinnen konnte. Denn die Konzeption der Aktionen gegen Springer schloß die Erkenntnisse der Komplicenschaft zwischen den Machteliten, Parteien, dem Staatsapparat und dem Springerkonzern ein. Das Verhältnis des Konzerns zu seinen Lesern und zu den herrschenden Machtcliquen deutete das kapitalistische Ideal einer gesamtgesellschaftlichen Kaserne an. Die Konzeption der Aktionen gegen Springer, die zudem nur der Berliner Gruppe übertragen wurden, war in der Strategie folgendermaßen angelegt: Schaffung eines Tribunals, auf dem durch Gutachter die Manipulation des Konzerns bewiesen werden sollte, Aufklärungsveranstaltungen bei den Studenten und anderen Teilen der Bevölkerung, Demonstrationen und schließlich Blockierung der Auslieferung der Zeitungen, zugleich geheime Aktionen gegen die Maschinerie dieses Konzerns. Inwieweit der SDS als Organisation auf diese Strategie vorbereitet war und die Last der Kampagne nicht auf den Schultern von einigen „Eingeweihten" ruhte, die sich zum Verband verselbständigen mußten und die schließlich die ganze Strategie verhindern mußten, weil diese nur massenhaft durchzuführen war, das alles wurde nicht bedacht, weil gerade

die Aktionen nach dem 2. Juni keiner Kritik unterzogen wurden. Denn der Verband SDS war gerade dabei sich als Verband zu konsolidieren, wobei Theorien und das Aufzählen der Aktionen zum Bluff gehörten, um den Staatsapparat zu schrecken. Die Verhinderung der Auslieferung durch eine militante Demonstration war als „Propaganda der Tat" die Fortsetzung der moralischen Proteste nach dem 2. Juni. Der Entzug der Springerzeitungen sollte bei den Lesern Aufklärung schaffen über die Manipulation. Die Mobilisierung der Studenten, die durch diese Zeitung bedroht worden waren, hätte jedoch zeigen müssen, daß nur Schichten der Bevölkerung die Funktion der Manipulation begreifen können, werden sie von ihr dreist eingeschüchtert. So konnte der Springerkonzern auch die Lohnkämpfe der Arbeiter erfolgreich einer Minoritätenhetze unterwerfen, wenn wie bisher der organisatorische Zusammenhalt der Arbeiter bewußtlos über die Gewerkschaftsbürokratie hergestellt wird. In dem Moment, wo die Streiks der Arbeiter durch die Berichte der Zeitungen des Springerkonzern verteufelt wurden und zugleich die Gewerkschaftsbürokratie sich nur zögernd zu den Zielen der Arbeiter bekannte, mußte aus den einfachen Lohnforderungen die politische Erkenntnis der Stellung der Arbeiter im Produktionsprozeß erfolgen; dort Unternehmer, Parteien, Staat, Gewerkschaft, die Presse und hier die kämpfenden Arbeiter, die alle Unterstützung bei den Studenten fanden. Die Manipulationsversuche Springers waren dann nicht nur ergebnislos, sondern der unmittelbare Anlaß der Zerschlagung des Konzerns. Die Springerkampagne war in der Hinsicht richtig, daß sie versuchte eine erneute Mobilisierung der Studenten zu erreichen und die Verfassung konfrontierte mit der faktischen Zentralisition des Kapitals auf dem Zeitungssektor, daß die „freie Meinungsäußerung" und die „freie Informationsmöglichkeit" eine Farce waren. Allerdings mußte die Konzeption der Demonstration weitergeführt werden, daß die mobilisierten Studenten aus Protest ihre Universitäten besetzten, um zugleich gegen die Studienreform für eine autonome Universität zu kämpfen. Der Staatsapparat durfte nicht zur Ruhe kommen, und seine momentane Schwäche mußte auch die verschiedenen Fraktionen der Arbeiter zum Kampf reizen. Stattdessen fand die Springerkampagne in der vorgesehenen Fassung nicht statt und die späteren Besetzungsaktionen, im Sommer 1968 waren von beschränktem Ausmaß und sie fanden einen ermüdenden SDS vor. Die Theorie, die auf der 22. Delegiertenkonferenz angeboten wurde, war in ihrer Funktion auf den Verband eine Ideologie der Verschleierung, weil weder eine Organisationsdebatte geführt wurde, noch der Aktionsradius des SDS in seiner Wirkung auf diesen Staatsapparat abgesteckt wurde,

noch die internationale Solidarität mit den Befreiungsbewegungen genauer definiert wurde, noch die bevorstehenden Antinotstandsmaßnahmen, noch spezifische Kampagnen für die Arbeiter theoretisch abgeleitet wurden. Die Ideologie der antiautoritären Revolte nahm die existenzielle Wirklichkeit der einzelnen Individuen nicht auf und konnte deshalb die emanzipatorischen Bedürfnisse in der politischen Strategie nicht berücksichtigen. Stattdessen mußte nach den gescheiterten Aktionen das Lamentieren über die psychologische Situation des Einzelnen, das sich periodenhaft im SDS wiederholte, die unpolitischen und psychisch verkrampften Züge dieses Studentenverbandes hervorkehren. Gerade weil die Ideologie der antiautoritären Revolte, der Jargon der Sexualrevolution, die Möglichkeiten der kollektiven Emanzipation verdeckte, wurde der SDS unter der Hand zu einem autoritären Organisationstyp. Die Praxis des Verbandes, die die individuelle Isolation auflösen sollte, um verbindliche Kommunikation zu schaffen, um die Ansätze einer solidarischen Gesellschaft bereits im SDS in Ansätzen zu verwirklichen, wurde technizistisch bezogen auf die Demonstrationen, auf das Durchbrechen von Polizeiketten, auf Ausweichmanöver usw. usw. Die Projektgruppen im SDS, die die neue Struktur des SDS abgeben sollten, indem sie wissenschaftliche Arbeit, emanzipatorische Bedürfnisse und Aktionen koppeln sollten, kamen aufgrund der Demonstrationsethik nicht zur Arbeit. Unter dem Druck der Ereignisse lösten sie sich auf, ohne auch nur in Ansätzen Solidarität herzustellen oder verbindliche Diskussionen einzuleiten. Die Mitglieder informierten sich schüchtern in der bürgerlichen Presse über die Ansichten ihrer Opinionleader und plapperten sie leutselig nach, weil die theoretische Ableitung der Strategien ihnen unklar blieb. Radikale Phraseologie, Mutmaßungen über eine schöne Welt und Straßenguerilleros ersetzten theoretische Arbeit und Diskussion und machten politische Aktionen zu Abenteuern. In dieser Periode war der SDS eher vergleichbar mit einem kleinbürgerlichen Sportverein, der sich im Spiel „Räuber und Polizist" übte als mit einer proletarischen Avantgarde. Es bildete sich im SDS eine funktionale Elite heraus, die zwar rührselig antiautoritär ihre Rolle verleugnete, die aber im Tageskampf und vor allem nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke, die ersten Anweisungen für Demonstrationen und Kampagnen geben konnte und dabei auch die politischen Richtlinien festlegte, ohne sich allerdings der offenen Diskussion zu stellen oder sich durch die Diskussion kontrollieren zu lassen. Diese Elite war theoretische und praktische Instanz zugleich, nach der die allgemeine Orientierung geschah. Funktional war diese Elite, weil sie bei den Maßnahmen des Staatsapparates sofort reagierte und bei den Demonstrationen

gegen Springer z. B. Impuls sein konnte, die 1. Maikampagne in Berlin vorbereitete und auch die Übersicht bei den Notstandsaktionen behielt, sie wurde disfunktional in dem Augenblick, wenn sie sich im Verlaufe der Aktionen nicht auflöste oder ersetzbar wurde, weil durch permanente Diskussion, Selbstkritik und Einbeziehung einer großen SDS-Öffentlichkeit in die Vorbesprechungen kein Selbstbewußtsein der Mitglieder entstand. Die Unklarheit über die „nächsten Schritte" und die mangelhafte Kommunikation und die Verselbständigung geheimer Kampfkomitees vom Verband fand ihren ersten Niederschlag in der mangelhaften Vorbereitung der gepriesenen Springerkampagne, die man einer kleinen Kommission übertrug, die unkontrolliert neben dem SDS bestand und die sehr schnell bereit war, diese ganze Kampagne abzublasen. Lediglich eine Aufklärungsveranstaltung fand statt, die hauptsächlich getragen wurde von Teilnehmern der „Kritischen Universität" und die ihre Krönung fand durch die Aktion eines Bakunistischen Geheimbundes im SDS, der die Avantgardefunktion des SDS dadurch unterstrich, indem er Scheiben von Springerfilialen einwarf und den Konzern aufrief, sich selbst aufzulösen. Die Unklarheit schlug sich auch nieder in der Konzeption des Vietnamkongresses. Dieser hatte von Anfang an zwei Funktionen zu erfüllen; einmal war er Mittel der Provokation des Berliner Senats, der sich zu oft der Freundschaft zur „Schutzmacht" USA gerühmt hatte, um gelassen eine Demonstration gegen den amerikanischen Imperialismus hinzunehmen. Auch hier mußte die Polizeidrohung des Zusammenschlagens beantwortet werden, durch ein Festhalten an der Durchführung der Demonstration und einer anschließenden Besetzung der Universität. Der Staat mußte in solchen Schwächesituationen zum Nachgeben gezwungen werden, vor allem weil das irrationale Verhalten des neuen Bürgermeisters sichtbar war. Das andere Mal mußte auf diesem Kongreß die praktische Form des Internationalismus diskutiert werden: Unterstützung der Partisanen durch Geld, Waffen, Medikamente etc., Entlarvung der Rüstungsfabriken und die Ankündigung von Sabotageaktionen. Gerade die offene Diskussion über das Problem der Sabotage konnte die Strategie des SDS für die Mitglieder klarmachen. Geheimorganisationen können nur operieren in einer selbstbewußten Massenbewegung, die selbst den Staatsapparat einzuschüchtern vermag und die derartige Aktionen deckt und propagandistisch auswertet. Geheimorganisationen außerhalb dieser Opposition mußten sich nicht nur verselbständigen, sondern zugleich diese Opposition demoralisieren, weil deren Operationen nicht mehr im Einverständnis mit den Massen stattfinden können. Der Vietnamkongreß war eine Heerschau des sozialistischen außerparlamentarischen Lagers, es ge-

wann durch sein starkes Auftreten und durch das Zurückweichen der Staatsorgane Selbstvertrauen, aber er brachte keine Eskalation der Aktionen mit sich, auch blieb er in abstrakten Solidaritätserklärungen stecken. Das Abflauen der Aktivitäten der außerparlamentarischen Opposition nach diesem Höhepunkt -Kongreß weist auf die strategische Schwäche des SDS hin.

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke, kurz vor Ostern 1968, ist als Symptom der Progromstimmung von Teilen der Bevölkerung gegen die studentische Opposition zu werten, was auch die gegen Springer demonstrierenden Studenten sofort begriffen. Die wenigen Aufklärungsveranstaltungen über diesen Konzern, aber vor allem die Wut nach dem 2. Juni waren der Motor der Demonstrationen, die ihren militanten Charakter durch das Abbrennen von Autos und in der Aufstellung von Straßenbarrieren erhielt. Zum ersten Mal wurde eine Aktion auch eskaliert, indem sie in die 1. Mai oder in die Notstandskampagne überführt wurde. Das Falsche an der Ausweitung der Aktion bestand darin, daß die Mitgliedschaft an der Vorbereitung zu wenig beteiligt wurde und nicht auch der Stellenwert von Universitätsaktionen, immer unter dem Gesichtspunkt der Besetzung, und Akionen in der Stadt offen diskutiert wurde. Die Ermüdung ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die mangelnde Konzeption, die in den Basisgruppen in der ersten Phase Instrumente der Gewinnung der Arbeiter sah, ohne die genauen Bedingungen der Revolte der Arbeiter zu berücksichtigen, und die in Universitätsbesetzungen einen „Rückfall" in vergangene Praxis sah, nachdem scheinbar die Revolution vor der Tür stand. Wie nach dem 2. Juni kam der SDS durch die Hektik der verschiedenartigsten Aktionen nicht zum Atemholen, er zersplitterte sich in unzählige Aktionsgrüppchen, die untereinander nicht zur Diskussion kamen. Was früher die Einzelkämpfer waren, wurden jetzt die Einzelkämpfergrüppchen, die wildentschlossen eine Vielzahl von aktivitäten entfalteten, denen allen ein strategisches Konzept fehlte.

Die Revolte im SDS auf der 23. Delegiertenkonferenz gegen die Irrationalität der Elitefunktion und für die individuelle Emanzipation ist dahingehend zu deuten, daß der SDS sich auf eine neue Phase der Auseinandersetzung vorbereiten muß. Die Vertagung der Konferenz soll bewirken, daß die einzelnen Gruppen für ihre jeweils spezifische Situation die Widersprüche zwischen politischer Strategie und emanzipatorischen Ansprüchen lösen. Die Antwort kann auf keinen Fall eine disziplinierte Kaderpartei oder Zentralisation aller Aktionen sein, die zwar organisatorisch die Mitglieder und Sympatisanten erfassen und in gut vorbereitete Veranstaltungen zusammenführen würde, die aber durch diese Organisa-

tionsroutine das „Prädikat" revolutionär in der bestehenden Gesellschaft verlieren würde. Die entstehende Autoritätsgläubigkeit in solchen Organisationen ermöglicht sehr leicht die Verdrängung der emanzipatorischen Bedürfnisse der Einzelnen, denn mit dem Über-Ich: starke Organisation wortgewaltige Führer, machtvolle Aufmärsche, gehen die letzten revolutionären Impulse des Einzelnen verloren. Die Anpassung an die Normen der kapitalitischen Gesellschaft geschieht auf diese Weise ohne Komplikationen. Die Restauration des SDS im vergangenen zu einer bürgerlich autoritären Organisation verlangt als Gegenkampagne gegen diese Tendenzen die Artikulation der Bedürfnisse in den politischen Aktionen. Eine Debatte über Emanzipation, Frustration usw. usw. in kleinen Gruppen schafft keine Klärung, sondern erzeugt eher Zwangsneurotiker oder verzweifelte Individuen, die sich von politischen Aktionen überhaupt fern halten. Auch der utopische Entwurf einer Gegengesellschaft bringt keine Lösung, er verlagert das Problem und schafft kurzfristige Hoffnungen. Allein Kollektive, die in den Aktionen entstehen und die auf Aktionen sich ausrichten, können dem SDS eine Struktur geben und auch die Strategie gegen diesen Staatsapparat festlegen. Dieser bereitet sich wie am 2. Juni auf die Zerschlagung der Opposition vor. Die Ereignisse in Frankreich und Mexico, das Zurückweichen der liberalen Presse und die Auflösungserscheinungen des SDS bestimmen sein Konzept. Die Justizaktionen gegen 600 Teilnehmer der Demonstrationen sollen die Einzelnen erschrecken und erleben lassen, daß im SDS keine Solidarität besteht. Die folgenden Disziplinarverfahren an der Universität sollen die vorlaute Opposition zum Schweigen bringen, in den Demonstrationen wird harter Polizeieinsatz geplant. Der Staatsapparat ist in der Offensive. Überraschungsangriffe der Studenten an den Gerichten, die Besetzung der Universitäten und die Schließung dieser Universitäten durch den Staat kann die einzige Strategie sein, auf die sich der SDS in gemeinsamer Diskussion vorbereitet. Die Gegengesellschaft entsteht in der Aktion, sie kann durch Wohnkollektive nur vorbereitet werden. Die Periode des SDS von 1961 bis 1965, die unter dem Vorzeichen „von der Bürokratie zur Wissenschaft" stand, ist nur kurzfristig durch die Periode „der Aufklärung in der Aktion", der Provokation der „gesellschaftlichen Autoritäten" unterbrochen worden. Die Alternativen nach den ersten Auseinandersetzungen mit dem monopolkapitalistischen Staatsapparat, nachdem diese neue Etappe des Kampfes eine organisatorische Konsolidierung verlangt, scheinen unter den Parolen „von der Wissenschaft zur Bürokratie" durch die Gründung einer opportunistischen Partei oder „von der Wissenschaft zur phantastisch utopischen Gegengesellschaft", nach der Ausrufung solidari-

scher Wohnkollektive, zu stehen. Nach den Demonstrationen in Frankfurt anläßlich der Buchmesse und nach den ersten Gerichtsurteilen gegen die Demonstranten der Springeraktionen ist es deutlich geworden, daß die Atempause, die der monopolkapitalistische Staat nach dem 2. Juni gewähren mußte, vorbei ist und daß er generalstabsmäßig auf die Zerschlagung des SDS hinarbeitet. Die harten Verfolgungen, der die antiautoritären Studenten ausgesetzt sind und die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei auf Anraten des Regierungskartells, die sich die Aufgabe gestellt hat für die demokratische Verfassung zu kämpfen, um nebenbei diese außerparlamentarische Opposition ihren Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen, in dem sie die revolutionäre Phrasen mit der opportunistischen Politik der Wahlkämpfe und disziplinierten Demonstrationen würzt, sind Bestandteile der Strategie des Staatsapparates in der Zerschlagung der vorlauten Opposition.

Die vielen Gerichtsverfahren, die gegen einzelne Opponenten angestrengt werden, bieten dem SDS die Chance der Mobilisierung des antiautoritären Lagers. Die massenhafte Besetzung der Universitäten als Antwort auf die Verfolgungen trifft den Staatsapparat an einem Punkt, wo er nicht vorbereitet ist, während er alle Protestdemonstrationen vor den Gerichten auflösen oder zusammenprügeln lassen kann. Werden diese Besetzungen gekoppelt mit den Forderungen nach Kontrolle der Ordinarien durch die Studenten, Gegenvorlesungen etc. etc., dann kann der SDS den Staatsapparat zum Waffenstillstand zwingen. Die verschiedenen organisatorischen Manöver des SDS von Wohnkollektiven bis hin zu antiautoritären Kindergärten können den Auflösungsprozeß nicht aufhalten, wenn nicht eine Strategie der Überraschungsangriffe und der praktischen Solidarität mit den Studenten in Westeuropa und den Befreiungsbewegungen die nächsten Schritte angibt. Gerade die Strategielosigkeit, die fehlende Diskussion zermürbt diesen Studentenverband. Massenaktionen müssen in gesellschaftlichen Bereichen stattfinden, in denen über eine Massenbasis an Sympatisanten verfügt wird, Besetzung der Universitäten oder Schulen, Demonstrationen mit Studenten, Schülern und Jungarbeitern.

Erst in der nächsten Phase des Kampfes wird sich zeigen, ob die Praxis des SDS und seine Organisationsstruktur sozialrevolutionär emanzipatorische Züge trug oder ob die soziale Konstellation in der Bundesrepublik, vor allem nach 1961, die Borniertheit und die irrationale Herrschaft des Regierungskartells des deutschen Imperialismus eine derartig utopisch radikale Intellektuellenbewegung hervorbringen mußte, die jedoch keine weitreichende geschichtliche Bedeutung als Avantgarde der sozialistischen Revolution inden Metropolen erringen konnte.

Strategie und Organisation des SDS*

1. Bisherige Strategie des SDS und seine Organisation

Bei der Diskussion der organisatorischen Fragen des SDS kann man nicht von den „inneren" Problemen des SDS allein ausgehen. Vielmehr ist die wechselseitige Bedingtheit der autoritären Organisationsstruktur des SDS, seiner Unfähigkeit, die genannten Probleme auch nur sinnvoll zu diskutieren einerseits und seiner politischen Strategie andererseits zu untersuchen. Da die Strategie des SDS als theoretisch durchgängig abgeleitete nicht existiert, soll hier stark vereinfacht kurz beschrieben werden, was bisher als Strategie des SDS galt. Wichtigstes Merkmal dieser Strategie ist zweifellos, daß sie die politischen Unfähigkeiten des SDS jeweils ins positive kehrte: wo es nicht gelang, eine politische Aktion zu planen, wurde die Selbsttätigkeit mystfiziert; wo es nicht gelang, organisatorische Konsequenzen zu ziehen, wurde von der Selbstorganisation geredet, so daß der richtige Ansatz von Selbsttätigkeit und Selbstorganisation in sein Gegenteil verkehrt wurde. Praktisch läßt sich diese Strategie (mit einigen Ausnahmen, die noch zu diskutieren sind) darauf reduzieren, daß der SDS bei spontanen Rebellionen als Interpret (nicht oder nur selten als Avantgarde) der Rebellion fungierte. Der theoretische Niederschlag dieser Strategie war, daß durch die Verschärfung der Widersprüche im Spätkapitalismus einerseits und durch die provokative Entschleierung des Staatsapparates auf der anderen Seite eine ständig sich verallgemeinernde Rebellion entstünde, die, selbsttätig sich entfaltend, sich in Selbstorganisation organisatorisch wendend den Staatsapparat mehr und mehr in Frage stellen würde, bis zur Doppelherrschaft und der endlichen Zerschlagung des Staatapparates. (Zu diskutieren wäre noch die organisatorische Relevanz der Definition des SDS als Agent der Revolution in der

* Dieses Papier wurde von einer Gruppe des Berliner SDS ausgearbeitet. Es sollte die Fragen systematisieren, die sich in Berlin und auf der 23. DK zu Fragen der Strategie und Organisation ergeben hatten. Das Papier wurde Mitte Oktober als Diskussionsgrundlage im LV Berlin zirkuliert. Auf der nächsten Delegiertenkonferenz im November 1968 wird sich erweisen müssen, wie relevant die Fragestellung der Berliner Genossen für den gesamten SDS ist.

3. Welt, die die Praxis des SDS eine zeitlang bestimmte und Medium für den Anschluß des SDS an die Revolution war). Resultat und Voraussetzung einer derartigen Strategie lassen sich ohne Schwierigkeit in der organisatorischen Struktur des SDS wiederfinden: Einige Autoritäten, die als Zauberkünstler die Funktion des Interpreten jeweils wahrnehmen können und im übrigen ein Verband, der allenfalls dann und wann eine neue Autorität erzeugt, im übrigen aber höchstens die politische Funktion hat, in politischen Aktionen den provokativen Stimulus für die Entfaltung der Rebellion zu geben. Damit steht die Verengung des Praxisbegriffes auf militante, den Staatsapparat herausfordernde Aktionen in unmittelbarem Zusammenhang.

Aus der Analyse der Massenaktionen zu Ostern und der Hochschulaktionen anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze lassen sich hierfür Konkretisierungen entwickeln. Bei den Osteraktionen traten zu Beginn der spontan-reaktiven Rebellion die Autoritäten des SDS (und Autoritäten von außerhalb des SDS) als die Interpreten dieser Rebellion auf, die den Rebellierenden tatsächlich kaum mehr zu sagen wußten, als diese schon dachten und fühlten. Es war also nicht der SDS die Avantgarde dieser Rebellion, sondern die scheinbare Avantgarde im SDS in Form der Autoritäten wurde zu einer ebenso scheinbaren Avantgarde der Rebellion. An einigen Punkten freilich wurde dieses Verhältnis beispielhaft durchbrochen. Zunächst hing das Vorverständnis der Rebellierenden, das dann von den Interpreten auf den Begriff gebracht wurde, unmittelbar von den vorausgegangenen Aktivitäten des SDS ab: die Springerkampagne und das Springertribunal hatten die Richtung der Rebellion gewiesen, die Scheibeneinwürfe vor dem Vietnamkongreß ihre Form (unabhängig davon, ob diese Scheibeneinwürfe bei Springerfilialen politisch überlegt waren oder nicht). Damit deutet sich in der strukturellen Falschheit des Verhältnisses SDS — Rebellion auch etwas richtiges an: die Vorbereitung bestimmter Richtungen und Aktionsformen durch politische „Kleinarbeit", die sich dann umsetzen kann in Massenaktionen. Wichtiger als diese, nur teilweise vom SDS geleistete Vorarbeit sind die Umstände der Transformation der Rebellion in die Kampagne zum 1. Mai und in ihre organisatorische Fixierung in den Basisgruppen: nach dem 2. Juni war aus der Kritik an den narodnikischen Aktionen abstrakt abgeleitet worden, daß man sich nicht mehr an das „Volk" wenden könne, sondern nur an Teile der Arbeiterklasse einerseits und an Jugendliche (Schüler, Lehrlinge) andererseits; die verschiedenen „Arbeiterprojektgruppen" des SDS hatten wenigstens ansatzweise ihre Stellung innerhalb des SDS diskutiert; mit der Diskussion der verschiedenen Laden-

projekte war die Schaffung von lokalen Basen in den Arbeiterbezirken mindestens andiskutiert. Daß diese Diskussion nicht zu einer Klassenanalyse geführt hat, findet sich in den strategischen Problemen der Basisgruppen ebenso wieder, wie in der Gesamtdiskussion des SDS. Im Prozeß der Transformation der Osteraktionen wurden dann auch folgerichtig Projektgruppen des SDS zu den Kernen von Basisgruppen und wurden teilweise zur Avantgarde der 1. Mai-Kampagne und lösten so die Scheinavantgarde (zu dieser Zeit fixiert in einem „Zentralrat") teilweise ab. An dem Prozeß der Transformation der Osteraktionen ließe sich auch eine „Typologie" von Autoritären entwickeln: vom praxislosen intellektuellen Interpreten über diejenigen Genossen, die in einem engen Diskussionszusammenhang des SDS standen bis zu Genossen, die dann zu den Autoritäten der Basisgruppen wurden. Die Verlagerung der Avantgardefunktion ist also weniger als personelle denn als funktionale Transformation anzusehen. Daß diese Transformation nicht zu einer genuinen Umstrukturierung des SDS führte, hat im wesentlichen zwei Gründe: den nur sporadischen Diskussionszusammenhang im SDS und die strategische Unvorbereitetheit des SDS auf die Basisgruppenarbeit, die verhinderte, daß die Basisgruppen zu einem wesentlichen und erfolgversprechenden Teil der SDS-Praxis wurden.

Ähnliches läßt sich nachweisen für die Aktionen anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Waren anfänglich noch die wenigen Notstandsexperten des SDS als Interpreten des Widerstandes Anvantgarde der Widerstandsaktionen (hier deshalb nicht Scheinavantgarde, weil über die Bedeutung der Notstandsgesetze noch kein so durchgängiges Vorverständnis erzeugt war wie in der Springerfrage), so wurde diese Avantgarde mit der Transformation des Widerstandes in eine offensive Hochschulpolitik (Besetzungen und Reformforderungen) aufgehoben durch die ad-hoc-Gruppen der einzelnen Institute und Fakultäten (wobei deren gesamtuniversitäre oder gar interuniversitäre Verallgemeinerung sträflich vernachlässigt wurde.) Damit wurde die Phase der „Zauberkünstlerpolitik", die bis dahin die Hochschulpolitik des SDS beherrschte und ihren Höhepunkt und ihre Grenzen am 2. Juni erreichte, strukturell ähnlich wie bei den Basisgruppen überwunden. Es läßt sich auch hier ein richtiger Sprung in der politischen Praxis konstatieren, der eine Strategie, die nur Zauberkünstler braucht, transzendierte. Eine Verbindung der beiden Ansätze Basisgruppen und ad-hoc-Gruppen dagegen ist nicht gelungen (über die Gründe, die nicht nur in der Unfähigkeit des SDS liegen, soll hier nicht weiter diskutiert werden). Der wichtige Unterschied zu den Osteraktionen liegt in der Partikularität der Hochschulaktionen und darin, daß

tatsächlich eine inhaltliche Kontinuität vermittelt werden konnte: als angemessene Antwort auf die Notstandsgesetze wurde die Verweigerung der Produktivkraft definiert, als Analogon zum Streik der Arbeiter wurde für die Studenten die inhaltliche Umwandlung ihrer Produktivkraft herausgearbeitet.
Zusammenfassend ist über die bisherige Strategie des SDS zu sagen: sie war eine Strategie der fakultativen Mobilisierung zu Massenaktionen, die ihre Resultate allgemein nicht zu systematisieren oder gar organisatorisch zu wenden vermochte; wo dies mehr zufällig und durch die Initiative einzelner Gruppen des SDS durchbrochen wurde, hat sich keine von da ausgehende Umstrukturierung des Verbandes entwickelt, weil die allgemeine Strategie nicht in Frage gestellt wurde.

2. Neubestimmung der politischen Strategie des SDS
Auszugehen ist von einer Phase des Kapitalismus, die sich dadurch auszeichnet, daß die Produktivkräfte soweit entfaltet sind, daß von den technischen Möglichkeiten und den ökonomischen Bedingungen her (Automation, Überflußproduktion, Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums) der Sprung ins „Reich der Freiheit" auf der Tagesordnung steht (bewußt wird hier abstrahiert von der revolutionären Bewegung der Dritten Welt, da diese nur beschleunigenden Chrakter für die Rekonstruktion revolutionären Bewußtseins in den Metropolen hat; abstrahiert wird auch von der Funktion der Existenz der osteuropäischen sozialistischen Länder, da diese zwar zweifellos die militärische Absicherung mancher revolutionären Bewegungen übernommen haben, für die Initiierung revolutionärer Bewegung aber sowohl in der Dritten Welt als auch in den Metropolen eher hemmend wirken). Eine Strategiediskussion im SDS wird natürlich diese Momente nicht so auf der Basis des gemeinsamen Vorverständnisses erledigen können: die eingehende Analyse dieser Phase des Kapitalismus liefert Ansatzpunkte für eine politische Praxis; die Rolle der Revolution in der 3. Welt für die Entfaltung des voluntaristischen Impetus im SDS und allgemeiner in der linken Intelligenz ist für die praktische Frage der Mobilisierung noch lange nicht theoretisch aufgearbeitet.
Zwischen Sein und Bewußtsein tritt in dieser Phase das, was man als „Manipulation" im weitesten Sinne bezeichnen könnte: Manipulation in ihrer direkten Ausprägung der Massenkommunikationsmittel, in ihrer indirekten Form in der Konsumsphäre (Verwertung von Partialtrieben und so Perpetuierung des autoritären Charakters etc.) und in der Produktionssphäre (Arbeitsorganisation im weitesten Sinne). Wichtigstes Ergebnis dieser Manipulation ist weniger die Unfähigkeit, gesellschaftliche Wirklich-

keit zu erkennen als vielmehr die Unfähigkeit, die objektive Möglichkeit der Veränderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen wahrzunehmen. Diese Unfähigkeit wird noch gestützt durch die historische Erfahrung der Arbeiterbewegung. (Zerschlagung der Arbeiterbewegung bis hin zur Zerstörung der Klassenbewußtsein tradierenden Funktion der Familien und des proletarischen Milieus; Resignation nach den Niederlagen im Anschluß an die beiden Weltkriege etc.; Mißtrauen gegen die SPD, KPD und Gewerkschaften etc.) Dies deutet darauf hin, daß als politische Arbeit weniger zu verstehen ist, durch „Aufklärung" zu versuchen, das Bewußtsein von der Wirklichkeit wieder herzustellen — gegen dieses Bewußtsein wird die Arbeiterklasse solange Widerstand entwickeln, solange dieses Bewußtsein nicht das Bewußtsein von der realen Möglichkeit der Negation dieser Wirklichkeit enthält. Das Bewußtsein von der objektiven Möglichkeit gesellschaftlicher Umwälzung aber kann sich nicht durch Aufklärung oder durch Ausmalen von Utopie herstellen, sondern nur durch eine Praxis, die diese Möglichkeit antizipiert und materialisiert. In wie weit sich diese Antizipation in radikalen Aktionen der Studenten manifestieren kann, ist ungeklärt. Es stehen zwei Erfahrungen gegeneinander: die Wahrnehmung der Studenten als „Herrensöhnchen" und die Identifikation mit besonders militanten Aktionen. Dies läßt sich am besten demonstrieren an der Mairevolte in Frankreich, wo sich in dem Augenblick fast explosionsartig Klassenbewußtsein entfaltete, wo die Arbeiterklasse in politischer Solidarisierung mit den Studenten sich als streikende wiederfand, die eine gesellschaftliche Macht darstellte. Die Entfaltung von Machtforderungen (die von CGT und PC dann zurückgeschraubt wurden auf tradeunionistische Forderungen) und deren Scheitern geben zumindest Ansatzpunkte für eine politische Strategie. Es läßt sich da natürlich keine bruchlose Analogie konstruieren: analysiert werden müßte die Rolle der Arbeiterorganisationen für die Konservierung von Restbeständen von Klassen-Bewußtsein, das sich dann unter den Bedingungen der Mairevolte entfalten konnte.

Ausgehend von der Analyse der Manipulation (als Verschleierung der Wirklichkeit und der Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung) hat der SDS zunächst abgeleitet, daß die politische Aktion selbst zum konstitutiven Moment jeder Bewußtseinsbildung zu machen sei. Dieser richtige Ansatz kann aber nur dann Wirklichkeit werden, wenn die politische Praxis nicht nur insofern bewußtseinsbildend ist, als sie die Wirklichkeit des spätkapitalistischen Systems provokativ entschleiert, sondern auch insofern, als diese Praxis sich wendet in die Konstruktion antizipatorischer

gegengesellschaftlicher Elemente, die die Dimension der subjektiven und objektiven Möglichkeiten eröffnen.
Eine derartige Strategie wäre zu diskutieren an dem Scheitern ähnlicher Ansätze (ungefähr vom Anarchosyndikalismus, Proudhonismus etc. bis zum praktischen Sozialismus bei Korsch usw.). Bevor auf die einzelnen Ebenen eingegangen wird, die sich für eine derartige Strategie eröffnen, sei der abstrakte Formalismus dieser Strategie kurz definiert: Ausgehend von Massenaktionen und Kampagnen werden organisatorische Momente entwickelt, die die Inhalte derartiger Kampagnen in partikulären Reformmodellen umsetzen und damit die organisatorische und politische Vorbereitung weiterer Kampagnen liefern mit dem Ziel, diese gesellschaftlichen Positionen stetig auszubauen. Als untrennbare Bestandteile einer derartigen Strategie sind zu nennen: Die Konstruktion gegengesellschaftlicher Elemente muß ihren Ausgangspunkt in politischen Aktionen oder Kampagnen haben; sie muß sich verwirklichen in den Bereichen der Produktion und Konsumtion, Erziehung und Ausbildung, Kommunikation, (und teilweise als Hilfsfunktion in anderen Bereichen wie Justiz, Medizin etc.); die gegengesellschaftlichen Elemente müssen der ständigen politischen Verallgemeinerung in Kampfaktionen etc. fähig sein, und sie müssen in den jeweiligen Bereichen und Institutionen immer tendenziell die Machtfrage stellen, und sie müssen durch ihren festen Zusammenhang ihre eigene Partikularität hin zur Stellung der allgemeinen Machtfrage transzendieren, wobei immer die zentrale Stellung der Produktionssphäre berücksichtigt werden muß: in der praktischen Arbeit haben immer alle anderen Bereiche nur Ergänzungscharakter für die Stellung der Machtfrage im Produktionsbereich; an der nur partikularen Verwirklichung dieser Bestandteile läßt sich auch das Scheitern ähnlicher Versuche analysieren. Praktische Ansätze einer derartigen Strategie gibt es gegenwärtig an der Hochschule und in Form der Kindergärten. An diesen Ansätzen läßt sich bereits jetzt zeigen, welche Fehler zu vermeiden sind: etwa an der Differenz zwischen kritischer Universität und dem Aufbau linker Abteilungen innerhalb der einzelnen Fakultäten (beides ist zwar aus politischen Kampagnen hervorgegangen, aber die kritische Universität hat als universitätsexternes Gebilde sich selbst von ihrer Basis isoliert, war nicht der kämpferischen Verallgemeinerung fähig und konnte schon auf Grund ihres der Universität äußerlichen Charakters keine Machtfrage stellen); die Gegenkindergärten als politisches Element (also nicht nur als gegenseitige Hilfe) sind bis jetzt noch zu sehr von den anderen Praxisbereichen des SDS isoliert, um in den politischen Kampf miteinbezogen zu werden. Wie in den anderen Bereichen (besonders in der Produktion) gegengesell-

schaftliche Organisationsformen entwickelt werden können, soll hier nur kurz angedeutet werden (hier praktikable Vorschläge zu entwickeln, wird die Aufgabe der strategischen Diskussion im SDS sein). Insbesondere ist die abstrakte Bestimmung hier noch so weit von den gegenwärtigen Möglichkeiten des SDS entfernt, daß sich Konkretionen nur als unerfüllbare Forderungen an die Basisgruppen erweisen könnten. Aus einer Kampagne für die Selbstbestimmung der Produzenten, so wie sie in Berlin ansatzweise vor dem 1. Mai stattfand, wären Organisationsformen wie informelle Betriebsgruppen zu entwickeln, die nicht nur politisch im alten Sinne wirken (Interpretation der Aktionen der „APO" etc.), sondern die sich in ihrer Ausbildung und in ihrer Betriebsagitation auf die Machtübernahme im Betrieb als langfristiges Ziel, auf die Übernahme einzelner Funktionen durch die Produzenten selbst als kurzfristiges Ziel vorbereiten (kurzfristig also auf Probleme der Arbeitsorganisation, offene Kritik an der Investitionspolitik etc.). Strategisch muß sie im SDS im Zusammenhang mit der Rolle der Gewerkschaften auf Betriebsebene und im Rahmen einer Reformismusdiskussion bearbeitet werden. Die temporäre Übernahme einzelner Betriebe durch Besetzungen dürfte dabei nur als politische Kampfmaßnahme in Frage kommen, deren zeitliche Begrenztheit von vornherein feststeht. Innerhalb der Überbauberufe dürfte mit der Konstruktion gegengesellschaftlicher Elemente ungefähr das, was unter „Syndikalisierung der Überbauberufe" im Berliner SDS diskutiert wurde, inhaltlich identisch sein. Anwaltskommunen, Organisation von Rote-Kreuz-Trupps von linken Ärzten, linke Abteilungen in Krankenhäusern, sozialistische Lehrervereinigungen, Übernahme einzelner wissenschaftlicher Institute durch linke Wissenschaftler stehen hier als Symbole. Die Frage eines Gegensektors innerhalb der Kommunikation (Gegenöffentlichkeit) erhält eine gewisse Sonderstellung: Gegenöffentlichkeit wird nur in wenigen Fällen als den organisatorisch vorgegebenen Rahmen transzendierendes Moment fungieren können (außer als Medium der Expansion der anderen Bereiche in Kampagnen). Ansonsten hat sie mehr die Funktion der ideellen Reproduktion der Linken. Gerade deshalb aber hat das Moment der Kommunikation besondere Bedeutung für die Organisation des SDS. Wie weit Konsumentenassoziationen als politisches Element brauchbar wären (als Mittel zur Erleichterung der materiellen Reproduktion der Genossen wären sie sicher sinnvoll) müßte im Einzelnen noch diskutiert werden; die Erfahrungen der klassischen Konsumvereine sind dabei nur begrenzt übertragbar, da hier wohl alle Fehler gemacht wurden, die man nur machen kann). Für die so zu entwickelnden organisatorischen Elemente müssen zwei Momente ver-

wirklicht werden: Sie müssen so organisiert sein, daß die revolutionäre Arbeitsfähigkeit der in ihnen organisierten Menschen voll entfaltet werden kann (also nicht beeinträchtigt durch autoritäre Strukturen oder durch Gefährdung der materiellen Reproduktion), sie müssen außerdem in der Lage sein, die Gefahr des reformistischen glückliche-Inseltums zu umgehen (dies vermittelt sich über die inhaltliche Bestimmung der gegengesellschaftlichen Elemente als Kampforganisationen).

3. Organisation

Aus einer derartigen Strategie lassen sich einige Bedingungen für die Organisation sowohl des SDS als auch spezifischer gegengesellschaftlicher Basisorganisationen ableiten. Am Beispiel einer Gruppe von Arbeitern etwa (dasselbe gilt ungefähr für Ärzte), die in der beschriebenen Art politisch aktiv werden, ist leicht zu sagen, daß sie nach Möglichkeit auch außerhalb des Betriebs sehr eng kooperieren müßten (am günstigsten sicher innerhalb von Wohngemeinschaften), daß sie ihre materielle Reproduktion untereinander gemeinsam und auch innerhalb einer allgemeineren Organisation (etwa Zusammenschluß mehrerer derartiger Kooperative) organisieren müßten, schon weil die Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, relativ groß ist (und kein arbeitsgerichtlicher oder gewerkschaftlicher Schutz zu erwarten ist). Damit stellt sich das Problem der Bildung von Kadern auf einer nichtformalen Ebene. Aus ähnlichen Konstruktionen für Ärzte, Juristen, Lehrer etc. ließe sich als allgemeine Regel ableiten, daß die politische Organisation unter den beschriebenen strategischen Bedingungen nur als Tendenz zur Organisation der gesamten Lebenspraxis zu verstehen ist.

Bevor in diesen systematischen Zusammenhang die Organisationsstruktur des SDS zu bearbeiten ist, ist es notwendig, noch zwei Momente zu analysieren, die für die Organisation des SDS bestimmend sind. Das eine als strategisches ist die Rolle der Konterrevolution in der Entfaltung der linken Rebellion. So sind etwa Kampagnen gegen die Justiz oder gegen die Bundeswehr politische Aktivitäten, die für die Linke eine Frage des Überlebens sind, ohne direkt unter die oben klassifizierten Elemente einer allgemeinen Strategie zu fallen: sie haben im ganzen gesehen Schutzfunktion für die Konstruktion gegengesellschaftlicher Elemente (mit dem Spezialfall, daß schließlich die Zerschlagung der kapitalistischen Staatsmacht Schutzfunktionen haben wird für die Revolution). Diese Kampagnen zu organisieren, ist unter Umständen in der Gewichtung der politischen Aktivitäten sogar Voraussetzung für die Strategie der Konstruktion von Elementen der Gegengesellschaft. Das andere Moment ist

die Bedürfnisstruktur der im SDS organisierten Individuen selbst. Diese Frage ist umso wichtiger, als sich gegenwärtig für den SDS zu entscheiden beginnt, ob die Entfaltung dieser Bedürfnisstruktur zu einer politischen Produktivkraft wird oder zu einer politischen Destruktivkraft.
Falsch wäre es, jetzt den Fehler zu wiederholen, der durchgängig den individuellen vom kollektivistischen Anarchismus unterschied: zu meinen, die Entfaltung und Verwirklichung der individuellen Bedürfnisse vorwiegend aus den Mittelschichten stammender Individuen implizierte an sich schon eine revolutionäre Strategie und die dazu notwendige Organisation. Dieser Fehler läßt sich vom Stirnerschen Verein der Freien bis hin zur Kommune I verfolgen. Der Grundirrtum derartiger Konzeptionen lag in der kritiklosen Ineinssetzung der Bedürfnisse mehr oder weniger luxurierender Schichten mit den emanzipatorischen Interessen des Proletariats. Gleichzeitig besteht aber für die im SDS organisierten Individuen eine Dialektik zwischen der Entfaltung der je spezifischen Bedürfnisse und der allgemeinen gesellschaftlichen Umwälzung, wobei durch die durchaus voluntaristischen Entscheidungen, Sozialist zu werden, sowohl der Rahmen für die individuelle Entfaltung gesetzt wird, als auch erst in der politischen Praxis die Möglichkeit für diese Entfaltung geschaffen wird, die ihrerseits wieder die politische Praxis bestimmt.
Auf dieser Basis lassen sich drei Widersprüche im SDS analysieren: zwischen Autoritäten und Nichtautoritäten, zwischen ökonomisch gut ausgestatteten und ökonomisch unterpriviligierten Genossen, zwischen Genossen und Genossinnen. Der Widerspruch zwischen Genossen und Genossinnen ist nun teilweise in dem Widerspruch zwischen Autoritäten und Nichtautoritäten enthalten. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß sich das Autoritätenproblem im SDS nur unter der Voraussetzung einer Neuentwicklung der politischen Strategie des SDS lösen läßt; der Formalismus der Auflösung wurde beispielhaft an der Bildung der Basisgruppen und der ad-hoc-Gruppen nachgewiesen. Die Politik der Konstruktion von gegengesellschaftlichen Elementen stellt an den SDS Anforderungen, die eine analoge Umstrukturierung fordern: die Avantgarde der Zauberkünstler wird dann notwendig denjenigen Gruppierungen weichen müssen, die innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche gegengesellschaftliche Organisationstypen entwickeln und so die soziale Basis jeder politischen Aktivität schaffen. Inwieweit auch der Widerspruch zwischen Genossinnen und Genossen in dieser Strategie tendenziell aufgehoben wird, hängt sowohl von der inhaltlichen Bestimmung der angeführten Strategie als auch von der Klassenspezifität der Artikulation der Interessen der Genossinnen ab.

Über den Widerspruch zwischen ökonomisch unterpriviligierten und überpriviligierten Genossen (daß dieser Widerspruch bisher im SDS überhaupt nicht diskutiert wurde, sagt viel aus über die Klassenlage der Genossen im SDS) kann gegenwärtig kaum mehr gesagt werden, als daß zum einen ein horizontaler Finanzausgleich im SDS organisiert werden müßte, daß man zum anderen Institutionen zu schaffen hätte, die mit einem Minimum an entfremdeter Arbeit die materielle Reproduktion von Genossen gewährleisten könnten (vgl. hierzu das linke Verlagswesen; zu erwägen wären andere Institutionen in der Sphäre von luxurierender Produktion und Konsumtion).

Die nächste Ebene auf der die Organisation des SDS diskutiert werden muß, ist die funktionale Teilung des SDS nach verschiedenen Praxisbereichen. Zur Zeit lassen sich mehrere dieser Bereiche (selbst wieder funktional unterteilt) unterscheiden, deren größte und am meisten durchorganisierte der Hochschulbereich und der Basisgruppenbereich sind. Als organisatorische Aufgabe wurde im Zusammenhang mit den Basisgruppen die Hilfsfunktion des SDS bei der Organisierung von Lehrlingen definiert: die Erstellung von Analysen der Lage der Lehrlinge bis hin zu praktikablen Vorschlägen (Neuorganisation einer nicht kapitalabhängigen Lehrlingsausbildung etc.). Diese Arbeit ist bisher noch nicht in Angriff genommen. Noch undefiniert laufen nebenher Justizkampagnen, Internationale Zusammenarbeit. Gerade solche übergreifende Projekte bedürfen der dringenden Konkretisierung: so kann etwa der Internationalismus im SDS erst dann zu einer politischen Produktivkraft für den SDS werden, wenn Kontakte organisiert werden, die wirklich die Verallgemeinerung der Lernprozesse in den verschiedenen Praxisbereichen gewährleisten, wenn der SDS seine Aufgaben gegenüber anderen revolutionären Organisationen benennt etc. Eine vordringliche Aufgabe wird es sein, diese verschiedenen Bereiche aus ihrer falschen Einheit zu erlösen und durch ihre jeweilige Organisation eine richtige Einheit herzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Hochschularbeit und der SDS als Studentenorganisation besonders zu diskutieren. Gegenwärtig ist es so, daß durch die falsche Einheit der Bereiche die Rolle der im SDS organisierten Studenten, ihre Bedürfnisse und Ziele und deren Vermittlung mit der politischen Praxis des SDS nur diskutiert werden konnten, indem das Problem durch Erwähnung „problematisiert" wurde und man feststellte, daß man halt nicht wisse, ob einer sein Studium fortsetzen soll oder nicht.

In dem Augenblick, wo sich etwa Juristen in Anwaltskommunen organisieren, um die Schutzfunktion für die linke Bewegung zu systematisieren,

wo ähnliches in anderen Berufen (Lehrer, Ärzte) geschieht, wo die Naturwissenschaftler ihre Rolle für die Machtübernahme in den Betrieben zu erkennen beginnen, muß das Problem des Weiterstudierens anders diskutiert werden: es stellt sich nicht die Frage, ob es politisch sinnvoll ist, wenn einer sein Studium in einen theoretischen Zusammenhang bringt, indem er es aufgibt oder ein Soziologiestudium dranhängt. Der Zusammenhang muß sich praktisch herstellen in der Verwertung des jeweiligen Berufes als Basis politisch-organisatorischer Tätigkeit. Aber diese Zielsetzung läßt sich sinnvoll nur diskutieren im Zusammenhang mit der materiellen Absicherung der so arbeitenden Genossen, die bis jetzt mit ihrer politischen Tätigkeit ihre materielle Existenz aufs Spiel setzen und so geradezu zu Integration und Freizeitsozialismus gezwungen werden. Die Implikationen einer derartigen Strategie für die Hochschulpolitik treffen sich mit den jüngsten hochschulpolitischen Entwicklungen: es gilt eben nicht, sein Studium als entfremdetes aufzugeben, sondern sich Möglichkeiten für ein durchgehendes „linkes" Studium an den Hochschulen zu schaffen (das auf Grund des Erfordernisses, einen bürgerlichen Beruf zu erlangen, noch repressiv genug sein wird); es geht eben nicht darum, dem kapitalistischen System durch eine große Verweigerung die Produktivkraft Wissenschaft entziehen zu wollen, sondern darum, diese Produktivkraft inhaltlich so umzustrukturieren, daß sie die Fesseln der kapitalistischen Gesellschaft sprengen kann. Studienkollektive können die Repressivität eines derartigen Studiums zweifellos mildern und gleichzeitig die Kollektivität einer späteren revolutionären Berufspraxis vorbereiten, indem sie Basis der materiellen Absicherung werden. Die Basis einer derartigen Studentenorganisation im SDS wird in den ad-hoc-Gruppen und Studienkollektiven zu finden sein.

Da mehrere Organisationstypen unmittelbar auf die Organisation von Wohngemeinschaften hindeuten und da gleichzeitig im SDS gegenwärtig eine gewisse Tendenz zu derartigen Zusammenschlüssen besteht, soll diese Frage kurz gesondert diskutiert werden. Dies bisherigen Erfahrungen sind zu zufällig und unsystematisch um verbindliche Verallgemeinerungen zu erlauben; die Bestimmung des politischen Stellenwertes wird sich vorläufig noch darauf beschränken müssen zu konstatieren, daß es außerordentlich sinnvoll ist, die politische Praxis und die Lebenspraxis kollektiv zu organisieren (einmal wegen der materiellen Absicherung, zum anderen wegen der Reduktion der Gefahr, ins unpolitische Privatleben zu emigrieren). Wohngemeinschaften als Wundermittel zu betrachten und terroristisch gegen diejenigen zu wenden, die sich in ihnen organisieren wollen, dürfte nach den Kommuneerfahrungen eine nicht allzugroße Gefahr

im SDS sein. Weder können Wohngemeinschaften die Autoritätsverhältnisse des SDS auflösen (das kann nur geschehen durch eine politische Strategie, die diese Autoritätsverhältnisse nicht reproduziert), noch werden sie alleine verhindern können, daß die Genossen sich aus der politischen Arbeit zurückziehen. Solange sich die Strategie des SDS nicht in der beschriebenen Richtung ändert, werden dann ganze Wohngemeinschaften, wenn das auch länger dauern mag, aus der politischen Arbeit des SDS herausfallen. Noch können sie die Emanzipationsprobleme alleine lösen (die Einsicht in die gesellschaftliche Bedingtheit der Unterdrückung ist mehr als eine marxistische Leerformel: der isolierte Emanzipationsanspruch wird ohne gesellschaftliche Praxis gar zu leicht zum Terror gegen den, der sich emanzipieren will), noch können sie gar selbst als Strategie gelten (etwa nach dem Modell des Sozialismus in einem Hause, das die gesellschaftlichen Verhältnisse revolutioniert). Politisch können die Wohngemeinschaften immer nur im Zusammenhang mit der Strategie diskutiert werden, die die individuellen Bedürfnisse, die in die Konstituierung einer Wohngemeinschaft eingehen, in sich aufnimmt.

Trotz der Tendenz zur Organisation von Wohngemeinschaften und trotz deren strategischer Notwendigkeit ist für die Reorganisation des SDS noch nicht von derartigen Wohngemeinschaften auszugehen. Die praktische organisatorische Wendung wird kaum Resultat formaler Radikalmaßnahmen sein können, sondern nur prozessual innerhalb der Umstrukturierung der politischen Arbeit zu erreichen sein. Trotzdem sind einige praktikable Organisationsvorschläge möglich, die als Bedingung für die strategische und organisatorische Umwandlung des SDS dienen können. Vordringlich erscheinen dabei die gesamtverbandliche Kommunikation und Diskussion sowie die Herausbildung von Kontinuierlich arbeitenden Kollektiven, die als „informelle Kader" innerhalb des SDS gelten können. Inwieweit der gesamte SDS in eine derartige Kaderorganisation zu überführen ist, läßt sich nur praktisch entscheiden: es hängt sowohl von der Arbeitswilligkeit der einzelnen Genossen als auch von der tatsächlichen Entwicklung einer Strategie ab, die erst die Möglichkeiten nichtfrustierender politischer Arbeit konstituiert. Dabei wird sich der SDS als Rahmenorganisation verschiedener Organisationen respektive deren Kader erweisen müssen, die den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Praxisbereichen herstellt, deren diskutorischen Austausch organisiert und die Fiktion beendet, es sei derselbe SDS der einmal als Studentenverband Hochschulpolitik macht, dann als Vereinigung einiger Individuen in den Basisgruppen arbeitet etc.

Wie dies formal schließlich zu organisieren sein wird, läßt sich kaum schon jetzt prophezeien. Sicher ist jedenfalls, daß ein Führungskollektiv des SDS zu bestimmen wäre, das aus Delegierten der verschiedenen Praxisbereiche, die teilweise in Sekretariaten organisiert sein können, zusammengesetzt ist und in dem nicht mehr Genossen aus diesen verschiedenen Bereichen herumsitzen und sich mit der fiktiven Einheit SDS unterhalten. Inwieweit diese Frage für westdeutsche Gruppen ähnlich entschieden werden kann, wäre praktisch zu prüfen.

4. Zusammenfassung

Die Organisation des Gesamtverbandes läßt sich teilweise aus diesen strategischen und organisatorischen Vorschlägen entwickeln. Ebenso wie innerhalb der einzelnen (besonders der größeren) Gruppen die Umstrukturierung nur im Zusammenhang mit der strategischen Neubestimmung zu leisten ist, wobei das Maß der Verbindlichkeit nur erhöht werden kann, wenn die einzelnen politischen Initiativen aus ihrem Status als Privatinitiativen herausgehoben werden, indem sie politisch und organisatorisch in der Gruppe diskutiert und in ihrer politischen Funktion definiert werden,wird sich innerhalb des Verbandes eine Umstrukturierung nur durch strategische Diskussion (besonders der einzelnen Kampagnen) und durch Definition der Funktion der Gruppen oder einzelner Gruppen für den Gesamtverband ein höheres Maß an Verbindlichkeit erreichen lassen. Die Funktionsbestimmung kann sich gleichzeitig als politischer Hebel erweisen, mit dem die Grupen sich aus ihrer lokalen Beschränktheit zu lösen vermögen, um ihre politische Praxis im Verband zu diskutieren und die Praxis anderer Gruppen in ihre eigene mit aufzunehmen. Wie das organisatorisch im einzelnen aussehen müßte, wird sich ebenfalls nur praktisch erweisen. Als Arbeitsbegriff kann man sagen, daß die einzelnen Gruppen sich verpflichten und vom Verband verpflichtet werden, einen Bereich der gesamtverbandlichen Politik, in dem die betreffende Gruppe besonders intensiv arbeitet respektive arbeiten will, in Form eines Sekretariates zu bearbeiten. Die Arbeit der verschiedenen Sekretariate zu koordinieren wäre dann die Aufgabe des Bundesvorstandes.

Schwieriger noch als in den einzelnen Gruppen des SDS dürfte auf Gesamtverbandsebene das Problem zu lösen sein, die Diskussion zwischen den verschiedenen Praxisbereichen, zwischen den verschiedenen geographischen Bereichen (zur Überwindung der Ungleichzeitigkeiten in der Entfaltung der einzelnen Gruppen) und zwischen den verschiedenen westeuropäischen revolutionären Organisationen zu organisieren.

Zielvorstellung einer derartigen Reorganisation des SDS auf Bundesebene muß sein, daß immer mehr der zentralen Funktionen von den einzelnen Gruppen des SDS übernommen werden, so daß eine Zentralstelle des SDS schließlich nur noch koordinative und kommunikative Funktion hat. Da von dieser Zielvorstellung noch nicht als von einer bestehenden Wirklichkeit ausgegangen werden kann, muß die Organisationsdebatte des SDS jetzt wesentlich auch unter dem Gesichtspunkt der kulturrevolutionären Transformation des SDS geführt werden.
Als praktische Vorschläge für die Organisierung sind zu diskutieren:
1. Organisation dezentralisierter Sekretariate in einzelnen Gruppen des SDS, die dem Bundesvorstand verantwortlich in der Verallgemeinerung ihrer eigenen Gruppenpraxis und in der Aufarbeitung der Praxis anderer Gruppen Strategiediskussionen in den verschiedenen Praxisbereichen einleiten helfen.
2. Kollektiver Bundesvorstand, der die Verallgemeinerung der Strategiediskussion (zwischen den Gruppen und zwischen den Praxisbereichen) organisiert, sowie Funktionen übernimmt, die noch nicht von einzelnen Gruppen des SDS für den Gesamtverband verbindlich wahrgenommen werden können.
3. Politisches Gremium, das sich zusammensetzt aus dem Bundesvorstand, Vertretern der Sekretariate und Vertretern der Gruppen in dem regelmäßig und kontinuierlich die Strategiediskussion aufgenommen und konkretisiert wird zu überregionalen Aktivitäten.
4. Reorganisation der schriftlichen Verbandsdiskussion in nk und Korrespondenz (gemäß der schon x-mal gefaßten DK-Beschlüsse), so daß diese Organe wirklich die Diskussion im SDS widerspiegeln und auch tatsächlich kurzfristig erscheinen.
5. Organisation der publizistischen „Außenarbeit" des SDS in Verlags- und Autorenkollektiven.
6. Organisation von praxisspezifischen Seminaren (regional und gesamtverbandlich).
7. Organisation des personellen Austausches der Gruppen (zwischen den Gruppen).
8. Häufigere Durchführung von Delegiertenkonferenzen (z.B. dreimal im Jahr) wobei diese DK's wegkommen müßten von ihrem Abstimmungscharakter und hin zu einem Arbeits- und Diskussionsforum sich entwickeln müßten.

Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands zur 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS

Ein Bericht über die Entwicklung des SDS im vergangenen Jahr muß davon ausgehen, daß der Verband als autonome Einheit gegenwärtig überhaupt nicht sinnvoll darzustellen ist. Der SDS hat sich wesentlich in die antiautoritäre Bewegung aufgelöst, deren nominelle Spitze er darstellt. Das hat zwei Konsequenzen: Einmal ist die antiautoritäre Bewegung die politische Weiterentwicklung und Verallgemeinerung der isolierten Oppositionsansätze und damit auch eine Überwindung der Isolation des SDS; zum andern haben sich bei der Überwindung der alten Organisationsstrukturen kaum positive Formen der adäquaten Organisierung herausgebildet. Die praktische Lösung darf zu allerletzt bei technischen und formalen Organisationsfragen ansetzen. Was ansteht, ist die politische Neuformulierung der Rolle, die der SDS als Verband innerhalb der antiautoritären Bewegung wahrnehmen soll. Erst daraus läßt sich eine relevante Organisationsdiskussion entwickeln.
Diese Entscheidungssituation soll an den zentralen Kampagnen den Massenaktionen und den organisatorischen Erfahrungen des vergangenen Jahres jeweils dargestellt werden.

Die Springer-Kampagne repräsentiert die neue Phase der Protestbewegung nach dem 2. Juni 1967 in mehrfacher Hinsicht. Zwar war sie als Einpunkt-Bewegung noch angelegt, zumindest in den Losungen und Aktionsprogrammen, sie implizierte aber eine radikale Ausweitung und Verallgemeinerung der politischen Konzeption und drückte damit den Charakter der antiautoritären Opposition adäquat aus. Verallgemeinerung hieß zugleich Radikalisierung des revolutionären Anspruchs; die Kampagne konnte diesen Anspruch zunächst jedoch nur propagandistisch stellen, ohne die wirkliche Arbeit der Opposition zu bestimmen. Gerade in Berlin, wo die Hauptarbeit an theoretischer und organisatorischer Vorbereitung lag, wurden die prinzipiellen Schwierigkeiten schon im Herbst klar. Sie lagen im Widerspruch von einerseits aktionistischer Kampagne und andererseits Ausweitung der Opposition durch eine organisierte

Gegenöffentlichkeit und Syndikalisierung von Nicht-Studenten, ein Widerspruch, wie er sich in Berlin nach dem 21. Oktober (Vietnam-Demonstration) in der Auseinandersetzung um die Aktionspläne realisierte. Die organisatorischen Funktionen sollten nach dem ursprünglichen Plan die Aktionskonferenzen auf regionaler und nationaler Stufenleiter erfüllen, Ziel und praktische Zusammenfassung der Opposition war die massenhafte Belagerung der Verlagshäuser. Die Fehleinschätzung lag darin, daß ein allgemeiner Wille die Kampagne tragen sollte, von ihr aber erst mobilisiert werden mußte. An diesem Widerspruch ist die Kampagne oberflächlich gescheitert, während sie latent wirksam geblieben ist. Die analytische und propagandistische Arbeit der KU- und RC-Arbeitskreise in Berlin wie einzelner SDS-Gruppen in der Bundesrepublik verbreiteten das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Kampagne und mobilisierten zwar zuerst keine einheitliche praktische Opposition, aber ein gemeinsames Bedürfnis. Im Februar z. B. zogen nach einer Vietnam-Demonstration in Hamburg spontan über tausend Studenten und Schüler zu einer improvisierten Springer-Blockade vors Druckhaus. Springer war zum sichtbaren Allgemein-Gegner geworden, aber um den Preis, daß die prinzipielle Argumentation sich auf Parolen und die Person Springers zu reduzieren drohte, während die Kampagne im übrigen von der sonstigen Praxis abgelöst war, also gerade die zentrale Rolle in der antiautoritären Bewegung nicht wahrnehmen konnte. Die strategische Bedeutung der geplanten nationalen Aktion hatte sich problematisiert, nachdem schon in der ersten Phase Zweifel an der politischen und organisatorischen Umsetzbarkeit entstanden waren. Die Absetzung zunächst des Berliner Tribunals, dann die Verschiebung des Springer-Hearings sind ein Ausdruck dieser Schwierigkeit wie schon die Verlagerung auf diese propagandistischen bzw. theoretisch analytischen Veranstaltungen den anfänglichen Anspruch zurückgenommen hatten. So wurde auf der a. o. DK im März der Kampagne keinerlei Bedeutung mehr zugemessen. Inzwischen war das „Kuratorium für eine demokratische Öffentlichkeit" gegründet worden, das zunächst die nunmehr für Hamburg geplante Hearing-Veranstaltung unterstützen sollte. Die Konzeption dieses Hearings spiegelte den Bündnischarakter im Kuratorium wider; der emphatisch revolutionäre Anspruch, der die Kampagne bestimmen sollte, wurde vollends verdrängt.

Weniger zeigt sich darin das Versagen einzelner Genossen, die schließlich auch institutionell die inhaltliche und politische Vorbereitung in Berlin übernommen hatten, als die Verengung und Schwäche der Kampagne selber in ihrer manifesten Gestalt.

Die propagandistische, latente Kampagne hingegen wurde durch das Attentat auf Rudi Dutschke ebenso bestätigt wie schlagartig mobilisiert. Zeitlich relativ zufällig aktualisierte sich die Widerstandssituation, von der wir zuvor schon abstrakt geredet hatten; anders aber als nach der Polizeischlacht vom 2. Juni wurde der Protest nicht moralisch neutralisiert und entpolitisiert, sondern schon die ersten spontanen Aktionen verwirklichten einen offensiven politischen Widerstand. Dieser bewußt politische Charakter der Widerstandsaktionen begründete auch die Fortsetzung der Blockaden am Ostermontag, die die scheinheiligen Zugeständnisse an unsere emotionale Empörung Lügen strafte.

Der Angriff auf Springer offenbarte generell einen Grad an Bewußtsein und Selbstverständlichkeit, wie er nicht nur durch die plötzliche Klarheit der geschichtlichen Gewaltsituation zu erklären ist. Die Gewaltsituation wurde als politisch gegen die elementarsten Bedingungen der Protestbewegung gerichtet sofort erkannt und in praktisches Bewußtsein als Widerstandswillen umgesetzt; dafür gab es freilich bereits organisatorische Bedigungen in informellen Kaderstrukturen. Die Manipulationszentrale des Springer-Konzerns verlor ihren abstrakten Charakter und wurde exemplarisch für den gesamten Machtzusammenhang begriffen. Die Blockaden bedeuten die endgültige Überwindunn der Einpunkt-Bewegung. Der Zusammenhang der Situation, in der die Springer-Kampagne entstand, der allgemein empfundenen Progromsituation nach dem 2. Juni, mit der manifesten Widerstandssituation nach dem Attentat reaktivierte die historische Erfahrung ihrer eigenen nationalen Konstitutionsphase auf einer qualitativ neuen Stufe.

Entsprechend der inhaltlichen Ausweitung der Kampagne gelang die praktische Verbreiterung in andere jugendliche Sozialschichten über die Studenten- und Schüler-Opposition hinaus.

Für eine kurze Zeit schien es möglich, die Isolation der Protestbewegung direkt und dauerhaft zu durchbrechen.

Gemeinsam war in den verschiedenen Städten, daß es am Gründonnerstag sofort zu improvisierten Demonstrationen kam, die sich nach ganz kurzer Zeit agitatorisch und auch praktisch, wie in München, gegen Springer richteten. Erfindungsreich benutzten sie die verschiedensten öffentlichen Institutionen wie Theater, Kirchen etc. Die Blockaden am Freitag konnten so auf ein Höchstmaß an Öffentlichkeit im strengen Sinn rechnen. Sie waren, was die unmittelbare Verhinderung der Auslieferung angeht, insgesamt erfolgreicher als am Montag. Das lag wesentlich an unserer Beweglichkeit gegenüber dem schwerfälligen Polizeiapparat, der sich innerhalb eines Tages auf die plötzliche Mobilisierung von Massen überhaupt nicht

einstellen konnte. So ist eine effektive Auslieferungsverhinderung einer erheblichen Druckauflage möglich gewesen. Gegen den starken Widerstand von Teilen der außerparlamentarischen Opposition haben wir es am Sonntag durchgesetzt, daß die Ostermarschkundgebungen am Montag in eine erneute Blockade übergeführt wurden. Der Bündnischarakter des Ostermarsches war aktuell politisch überholt, gerade auch im Bewußtsein der übergroßen Mehrheit der Teilnehmer. Unter ihnen war wahrscheinlich bereits ein wesentlicher Teil der jungen Angestellten und Arbeiter, die an den Blockaden teilnahmen. Angesichts des militärisch hoch überlegenen Polizeiapparats war es am Montag nur noch möglich, einen ideellen Anspruch des Widerstands zu manifestieren, trotz der brutalen Auseinandersetzung.

Die Einzelheiten des Verlaufs sind allen bekannt, auf wesentliche Punkte haben wir bereits in der NK 47 hingewiesen. Ein weiterer Aspekt muß aber noch kurz genannt werden, daß nämlich eine internationale Solidarität mit einer Welle von Aktionen zum ersten Mal einen praktischen Internationalismus realisierte, der direkt auf die Protestbewegung bezogen war und nicht über gemeinsame Solidarität, etwa mit der vietnamesischen Revolution, vermittelt war. In dieser Perspektive steht auch die Mai-Revolte was ihre eigenen Ursprünge und internationalen Konsequenzen angeht.

In der Folgezeit der Osteraktionen zeigten sich zwei wesentliche Konsequenzen: Erstens konnte sich die spontane Aktionseinheit nicht in kontinuierliche organisatorische Kontakte umsetzen; die propagandistische Aktivität überwog, die freilich gezielter auf Gewerkschafts- und Betriebs-Kontakte als nach dem 2. Juni gerichtet war. Zweitens: nur in Berlin wurde mit den Basisgruppen ein organisatorischer Ansatz in größerem Ausmaß realisiert. Dort gelang die positive Wendung zur 1. Mai-Kampagne, während in der BR weder für diesen Termin noch für die vergleichbar zentrale Kampagne gegen die Notstands-Gesetze die Widerstandssituation zu Ostern bewußt strategisch umgesetzt wurde. Es realisierte sich blind die Ungleichzeitigkeit von Springer- und Notstands-Kampagne, die nur verbal durch Widerstandsparolen verbunden wurden.

Gibt es Aussichten der Springer-Kampagne? Es scheint, daß sie auf zwei Ebenen liegen: Eine zentrale Veranstaltung könnte die radikale Ausweitung unseres Begriffs von Öffentlichkeit zur Selbstverständigung leisten; damit wäre keine Veranstaltung in vorderster Front anvisiert. Zweitens müßte wesentlich intern das Scheitern und der Erfolg der Kampagne im Zusammenhang einer Klärung der prinzipiellen strategischen Bedingungen

der neuen Linken diskutiert werden. Vor allem muß das Verhältnis von Aktionskampagnen und organisatorischer Ausweitung der Protestbewegung geklärt werden; erst daraus läßt sich eine historisch angemessene Organisation des Widerstandes entwickeln.

Kampagne gegen die Notstandsgesetze

Die 21. DK des SDS formulierte das strategische Ziel der Notstandskampagne des Verbandes mit dem mittlerweile fast zu oft zitierten „Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential". Diese Zielsetzung ist im SDS wieder und wieder verbal reproduziert worden; eine Analyse der tatsächlich geführten Kampagne weist aber ihre erschreckende Vernachlässigung auf.

Selbst die 22. DK blieb weitgehend mit ihrem einer bloßen Bestätigung der Resolution der 21. DK angehängten Aktionskatalog bei der Forderung nach Widerstandshappenings stehen. Die Forderung nach Störung der Zivilschutzhelfertage beispielsweise oder die nach Aufklärung über „Interna der Notstandsplanung" machten sich noch nicht einmal die Mühe, die Planung von Widerstandsperspektiven überhaupt organisatorisch-relevant zu reflektieren.

In einem ähnlich nicht bewußten Widerspruch fand sich der SDS zu seinen diversen Koalitionspartnern innerhalb der Notstandsopposition. Zwar formulierte der Brief des SDS an den DGB ansatzweise eine Kritik opportunistischer Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie; Konsequenzen wurden aber daraus bis auf verbale Argumentationslinien nicht gezogen. Die Funktion einer legalistischen hinhaltenden Formalargumentation wurde nicht als Korrelat zur apathisierenden Praxis von Teilen der Gewerkschaften und ihren Spitzenbürokratien gesehen. Das führte dazu, daß in der praktischen Koalitionspolitik der Gruppen auf lokaler Ebene oft genug selbst die verbalen Differenzierungen nicht mehr auftauchten, geschweige denn eine Gegenstrategie des offensiven und selbständigen Widerstands konkret organisiert wurde. Die Aktionsausschüsse auf lokaler und regionaler Ebene fanden sich nur zu oft auf einen schlechten Minimalkompromiß eingeschränkt; Kompromiß, der sich in den Massenaktionen, den Streiks an Schulen und Universitäten, in einigen Betrieben als irrelevant oder gar hindernd erwies.

Die lokalen Kuratorien, teilweise nur auf die Stützung der Linken im zentralen Kuratorium Notstand der Demokratie bedacht, beschränkte sich zu lange darauf, die Auseinandersetzungen um die Bundestags-hearings,

um die tatsächliche Position der „Linken" vom Schlage Otto Brenners gewissermaßen intern zu verhandeln. Hand in Hand damit ging die Ausrichtung des „breiten Bündnisses der demokratischen Kräfte" wesentlich bloß auf die Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die als immer vernichtender hingestellt wurde. Sicher soll die tatsächliche Auswirkung der Vollendung der legalistischen Transformation zum neuen autoritären Staat von uns nicht unterbewertet werden. Der fatalen Passivität, die sich an vielen Orten nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch das Parteienkartell entwickelte, hätte jedoch durch eine bewußte und realistische Darstellung dieser Entwicklung sicher entgegengewirkt werden können.

Die Brüchigkeit der Kuratorien, die „demokratische Kräfte" von bewußten Sozialisten bis zu liberalen Professoren, die später das Marburger Manifest unterschrieben, umfaßten, wurde von uns schon auf dem Notstands-Bundesseminar Anfang Dezember 1968 konstatiert. Die notwendigen Konsequenzen daraus zogen wir jedoch nicht. Die Politik der unverbindlichen Sammlung von Koalitionspartnern auf unverbindlichen Verbalpositionen reproduzierte sich auch bei der Verabschiedung des Notstands-Manifestes der Hochschulen. Wenn auch vom Parteienkartell wütend als „terroristischer Druck der Straße" (Schmitt-Vockenhausen) apostrophiert, konnten die 50 000 Unterschriften nicht annähernd die Teilnehmerzahlen an den Notstandsstreiks erreichen. Vorantreibend war das Notstands-Manifest eigentlich nur für die Teile der Studentenschaft, die durch das Manifest in die Diskussion über die Notstandsgesetzgebung erst eintraten, und für Teile der APO, die über ähnliche Initiativen Parlamentarismuskritik entwickelten. Für den Großteil der studentischen Opposition stellte es wenig mehr dar als eine Zusammenfassung und Fixierung erarbeiteter Positionen. Dafür aber war der organisatorische Aufwand der Gruppen und des Bundesvorstands verhältnismäßig unangemessen.

Weithin legalistische Argumentation und historisch objektiv überholte Volksfronttaktik bestimmte immer noch die Vorbereitungen des 11. Mai, Sternmarsch auf Bonn, und das obwohl die Entscheidung der Gewerkschaftsbürokratie für die Dortmunder DGB-Veranstaltung die Problematik öffentlich und deutlicher beschrieb als früher. Wenn es Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit überhaupt möglich war, Teilnehmer am Sternmarsch als uninformiert und unsachlich zu diffamieren, weil sie vielleicht die allerletzte Textvariante im Immergleichen der Formulierungshilfen der Bundesinnenministeriumsreferenten noch nicht kannten, so beschreibt das natürlich doch auch eine ungenügende praktische Verdeutlichung der

Zielsetzungen der Notstandsopposition. Die perspektische Analyse der Osteraktionen stand noch aus. Die Beschreibung der qualitativ neuen Möglichkeiten nach der Ausweitung der Osteraktionen auf junge Arbeiter und Angestellte war noch nicht geleistet. In nicht reflektierter Furcht vor der eigenen Praxis wurde die Offensivstrategie von Ostern in der tabuierten Gewaltdiskussion teilweise wieder zurückgenommen.

Mit dem 11. Mai ist eine Form der Opposition zuendegegangen, die bis zuletzt nicht genügend an den Widerstandsaufgaben orientiert war, sondern auch diffus-liberal dem Schein parlamentarisch gesicherten rechtsstaatlichen Interessenausgleichs nachtrauerte.

Nach der Niederlage im Kampf gegen die Notstandsgesetze nun von Seiten der Opposition zu meinen, jetzt erst recht müsse die Stimme der demokratischen Opposition im Akklamationsparlament des Notstandsstaats hörbar gemacht werden, reproduziert diese Problematik in fataler Weise. Das vom BV organisierte teach-in am 11. Mai diente objektiv der Kanalisierung anstelle der Aktualisierung der Widersprüchlichkeit innerhalb der Notstandsopposition. Die Intention, die Aufarbeitung der Gründe der Niederlage einzuleiten und Widerstandsperspektiven zu konkretisieren, konnte nicht umgesetzt werden. Es gelang nicht mehr, die Aktionen bis zur Verabschiedung entsprechend zu strukturieren. Zwar setzte sich die Streikparole mit nicht vorhergesehener Intensität um, die Aktionen waren aber nicht so sehr immer Ausdruck und Anfang demonstrativer Widerstandsorganisierung, als auch nur in der Form verschärfter, aber doch als ohnmächtig begriffener Protest. Der Charakter der Streiks an den Hochschulen ist deshalb in folgenreicher Weise vielschichtig gewesen; einerseits manifestierte sich eine radikaldemokratische Opposition innerhalb der Studentenschaften, die der Streik eigentlich nur als besonders demonstratives Symbol mit Solidarisierungsfunktion in den Betrieben begriff; (Die aktive Durchsetzung des Streiks an den Hochschulen war dann ja auch wirklich in einigen Fällen auslösend für die Proteststreiks in den Betrieben und erleichterte allgemein die Agitation und das erste Herstellen einer gemeinsamen Basis zwischen Studenten und Arbeitern.) andererseits entwickelte sich die Auffassung, daß Streiks, Barrikadenbau und Rektoratsbesetzungen mehr unter dem Aspekt des aktiven Widerstands gesehen werden sollten. Das war prinzipiell richtig. Nur fehlte aufgrund der mangelhaften Diskussion weitgehend die Konkretisierung der Widerstandsperspektive. Daß auch am Arbeitsplatz in der Universität die System-Verweigerung allein nicht ausreichte, Organisierung des Widerstands zu mehr als bloßer Forderung zu machen, wurde im Konzept der Politischen Universität in Frankfurt exemplarisch verstanden.

Das Insistieren auf Urabstimmungen über die Streiks, um durch passivierte Mehrheiten die Konfrontation demokratisch beizulegen, beschrieb die Hilflosigkeit der zum Teil als Schlägertrupps vorgehenden rechten Studenten (besonders RCDS und NHB), sich inhaltlich-argumentativ mit uns auseinanderzusetzen. Es beschrieb aber auch eine Unklarheit in der Argumentation mancher Gruppen, die die Auflösung in einer radikaldemokratischen Protestbewegung mit dem SDS als Initiator bei vielen Aktionen erfahren hatten und die neue Qualität der Streiks nicht artikulieren konnten. (Eine Erfahrung, die übrigens die amerikanische Studentenbewegung auch machte, als sie, die zuerst den Slogan des „Let the People Decide" postuliert hatten, nach Studentenabstimmungen für weitere Werbung der Napalmhersteller Dow Chemical auf dem Campus trotzdem derartige Werbekampagnen durch sit-ins etc. zu verhindern suchten.) Die Form der Minderheitsaktion als der politischen Situation möglicherweise adäquater als die Adaption an momentane Furcht in den Studentenschaften wurde jedenfalls bei den Notstandsstreiks an vielen Orten noch praktiziert, kaum noch politisch legitimiert. Es gab sogar Fälle, in denen selbst Genossen Abstimmungen vor Barrikaden herbeiführten und dann nach den entsprechenden Voten der vollzählig erschienenen Volkswirtschaftler und Korporierten mithalfen, die Barrikaden brav wieder abzubauen. Daß bei der Bedrohung durch die sich vollziehende Beseitigung selbst von klassischen Minderheitsrechten nicht Widerstand von eben den zur Abschaffung bereiten Mehrheiten niedergestimmt werden kann, tauchte bei vorher eher syndikalistisch-argumentierenden Gruppen zu oft erst spät als nachgeschobene Begründung auf. Die theoretische und organisatorische Perspektive für die erhoffte Solidarisierung in den Betrieben fehlte weitgehend. Die tatsächlich in größerem Ausmaß als erwartet eintretende Mobilisierung von linken Gewerkschaftern und jungen Kollegen aus den Betrieben traf die Gruppen ohne ausreichende Vorbereitung. Zwar gelang es, die Kritik am Gewerkschaftsapparat bei den großen Streikversammlungen zu verbalisieren und die Isolation der Studenten punktuell zu durchbrechen; zwar gelang es, an mehreren Orten die von lokalen Gewerkschaftsfunktionären mit in Gang gebrachte Bewegung über reformistische Positionen hinaus zu entwickeln; zwar gelang es, in der aktuellen Streikagitation kurzfristig Aktionsausschüsse von Arbeitern und Studenten zu organisieren. Bis auf wenige Kontakte mit relativ selbsttätigen Gewerkschaftsjugendclubs und Lehrlingsgruppen wie der an den Farbwerken Hoechst gelang aber eine organisatorische Stabilisierung der Aktionseinheit der Streikphase nicht. Trotz des Aufbaus von Basisgruppen und der weiteren Arbeit von Betriebsprojektgruppen ist die

Jugendlichengrenze bei unserer Ausweitung in die Betriebe bis jetzt nicht prinzipiell in größerem Umfang durchbrochen worden. Die Beschränkung der gemeinsamen allgemeinen Argumentationslinien gegen Formierungstendenzen oder die Frage der direkt notstandsbezogenen Werkschutzgruppen bot schon inhaltlich neben dem vereinheitlichenden Moment der gemeinsamen Gewerkschaftskritik nicht genügend konkrete Ansätze für längerfristige Kooperation, die nicht bloß Bewußtsein in die Arbeiterklasse tragen gewesen wäre. Insofern ist die kreativere Entwicklung der Kontakte zu Lehrlings- und Jugendgruppen der Betriebe nicht zufällig. Im SDS gibt es heute zwar schon Erfahrungen in der Aufarbeitung von antiautoritären Konflikten im Ausbildungsprozeß der Betriebe und ihrer Politisierung; mit dem Problem der Arbeitsplatzbewertung z. B. haben die wenigsten Gruppen adäquat etwas anfangen können.
Ein anderes Moment der Notstandsauseinandersetzung überraschte uns: die spontane Rücksendung von Wehrpässen, gerichtet gegen die Umfunktionierung der Bundeswehr zur Bürgerkriegsarmee. Herrschte zwar auch in diesen Aktionen formalliberale Argumentation vor, so mußten diese Fälle vom Wesen des Konfliktes her weitergetrieben werden. Die politischen Kriegsdienstverweigerungen nahmen weiter, wie schon im letzten Jahr, zu. Gleichzeitig stiegen die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer innerhalb der Bundeswehr rapide an. In vielen Kasernen ergab sich, daß die Überstellung in den waffenlosen Dienst eine Isoliertheit des Kriegsdienstverweigerers schuf, die auslösend für weitere potentielle Kriegsdienstverweigerer wurde. Es gibt Einheiten, in denen bis zu 10 % der Wehrpflichtigen nach und nach einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellten. Vereinzelte Flugblattaktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze mit dem Aufruf, „Wenn sie wieder befehlen, Straßen- und Häuserkampf zu üben und auf Arbeiter und Studenten zu schießen" nein zu sagen, wurden mit drakonischen disziplinarischen Strafen verfolgt. Keine Einschüchterung, sondern im Gegenteil spontane Solidarisierung stellte sich jedoch her. Mittlerweile hat der Bundeswehrgeneralinspekteur in einem Erlaß die prinzipielle Zurückstellung vom Waffendienst beim Einreichen der Kriegsdienstverweigerung aufgehoben; die Wehrpässe wurden vom Bundesverteidigungsministerium mit dem aus der deutschen Geschichte schon bekannten Hinweis zurückgeschickt, daß nämlich das Treuegelöbnis sich nicht auf irgendeine Struktur der Verfassung beispielsweise beziehe, sondern auf den Staat schlechthin. Aus den Berichten des Wehrbeauftragten war Ausmaß und Intensität von Unruhe und unpolitischer Revolte in der Bundeswehr nur zu ahnen. In den letzten Wochen nun ist die Zahl der Bitte um politische und organisatorische Unterstützung durch

den SDS aus der Bundeswehr heraus ständig gestiegen. Der BV meint, daß diese Unterstützung in Koordination mit der politischen Schülerbewegung im AUSS und in Kriegsdienstverweigerungsverbänden gegeben werden muß, nicht aus Widerstandsmoralisierung heraus, sondern weil eine derartige Unterstützung, neben der strategisch ungeheuer wichtigen Ausweitung der Schülerbewegung auf die Berufsschüler, eine Möglichkeit gibt, exemplarischen Widerstand nicht nur an einem Ort der Gesellschaft zu üben. Die Transformation der Bundeswehr zum Bürgerkriegsinstrument neben kasernierter Polizei und Werkschutztruppen kann wesentlich behindert werden. Die autoritäre Struktur der Bundeswehr und der selbst in einer imperialistischen Armee anachronistische Bewußtseinsstand großer Teile der Offiziere und fast des gesamten Unteroffizierskorps bietet neben den direkt politischen Ansätzen große Möglichkeiten. In der Bundeswehrkampagne kommt es darauf an, sich mobilisierende Einzelne solidarisch organisiert zu unterstützen und den Bereich der Bundeswehr überhaupt der politischen Öffentlichkeit aufzubrechen. Politische Aufklärung und provokative Aktion kann in der sowieso nur „bedingt einsatzbereiten" imperialistischen Kriegsmaschine zu beträchtlicher Verunsicherung führen.

Hochschule

Die Konstituierung der Hochschulrevolte in großem Umfang, mit eine der Vorbedingungen für die Solidarisierung von Teilen der Arbeiterschaft in Springer-Aktionen und Notstandsstreiks, gelang an den bundesrepublikanischen Hochschulen eigentlich erst in diesem Jahr. Während an großen Hochschulen wie Hamburg oder München hochschulpolitische Auseinandersetzungen (Wenke-Vorlesung, Rektoratsfeier) auslösend wirkten, gelang es kleineren Gruppen meist eher, mit der Einführung allgemein politischer Momente in Provokation zu massenhafter Diskussion die Herstellung der Revolte zu initiieren. Allerdings muß auch darauf hingewiesen werden, daß über die Massenmedien und AStA-Publikationen vermittelte Informationen über die Aktualität hochschulpolitischer Auseinandersetzungen auch an kleineren Hochschulen eine hochschulbezogene Latenz erzeugten, deren Intensität allein aus den lokalen Gegebenheiten nicht zu interpretieren ist. Hinzu kam, daß auch allgemeinpolitische Diskussionen und Auseinandersetzungen, beispielsweise die Vorlage des Hochschulmanifests gegen die Notstandsgesetze in einer Vorlesung von Carlo Schmid, von den Universitätsadministrationen mit massiven Repressionen und dem Vorwurf des terroristischen Vorgehens und des „Einübens faschistischer Methoden" beantwortet wurden. Spätestens dann wurde die Sturktur der Hochschule Teil der Auseinandersetzungen. Die

Revolte hatte aber nirgends mehr enger begrenzten hochschulpolitischen Charakter, wie er noch für die ersten Berliner sit-ins kennzeichnend war.

Trotzdem muß wenigstens ansatzweise die Struktur der hochschulpolitischen Forderungen in den Revolten angedeutet werden. An vielen Orten kam es nach der Revolte-Initiierung zu Satzungs- oder Hochschulgesetzdiskussionen. Diese Auseinandersetzungen sind von den Gruppen und den mobilisierenden Studenten selbst oft genug nicht mit politischen Fragen oder konkreten „issues" am Studienplatz verknüpft worden. Nur so konnte sich eine Formalisierung der Diskussion entwickeln, wie sie bei manchen Forderungen nach Drittelparität schließlich vorherrschte. Diese Formalisierung konnte sinnvoll auch in einer weiteren Hypostasierung der formalen Forderung, etwa auf die Halbparität, nicht aufgehoben werden. Die Gefahr, in Satzungsdiskussionen in automatisch programmierter Sachlichkeit vom Kern der studentischen Forderungen abgebracht zu werden, beschreibt die Tatsache, daß in den Satzungsdiskussionen einer norddeutschen Universität eine Genosse einen kompletten Universitätssazungsentwurf vorlegte, der außer Rahmenvorschriften fast keine inhaltlichen Bezüge definierte und sich gar dazu bequemte, dem Rektor das Hausrecht über die Universität zuzugestehen. Ähnlich stellte sich für manche Studentenvertretungen die syndikalistische Interessenvertretung alternativ zu einer entschiedenen politischen Aufklärungsarbeit dar. Die praktischen Erfahrungen eher taktierend oder formal vorgehender linker Studentenvertretungen beschreiben bei schwindender poltiischer Mobilisierung klar die Falschheit der Konzeption einer eng interpretierten, bloß universitätsbezogenen Interessenvertretung. In den manifesten Repressionsversuchen durch das Bündnis von Justiz, Universitätsadministration und Korporierten in den politischen Mandatsprozessen oder den Verfahren zur Abschaffung der Studentenschaftsbeiträge ließ sich die politische Zielsetzung der Zerschlagung der nicht für sich, sondern als Organ einer selbstbewußten studentischen Mobilisierung begriffenen Studentenvertretung (wie sie auch ein westberliner Entwurf der Sozialdemokratie schon explizit vorsieht) bereits erkennen. Ein Hochschulgesetz wie das baden-württembergische bewies seine Interessenrichtung konkret in der Suspendierung des Heidelberger AStA in den Tagen des Notstandsstreiks. Parallel zu Initiativen gegen die Studentenvertretungen verstärkten sich die illegalen Repressionen gegen die SDS-Gruppen selbst. Nach der Androhung der Suspendierung der SDS-Gruppe an der FU wurde nach dem Carlo-Schmid-go-in zum ersten Mal eine immer noch nicht formal, wenn auch von uns praktisch aufgehobene Suspendierung einer SDS-Gruppe

ausgesprochen, die das auf zentraler Ebene nicht für opportun gehaltene Verbot des Verbandes an seiner sozialen Basis überflüssig machen würde. Die Versuche, Räume für Vorträge oder Ausstellungen nicht zur Verfügung zu stellen, immer neue Auflagen für die Benutzung der Universitäten zu erteilen — früher jedesmal Anlaß zu Protest und Berichterstattung der Presse — sind für die „autonomen" Hochschulen der BRD fast schon alltäglich geworden.

Die neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die Godesberger Rektorenerklärung und der Dahrendorfsche Hochschulgesamtplan bestimmen die neue Richtung einer Entwicklung von Hochschuldiskussion, die auf technische Effizienz zielt. Gleichzeitig haben jedoch Marburger Manifest-Geist und obsolet autoritäre Struktur der Universitäten Effizienzanpassungen in den Entscheidungswegen der Kulturpolitik erschwert. Es zeigt sich aber, daß die Formierung des wissenschaftlichen Produktionssektors — teilweise durch Ausgliederung aus den Universitäten, teilweise durch direkte und indirekte Repressionen (Disziplinarmaßnahmen, Verwaltungsurteile, Rechtsaufsicht, Mittelentzug, gezielte Stipendienvergabe, numerus clausus, Zwangsexmatrikulation, Zwischenprüfung etc) — gezielter und planmäßiger in Angriff genommen wird als nach der oft diffusen Diskussion der Pichtschen „Reformpläne". Gegenüber derartigen Tendenzen hat Vertrauen auf sachliche Mitbestimmungsdiskussion und bloß trade-unionistische Studentenschaftspolitik ihren Sinn endgültig verloren.

Andererseits zeigte sich, daß der vom VDS getragene Hochschulkongreß „Protest und Widerstand" trotz des prinzipiell richtigen Stellens der Thematik losgelöst von praktisch-organisatorischen Aufgaben in keiner Weise Fokus der Diskussion sein konnte, als der er gedacht war. Insofern ist er auch gerade nicht an lokalen Bedingtheiten gescheitert (Polizeibesetzung der Frankfurter Universität). Es war ein Fehler des BV, in einer wichtigen Phase der strategischen Unklarheit und der Demobilisierung in den Studentenschaften darauf zu vertrauen, daß eine formale Dachorganisation wie der VDS eine Aufgabe wie den Hochschulkongreß wesentlich allein tragen könne.

Die Auseinandersetzung am Otto-Suhr-Institut zeigt immer noch die Möglichkeit, an schwachen Sellen innerhalb der Universitätshierarchie selbst mit reformistischen Vorschlägen eine Entlarvung der zentralen Universitätsbürokratie zu bewirken. Die Gefahren dabei, die wesentlich in der Illusionierung über die Möglichkeit einer subversiv-antikapitalistischen Universität in dieser Gesellschaft liegen, sind in Berlin selbst ausführlich beschrieben worden.

Vietnam

Die Demobilisierung nach den Notstandsstreiks hatte nicht nur Gründe, die aus dem Ende einer Protestphase und der unzureichenden und widersprüchlichen Argumentation in der Verabschiedungsphase resultierten. Die Demobilisierung ergab sich auch aus einem Bewußtsein der Studenten heraus, die sich emphatisch internen Problemen der Metropolen zugewandt hatten und eine fast moralische Hinwendung zum Proletariat vollzogen. Nachdem die Kontaktaufnahme mit jungen Kollegen und Betriebsgruppen zwar organisatorisch sich z. T. stabilisieren konnte, blieb die spektakuläre, angesichts der französischen Revolte im Mai/Juni verständlicherweise erhoffte Massensolidarisierung aus.

Liberales Bewußtsein mit moralischer Protestmotivation produziert schnell genug resignative Tendenzen.

Wenn reflektiert wird, wie wesentlich für die Konstitution von Protestbereitschaft in den letzten Jahren die Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Aggressionskrieg der USA in Vietnam, die Identifikation mit den sozialrevolutionären Bewegungen der Dritten Welt war, kann die Demobilisierung gerade von Studenten im Sympathisantenfeld des SDS nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklung der Vietnam-Kampagne erklärt werden; das gerade auch, weil in der spezifisch anderen Situation der USA eine ähnliche Demobilisierung von Teilen der Antikriegsbewegung sich ergab. Die Demobilisierung aktiver Protestbereitschaft muß, neben einer gewissen Stagnation internationalistischen Bewußtseins, parallel zu gewisser Stagnation der Befreiungsbewegungen, erklärt werden als Folge einer falschen Einschätzung der Pariser Vietnam-Gespräche.

Sowohl in den USA als auch in der BRD, hier besonders mit Hilfe der liberalen Presse vom Schlage der Frankfurter Rundschau, ist es gelungen, eine Stimmung zu erzeugen, die den Friedensschluß angesichts der so offensichtlichen Friedensbereitschaft der USA schon in greifbare Nähe gerückt sehen will, um den reluktanten Vietnamesen die moralische Schuld für die Fortdauer des Krieges endlich in die Schuhe schieben zu können.

Strategisch wichtiger werden demgegenüber die fachbezogenen Initiativen am Arbeitsplatz der Studenten, wenn auch das Zurückfahren auf Fachgruppenbildung im SDS, wie es z. B. in Göttingen in der Diskussion ist, nicht schon als Lösung der eigentlichen Organisationsfragen des SDS angesehen werden kann.

Die Kritischen Universitäten, trotz der kritischen Einschätzung der letzten DK an einigen Orten (z. T. auf Initiativen von „Studentenpolitikern" hin, ohne den SDS) entstanden, haben in den Auseinandersetzungen an

den Universitäten keine entscheidende Bedeutung gehabt. Die Gefahr der Entwicklung zur Volkshochschule, zum bloß korrigierenden Additiv zum regulären Universitätsbetrieb, war auch in Berlin nicht immer bewußt kontrolliert.

Institutsbesetzungen, Übernahme von Vorlesungen in aktueller Konfrontation, Umwandlungen von kritischen Arbeitskreisen in Gegenvorlesungen und Seminare werden, so scheint es nach der Entwicklung der letzten Monate, am ehesten in der Lage sein, massenhafte Mobilisierung der Studenten organisatorisch nicht ohne Folgen zu lassen.

Der Kampf der Befreiungsfront wird von ihr selbst nicht als durch die Pariser Gespräche entscheidbar angesehen. Die Genossen der FNL haben bei unseren Gesprächen und Treffen am Rande des Sofioter Festivals uns als ihre politischen Waffenbrüder gebeten, auch an der zweiten Front (wie sie die US-Deserteure genannt haben) im Kampf nicht nachzulassen. Dazu sollte diese DK die entsprechenden Aufklärungsaktionen zu den Pariser Verhandlungen beschließen. Ein Aspekt der Vietnam-Kampagne des SDS, der eine Konkretisierung anstrebte, die durch die Präsenz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik vorgegeben war, muß hier gesondert aufgeführt werden. Die Erfolge dieser Aktion, beispielsweise der Verteilung des Informationsflugblatts für die GIs (Of course, some GIs want to go to Vietnam), das wir hier in Frankfurt entwarfen, sind, darf man den ausgesprochen zahlreichen Presseberichten des Auslands glauben, einigermaßen eindrucksvoll.

Aus erklärlichen Gründen waren diese Aktionen nicht immer im gewohnten Öffentlichkeitsrahmen zu propagieren. Die westdeutsche Presse, fast ohne Ausnahme, hat mit ihrem Aussparen auch des gänzlich zugänglichen Bereichs in ihrer Berichterstattung die geheime Zensurpolitik der offiziellen Stellen der BRD übernommen.

Dort wo Studentenschaften und Gruppen des Verbandes, entsprechend dem VDS-Beschluß zur Desertionspropaganda zur Verteilung von offenen Desertionsaufrufen übergingen, trafen sie auf den massiven Eingriff der poltischen Justiz. Besonders die Prozesse gegen Heidelberger Genossen müssen hier erwähnt werden.

Signifikant für die öffentlichen Verdrängungsmechanismen ist, daß in diesen Fällen zaghaft-kritisch die Justiz als Büttel der USA interpretiert wird, um nur den Kontext zur übrigen politischen Justiz in der BRD zu zerstören. Daß faktisch die Eskalation der Bombardierungen seit der spektakulären Gesprächsofferte Johnsons keineswegs irgendeine Abmilderung erfahren hat, brauchte im SDS eigentlich nicht erwähnt zu werden, wenn nicht neuerdings Gruppen in die Lage geraten wären, plötz-

lich nicht mehr selbstbewußt Pressekampagnen wegen irgendeines adligen Legationsrats entgegentreten zu können.

Im Vordringen unreflektierten Moralisierens gegenüber dem Krieg in Vietnam (wie es auch von Spiegel/Zeit & Co. im Fall Biafra parallel dazu hergestellt wird) wird Oberflächlichkeit und mangelnde Kontinuität der Aufklärungsarbeit des SDS sichtbar. Was in Aktionen immer weiter bis zum Sturm auf Konsulate und Amerika-Häuser sich radikalisierte bis zu einem Grad, der nicht ohne immense politische und organisatorische Schwierigkeiten weiter zu steigern war, erwies sich nicht gleichzeitig als theoretisch vertieft und stabilisiert in seinem Engagement.

Die Massendemonstrationen gegen die US Aggression bereiteten schon am 21. Oktober 1967 (gerade auch in Westberlin) den Rückzug von intensiver Aufklärung über Vietnam vor und richteten sich mit neuer Emphase gegen die europäischen Machtstrukturen selbst. Die Parole „Die NATO ist unser Vietnam" der italienischen Genossen verbreitete sich auch im SDS. Diese Wendung war prinzipiell richtig und in ihrer ausschließlichen Beschränkung auch durch die begrenzte Arbeitskraft der Gruppen motiviert.

Auch der westberliner Vietnam-Kongreß vom 17./18. Februar nahm nicht wirklich Aufklärungsfunktionen wieder auf oder konkretisierte wirklich relevante Aktualisierung des anti-imperialistischen Kampfs, sondern beschränkte sich im wesentlichen auf die phantasiereich drapierte organisierte Akklamation. Impulse für die Arbeit der Gruppen oder ihre theoretische Diskussion gab er wohl kaum. Die Versuche zur Legitimation der weiteren Präsenz der USA in Vietnam bei aktiver Friedensbereitschaft beginnen, besonders seit der in traditionell antikommunistische Clichés sich einpassenden offiziellen Hysterie nach der Intervention in der CSSR, dem Legitimationskontext unserer Arbeit schwer zu schaden.

Es ist in diesem Rechenschaftsbericht auch an anderen Stellen schon von der Zunahme der Repression und der politischen Verfolgung gegen die Studentenbewegung, besonders den SDS, und die gesamte außerparlamentarische Opposition die Rede. Es ist nicht notwendig, die Diskussion unserer koordinierten Gegenstrategie, wie sie gestern von Vertretern der Gruppen begonnen wurde, hier fortzusetzen. Es soll aber nicht versäumt werden, die Relevanz der Verlagerung der Auseinandersetzungen auf legalistische Ebenen für die Arbeit des SDS zu konstatieren. Die Versuche zur Vereinzelung der Genossen über massive Einschüchterung sind teilweise statt in politischer Diskussion aufgenommen zu werden, verdrängt worden. Es ist auch wesentlich Aufgabe der Gruppen, die Verurteilung von Anti-Springer-Demonstranten bei gleichzeitiger weiterer Ver-

schärfung der Pressemanipulation in ungestörten Gerichtsverfahren weiter ordentlicher Gerichte mit weiter in juristischen Fakultäten fachidiotisch Ausgebildeten zu verhindern. Eine Kampagne zur politischen Justiz wird neben der Organisierung gegenseitiger Hilfe die politische Entlarvung der Herrschaftsfunktionen der Justiz zu leisten haben.

Zur *Organisation des SDS* einen gesonderten Abschnitt zu formulieren, kann nur den Sinn haben, die politische Entscheidungssituation organisatorisch zu präzisieren. Jede Bestimmung der Organisationsfrage unter bloß technischen und formalen Aspekten wäre absurd und belanglos angesichts der entstehenden neuartigen Oppositionsbewegung. Dagegen kann es zur Klärung beitragen,die Überwindung tradierter Organisationsformen des Verbandes an den alten Strukturen und den neuen Ansätzen klarzustellen. Seit etwa 1959/60 organisierten die SDS-Gruppen einigermaßen kontinuierliche und meist akademische Arbeitskreise, die sowohl die politischen Kampagnen aufarbeiteten wie die Notstandsopposition und die Ostermarschbewegung, als auch Strategiediskussionen führten, die zu einer Selbstverständigung nach der sozialdemokratischen Phase beitrugen, ohne zunächst praktisch relevant zu werden. Der Verband stellte sich zwar nicht als geschlossenes Gebilde aber als politischer Zusammenhang mit überregionaler Diskussion dar; entsprechend repräsentierte der BV weitgehend die Verbandspolitik. Mit dem Beginn der Protestbewegung, besonders in Berlin, wurden diese Formen in Frage gestellt. Während der letzten Bundesvorstandszeit von Schauer/Dabrowski wurden provokante Aktionen noch im Namen der Verbandspolitik administrativ abgewehrt; die Formen der Kongreß- und Bündnispolitik definierten die taktischen Prinzipien des Verbandes. Die berliner Praxis der Radikalisierung und Mobilisierung, also der Beginn der Protestbewegung, bestimmte jedoch zunehmend auch die westdeutschen Gruppen. Diesen Prozeß hat der Bundesvorstand Reiche/Gäng durch eine intensive Kommunikation des Verbandes über die SDS-Korrespondenz und über die politische Initiative in den Gruppen qua Vietnam- Kampagne etc. unterstützt.
Mit dem Manifesten Übergreifen der Protestbewegung nach dem 2. Juni auf Westdeutschland, zunächst noch in moralischer Form, begann die Phase der Mobilisierung für fast alle Gruppen. Ausgehend von der DK 67 übernahm der SDS die Initiative bei der Konstitution der antiautoritären Bewegung durch Aktionen, die wesentlich zwar im Rahmen der Hochschulen stattfanden, aber nicht hochschulpolitisch im borniertenSinn mehr zu nennen waren. Was sich vorher schon vorbereitet hatte, kam jetzt organisatorisch in zweifacher Hinsicht

zum Ausdruck: Der Bundesvorstand wurde entsprechend dem ganzen Verband als organisatorische Einheit im strengsten Sinn zu einer relativ abstrakten, formal-repräsentativen Institution. Besetzt als Kompromißgremium ohne einen kollektiven politischen Arbeitszusammenhang war der BV von vornherein als administrative Institution definiert. Zweitens wurde in den Gruppen die überlieferte Struktur angegriffen und teils überwunden. An die Stelle eines festen Gruppenvorstandes trat häufig ein praktisches Aktionszentrum z. B. in Form der Projektgruppe, wie sie auf der letzten Delegiertenkonferenz zwar fetischisiert aber wirksam propagiert wurde. Zumindest verlagerte sich die Arbeit auf Aktionen, in denen die überlieferten Organisationsformen, zeitweise auch die theoretischen Arbeitskreise belanglos und überflüssig wurden; die Gruppen definierten sich organisatorisch durch permanente Aktionen. Diese Dezentralisierung des Gesamtverbandes SDS und die Akzentuierung der einzelnen Aktionskollektive in den Gruppen wurde durch keinerlei regionale Kooperation, wie sie auf der Delegiertenkonferenz und vom Bundesvorstand gefordert worden war, ergänzt. Eine überregionale Diskussion schließlich brachte der BV weder vor und schon gar nicht nach den großen Aktionen und Pfingsten zustande. Unter den objektiven Bedingungen der Dezentralisierung und des Aktionsdrucks hat der BV auch subjektiv keine ausreichenden Initiativen entwickelt. Die drei Beiratsmitglieder waren an ihren Orten völlig in ihrer Arbeit ausgelastet; die Bundesvorsitzenden konnten ihre Funktion für den Gesamtverband wesentlich nur nach außen erfüllen. Wenigstens für die innere Kommunikation, etwa für die SDS-Korrespondenz, hätte mehr Energie aufgebracht werden müssen.

Komplementär durch die Personalisierung auf den Genossen Dutschke durch die Massenmedien, zwar auch ein Element von zumindest propagandistischer Vereinheitlichung, waren die Gruppen fast völlig voneinander isoliert. Das heißt nicht, daß sie nicht in einer gemeinsamen politischen Tendenz und unter gemeinsamen Prinzipien gearbeitet hätten. Nur wurden diese nicht gemeinsam formuliert und organisiert. Unter diesen Umständen verstärkte sich auch die Ungleichzeitigkeit zwischen den großen und kleinen Gruppen. Die neue Qualität der Protestbewegung kam in den kleinen Gruppen nur äußerlich zum Tragen, während gegenüber den spezifischen Möglichkeiten nicht-reformistischer Praxis zuweilen völlige Orientierungslosigkeit herrscht, was sich an hochschulpolitischen Aktivitäten besonders zeigen ließe.

In Berlin realisierte sich nach der Massendemonstration am 21. Oktober vage Ansätze einer Syndikalisierung von außeruniversitären Gruppen;

die Problematik von Interessenpolitik und organisatorisch qualitativer Arbeitsteilung der Opposition wurde damit vordringlich. Später, nach den Springerblockaden bei der Vorbereitung des 1. Mai, schien eine organisatorische Lösung in der Basisgruppe ansatzweise gegeben, ohne daß der Anspruch kontinuierlicher Arbeit durchgehalten werden konnte.
In dieser Situation der Ungleichzeitigkeit sollte die derzeit vorpolitische Verbandseinheit des SDS durch die a. o. DK im März wieder als politische hergestellt werden. Die einzige SDS-Korrespondenz des Jahres wie die a. o. DK selber, waren jedoch thematisch mit der Parlamentarismus-Kritik relativ abseitig angelegt. Politische Diskussion als aktuelle Formulierung der eigenen geschichtlichen Situation wurde völlig verdrängt; die berliner Position war apologetisch an der wie immer auch fortgeschrittenen eigenen Praxis fixiert und unfähig zur Formulierung präziser strategischer Bestimmungen, während der BV eine zwar organisatorisch gewendete, aber zentristisch und deshalb abstrakte Argumentation vertrat. Was an neuen Ansätzen der Ausweitung und Radikalisierung der Opposition im SDS selbst zu einer Entscheidungssituation führte wurde nicht formuliert und reflektierte sich bald nur blind in der diffusen Situation der DK.
Die einzelnen Organisationenversuche der verschiedenen Gruppen auf verschiedenen Stufen, wie sie formalisiert in der BV-Resolution vom März beschrieben wurden — Projektgruppen, Kontaktgruppen, Basisgruppen, Institute, Klubs —, müssen in ihrem konkreten politischen Zusammenhang von den Gruppen selber auf dieser DK diskutiert werden. Hier kommt es nur darauf an, die gemeinsame Tendenz und deren Bedeutung für eine organisatorisch relevante Entscheidung des gesamten Verbandes darstellen.
Die aktionsbezogenen Kollektive waren während des Wintersemesters in aller Regel der Hochschulrevolte angemessen organisiert, es gab sogar eine erste Konsolidierung trotz des Aktionsdrucks. Die Springer-Blockaden überforderten jedoch wenigstens einige der Gruppen besonders in dem Sinn, daß die anschließende Phase der Kontakte mit jungen Arbeitern und Angestellten kaum anders als oberflächlich propagandistisch bewältigt werden konnte. Der Sternmarsch leistete im Sinne einer Konsolidierung auch keine Dienste, umso schwächer begannen mit wenig bewußten Perspektiven die Notstandsstreiks. In ihrem Verlauf wurden die wesentlichen organisatorischen Zusammenhänge schließlich auch unterm allgemeinen subjektiven Eindruck der politischen Ohnmacht zersetzt. Die permanenten Gefahren etwa der Privatisierung wurden unmittelbar akut. Das gilt auch für Berlin, obwohl die Notstandsstreiks dort kaum eine

Rolle spielten und eine halbherzige Hochschulrevolte keine politische Mobilisierung, aber desto mehr organisatorische Auflösung bedeutete.

An dieser Stelle muß die relativ eingegrenzte Darstellung politisch erweitert werden. Die Kontinuität, wie sie sich in diesem Abschnitt in der Ausweitung der Protestbewegung zeigte, hat sich keineswegs mechanisch durchgesetzt. Im Gegenteil hat es bis heute erhebliche Widerstände gegen die antiautoritäre Bewegung im SDS gegeben. Als ein positives Element der Politisierung gab es Fraktionskämpfe freilich auch zuvor. Die qualitativ neue Phase ist aber durch die praktische Ausweitung und Bedeutung der Protestbewegung definiert, d. h. die folgenlose Fraktionsspaltung in der akademischen Phase gefährdet nun die Aktionseinheit. Die Aktion konstituiert aber wesentlich die Oppositionsbewegung nachdem sie ihre latente Phase überwunden hat. Die praktischen Konsequenzen eines solchen Richtungskampfes zeigen sich am deutlichsten in den Gruppen München und Köln. In München haben sie inzwischen zur faktischen Auflösung des SDS geführt, während in Köln die verfestigten Gegensätze die Gruppe ständig zu paralysieren drohen. Auf Verbandsebene schließlich wiederholten sich diese Gegensätze auf dem Sofia- Festival. Zwar wird in der Diskussion um den Ausschlußantrag des Bundesvorstandes gegen fünf Genossen die Argumentation noch in extenso darzustellen sein, es ist jedoch notwendig, hier bereits den Bezugsrahmen für den Verbandsausschluß zu definieren. Es sind nicht satzungs- oder programmdefinierte Prinzipien, die die Protestbewegung tragen, sondern praktische Prinzipien, wie sich in den Aktionen herausgebildet haben. Sie orientieren sich an geschichtlichen Ansprüchen revolutionärer Politik, die unmittelbar und kompromißlos exemplarisch realisiert werden und eine Moral politischen Verhaltens konstituieren, die in Kategorien von z. B. traditioneller Bündnispolitik nicht mehr begriffen werden kann. So vage diese Prinzipien scheinen, so sehr haben sie praktische Relevanz inzwischen erlangt. Sie bestimmen die Einheit und geschichtliche Tendenz der Oppositionsbewegung.

Die Entscheidungssituation des SDS ist in Grundrissen herausgearbeitet. Sie wird bestimmt von der Ambivalenz von einerseits produktiver, positiver Überwindung tradierter Organisationsformen und andererseits von Organisationselementen überhaupt. Daraus ergibt sich, daß das Problem der Zentralisierung im SDS durch keine abstrakte Stärkung des Bundesvorstandes als Institution gelöst werden kann. Der politische Prozeß einer organisatorischen Vereinheitlichung des Gesamtverbandes kann auf dieser Delegiertenkonferenz nur beginnen; er wird von der Initiative des nächsten Bundesvorstandes in Gruppen wesentlich abhängen. Ent-

scheidende Bedingung einer weiteren prozessualen Bildung von informellen Kadern in den Gruppen wird ein festes arbeitsteilig organisiertes Kollektiv auf Verbandsebene sein.
Unter dieser Perspektive beginnt nach der notwendigen Phase der antiautoritären Mobilisierung jetzt die organisatorische Weiterentwicklung und Konsolidierung der Protestbewegung als Organisation des offensiven Widerstands.

Der SDS als Hochschulorganisation
Zur Beziehung von Projektgruppe und Hochschulrevolte in Frankfurt

Bis zum Sommer 1967 war der SDS in Frankfurt ein für viele Gruppen in der Bundesrepublik exemplarischer sozialistischer Intellektuellenverband geblieben, obwohl er von Berlin angeregt, aber doch auf andere Weise im WS 66/67 seine ersten Gehversuche in die zukünftige antiautoritäre Richtung gemacht hatte (etwa in dem Soziologenstreit um die „Neuordnung" des Soziologiestudiums mit Habermas, Friedeburg und Adorno oder in der radikalen Vietnamdemonstration vom Februar 1967). Durch die Ereignisse vom 2. Juni wurde auch er vor die Notwendigkeit gestellt, seine theoretischen Kenntnisse über die Entwicklung der BRD in eine praktische Aufgabenstellung der sozialistischen Studenten zu übersetzen. Die alte Organisationsstruktur (Mitgliederversammlungen — Gruppenvorstand) war keineswegs in der Lage, den Protest der durch die Protestwelle der Studenten engagierten Jugend in eine konkrete Praxis umzusetzen.

Auf der 22. o. DK war deutlich geworden, daß der SDS arbeitende Gruppen zu gründen hatte, die das Engagement der Studenten in einen konkreten Bezugsrahmen zu ihrem sozialen Alltagsleben zu vermitteln hatte. Im SDS Frankfurt wurde eine Projektgruppe, die sich als theoretisches Arbeitsthema die Organisationsfrage im revolutionären Sozialismus stellte und sich als praktisches Ziel setzte, den allgemeinpolitischen Protest in die Alltagsinstitution Hochschule hineinzutragen, gegründet. Die Arbeit der Projektgruppe zerfiel oberflächlich gesehen in zwei Teile. Konstant mußte sich — das war die Voraussetzung ihrer Arbeit — ein minimaler Personenkreis (in der Praxis waren es etwa 15) zu einem fixen Termin treffen. Der allgemeinpolitische Protest gegen die in den Zentren des gesellschaftlichen Lebens sich vollziehende Faschisierung wurde zunächst mit der Hochschule auf einer allgemeinpolitischen Ebene planmäßig verbunden — als Protest der Entpolitisierung der Lehrinhalte. Konkrete Gestalt nahm er an bei den Go-ins in die Vorlesungen des Notstandsplaners Carlo Schmid und Iring Fetschers, der dem SDS für eine Anti-Springerveranstaltung an der Uni Räume und Geld verweigert hatte. Die Universitäts-

administration antwortete mit dem bekannten Faschismus- und Terrorvorwurf, mit der Androhung von Disziplinarverfahren und der bis heute nicht aufgehobenen Suspendierung des SDS; der Hessische Staat mit der Intensivierung der autoritären, von oben aufgezwungenen Hochschulreform. Der SDS konnte mit seiner *zentralen* Projektgruppe diese zentrale Offensive gegen die Apolitisierung der Universität auffangen. Der Terror- und Faschismusvorwurf machte die ideologische Auseinandersetzung mit den angeblich „Liberalen" Autoritäten und ihrem Anhang bei den Studenten notwendig. Der SDS entlarvte den Faschismusbegriff des Frankfurter Rektors, des Soziologen Rüegg, exemplarisch als Teil der liberalen Ideologie, die solange Gewaltlosigkeit suggeriert, bis die etablierten Machtpositionen gefährdet werden — ist dies der Fall, so reagieren diese liberalen Herren mit Disziplinarmaßnahmen, Strafverfahren, Aussperrung, schließlich mit dem Einsaz unmittelbarer staatlicher Gewalt. Die Reaktionen dieser lächerlich gemachten und bloßgestellten Charakterfiguren auf die direkten Aktionen bestätigten jedesmal das in der Agitation vermittelte und reproduzierten so die antiautoritäre Bewegung, die die Diskussionen in alle wichtigen Vorlesungen weitertrug und dort weitere Studenten mobilisierte. Der SDS konnte nun von der allgemeinen Politisierung zum Angriff auf die Machtpositionen in der Universität übergehen:

Er sprengte das Professorenkonzil, das eine neue Satzung vorbereiten sollte. Anschließend belagerte man 4 Stunden eine Senatssitzung, wobei sich zum erstenmal 2000 Studenten in der Universität für ihre organisationsbedürftigen Interessen engagierten, weil diese Aktionen die Macht einer bewußtgewordenen Studentenschaft demonstrierten. Trotz dieser politischen Erfolge gelangte der SDS im Wintersemester in eine Sackgasse. Er hatte in allen Auseinandersetzungen ehemals bürgerliche Forderungen reaktualisieren müssen: *Öffenlichkeit und herrschaftsfreie Diskussion.* Der Verwertungszusammenhang der Wissenschaft unter den Bedingungen des Spätkapitalismus mußte immer äußerlich bleiben — das ergibt sich notwendig aus einer isolierten sozialistischen Hochschulpolitik.

Da uns oder den politisierten Studenten insgesamt es nicht gelang, eine allgemeine, über den SDS hinausgehende Organisationsform der Studentenbewegung zu finden, wurde aus der Struktur der Bewegung heraus, deren einziges Organisationsprinzip die öffentliche Diskussion in den teach-ins war und blieb, die kleine Zahl der besten SDS-Agitatoren in die Rolle von „Studentenführern" gedrängt, deren Aufgabe es war, bei jeder Versammlung und Aktion die Radikalität der Bewegung zu produzieren und zu reproduzieren. Dadurch war die Avantgardeposition des SDS in

der Agitation gesichert, aber damit entstanden zugleich die Bedingungen für die in Zeiten der Aktionsflaute auftretende Passivisierung der Studenten. Auf die SDS-Organisation zurückbezogen blieb das Ergebnis: 15 Genossen waren permanent in der Arbeit der Projektgruppe engagiert (ich lasse das ungeheure Schwergewicht, das auf den führenden Agitatoren lastete, zunächst beiseite), 40 bis 50 Genossen wurden zeitweilig in die Organisation der Agitation und Propaganda mithineingezogen, der Rest der großen SDS-Gruppe Frankfurt wurde oder blieb Claque. Im Widerstand gegen die fachspezifische Einführung von Zwischenprüfungen wurden die eben erwähnten restlichen Genossen objektiv auf eine fachspezifische Borniertheit zurückgedrängt, obwohl ihre Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt dennoch von großer Bedeutung waren. Organisationstheoretisch gelangte die Projektgruppe nur zu Problematisierung, nicht zu Lösungen [1]: Alle Parteiorganisationen des revolutionären Sozialismus bezogen sich auf die Arbeiterklasse, mit deren Problematisierung im Spätkapitalismus problematisiert sich auch ihre Organisationsform. Als Maximen blieben nur die Notwendigkeit einer solidarischen Organisation und die der Verbreiterung in die lohnabhängigen Massen.

Theoretisch plante man für den Sommer 1968 in Frankfurt drei Projektgruppen: Fortsetzung der alten Projektgruppe, die nun logischerweise zur Klassentheorie übergehen sollte, eine Ruhrgebietsprojektgruppe (die sich sehr schnell auflöste; warum, ist hier nicht zu erörtern) und eine Betriebsprojektgruppe. Deutlich zeichneten sich nun die Probleme der alten Projektgruppe ab: 1. Sie hatte zu wenig Genossen in die zentrale Arbeit des SDS hineingezogen, so daß eine Zellteilung nicht möglich war und die Betriebsprojektgruppe dadurch naturwüchsig zunächst an die Peripherie gedrängt wurde. 2. Sie hatte übergroßen Druck auf die Aktivsten der Aktiven gehäuft, so daß deren private Existenz zusammenzubrechen drohte. 3. Durch die Fetischisierung der neuen Organisationsform Projektgruppe war die Schulung in revolutionärer Theorie absolut verdrängt worden. Punkt drei versuchten wir zu lösen, indem wir einen zentralen Mammutarbeitskreis, geleitet von vier Genossen, durchführten zur Einführung in die revolutionäre Theorie; die Auswertung dieses Arbeitskreises gehört nicht zu diesem Thema, ich nenne ihn nur als wichtigen Faktor zur Aufrechterhaltung der Kontinuität der Ausbildungsarbeit innerhalb des SDS.

Das Attentat auf den Genossen Dutschke häufte auf die damals einzige arbeitsfähige Gruppe des Frankfurter SDS, die Projektgruppe I, eine

[1] Selbstverständlich ist das von mir genannte Resultat nicht identisch mit dem Inhalt der theoretischen Diskussion, die in der Projektgruppe geführt wurde.

solche Menge an Aufgaben, daß wir zur Lösung von Punkt zwei, der „Einbeziehung des Privatlebens in die politische Organisation", nicht kommen konnten. Da die Projektgruppe anschließend den Übergang von Anti-Springeraktionen auf die Notstandskampagne mit zu strukturieren hatte, gelangte sie gar nicht zu ihrer spezifischen Rekonstituierung, sondern die Individuen wurden einzeln in den permanenten Massenmobilisierungen verheizt. Auf dem Höhepunkt der Notstandsaktionen erschien die Betriebsprojektgruppe an der Spitze der konkreten Arbeit, bei der Politisierung der Arbeiter, bei der Werksagigation usw. — obwohl sie schon lange vorher Beziehung zu Betrieben geknüpft hatte, wurde ihre Arbeit jetzt erst evident. Der SDS konnte nun die Gelegenheit wahrnehmen, die Universität, die der Rektor nach den Notstandsstreiks geschlossen hatte, zu besetzen und die Alltagsbasis zum konkreten Alternativmodell umzugestalten. Die „Politische Universität" konstituierte sich innerhalb von drei Tagen; die zahllosen Diskussionen, der fachspezifisch bornierte Widerstand zur Zeit der Verengung der Hochschulpolitik — wie ich es vorhin nannte — zahlten sich nun auf dem veränderten Aktionshintergrund aus: in der Produktion eigener Vorstellungen von einer gegen den autoritären Staat arbeitenden Wissenschaft. [2]

Die Politische Universität wurde nicht durch ein SDS-Gremium zentral gelenkt. Der SDS versuchte mit anderen Gruppe und Individuen, eine Idee in die Praxis umzusetzen. Es wäre seine Aufgabe gewesen bei der Mannigfaltigkeit der Sektionen und der unter sie subsummierten Seminare, Organisationsformen herauszubilden, die der aktiven sozialistischen Studentenschaft angemessen gewesen wären (ich meine: eine Organisationsform über den SDS hinaus). Dieses war in einem Streikkomitee aller aktivierten Studenten versucht worden, dessen zufällige und ständig fluktuierende Zusammensetzung eine konsequente politische Arbeit verunmöglichte. Nur eine, wie wir es dann versuchten, aus den zu organisierenden Inhalten bestimmte Gruppe von Aktiven, die von den aktivierten Massen hätte kontrolliert werden können, konnte in diesem Augenblick allein als studentisches Gremium funktionieren. Die willkürliche Zerschlagung der Politischen Universität durch die Hessische Staatsgewalt hat die Probe aufs Exempel verhindert.

Die Politische Universität, die wir in den Tagen der Uni-Besetzung errichten konnten, stellt für uns heute noch ungelöste Probleme. Wie eben

[2] Ich setze die Fakten der Universitätsbesetzung und die Inhalte der Politischen Universität voraus. Andernfalls ist auf das Buch „Universität und Widerstand", Frankfurt a. M. 1968, das sich ausschließlich mit der Politischen Universität beschäftigt, hinzuweisen.

erwähnt, ist die allgemeine Organisationsstruktur der Politischen Universätit im unklaren geblieben. Diese ist auch nicht abstrakt zu entwickeln; denn vom ersten bis zum letzten Tag der Politischen Universität haben wir sie organisiert als *praktische* und zugleich *theoretische* Kampfmaßnahme gegen den autoritären Staat. Löst man aus dieser Selbstaufklärungsinstitution eins der beiden Momente heraus, hätte man ihre grundlegende Struktur selbst zerstört. Als der Hessische Staat uns machtpolitisch matt gesetzt hatte, wäre es unmöglich gewesen, die Politische Universität fortzusetzen. Ihrem gefährlichen Charakter gegenüber der Ordinarienuniversität als Totalitätsanspruch einer Organisation mündiger und politischer Wissenschaftler konnte sie nur in ihrer Latenz behalten; als marxistisches Studium generale neben dem Lehrbetrieb fiele die Bedrohung der etablierten Universität hinweg. Aus dieser nun notwendig gewordenen Latenz ergibt sich auch die Unmöglichkeit, ein Verfassungsmodell für ihr Wiedererscheinen vorzubereiten.

Auf der Stufe der Antiadministrationsrevolte (also WS 67/68) entsprach die Projektgruppe in ihrer Zentralisiertheit dem Gegner; wo es aber wie bei der Errichtung der Karl-Marx-Universität galt, konkrete Formen unserer politischen Selbstverständigung positiv und emanzipatorisch zu organisieren, konnte die alte Hochschulprojektgruppe als Gruppe nur wenig leisten. Der SDS reagierte als Gruppe auf die Zerschlagung der Politischen Universität — noch bestimmt von den Sommeraktionen — mit der Gründung einer „Basisgruppe Hochschule", die alle kritischen Studenten umfassen sollte, die die schon erwähnte fortbestehende Drohung der Politischen Universität an ihre Institutsbasis tragen wollten. Die Uneinheitlichkeit der Bewußtseinsstrukturen produzierte gerade in den Zeiten der Aktionsflaute die größten Hindernisse: Das bis heute noch ungelöste Problem der Zentralisierung und Dezentralisierung einer Hochschulrevolte und ihrer angemessenen Organisationsform potenzierte sich deutlich. Nur bei den Germanisten kam es gegen einen Professor zu einer fachspezifischen Revolte, die aber an der fehlenden Unterstützung der zurückgebliebenen Fächer litt.

Wieder begegnen wir, allerdings auf einer anderen Stufe, denselben Gefahren, die wir am Ende der ersten Phase der Hochschulrevolte (WS 67/68) in Frankfurt konstatierten. Die Vertiefung der Hochschulrevolte verlangt ein noch fachspezifischeres Arbeiten, als es damals auf dem zentralen Niveau der Kritik an Bürokratie und Ministerien schon nötig war — auf der anderen Seite stehen wir vor der Notwendigkeit, uns nicht hochschulpolitisch borniert zu verhalten, wie es bei formalisierten Forderungen nach Drittelparität und Institutsverfassungen schnell

geschehen konnte. Um diesen Gefahren zu entgehen, ist erneut eine Umorganisation unserer Gruppe notwendig geworden. Sie wird hochschulpolitisch, allgemeintheoretisch und auf der Betriebsebene zu arbeiten haben, sie wird ihre Mitglieder schulen müssen, Kader heranbilden und mehr Genossen in die aktive Arbeit verwickeln. Wir haben mehrere Projektgruppen zu gründen. Dabei wird für uns problematisch sein, bei möglichst großer qualitativer Arbeitsteilung einen Zentralisierungsmodus innerhalb der Gesamtgruppe zu finden, der die Isolierung der Projektgruppen gegeneinander verhindert. In den einzelnen arbeitenden Gremien besteht nach wie vor das alte Problem, eine emanzipatorische und zugleich effektive Arbeitsformen zu finden.

Die Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967

1. *Zweck der Analyse*

Der SDS scheint, zumindest was seine größeren Gruppen betrifft, am Ende einer bestimmten Phase zu stehen: nachdem es ihm gelang, eine erstaunlich große Anzahl von Studenten zu mobilisieren, stellt sich ihm jetzt konkret die Frage der Organisation dieser Massen; er muß praktische Möglichkeiten finden, wie diese Massen, die aus der Aktion immer wieder in die Rolle des Publikums zurückzufallen drohen, zum festen Kern einer zukünftigen breiten revolutionären Organisation werden können. Das setzt eine Aufhebung der Trennung von Freizeitpolitik und bürgerlichem Studium voraus, die nur in einer politischen Organisation am Arbeitsplatz gefunden werden kann, welche Organisationsform allein über die Universität hinaus Bestand haben kann. Die Frage der Organisation entspringt nicht theoretischer Willkür, sondern wird durch die praktische Entwicklung der Studentenbewegung gestellt. Ihre Lösung setzt die Analyse dieser Entwicklung voraus. Wurde aber gerade durch die Hinwendung zur Praxis, die Arbeit der einzelnen Gruppen zum Konstituens des Verbandes, worüber auch die zentralen Aktionen des letzten Jahres nicht hinwegtäuschen können, dann wird erst die Analyse der Arbeit dieser Gruppen eine rationale Diskussion der Organisationsfrage auf Verbandsebene ermöglichen. Es zeigt die Schwäche des Verbandes und die Gefahr des Provinzialismus der einzelnen Gruppen, daß selbst dieses Minimum an Kommunikation zwischen den einzelnen Gruppen nicht vorhanden ist, das die Kluft zwischen abstrakter Theorie und diffusen Taktiken erst durch konkrete Analyse der Studentenbewegung in strategischer Absicht zu überwinden ermöglichen würde. Sollen die lokalen Studentenrevolten nicht als Strohfeuer verflackern, dann muß der Verband seine Koordinierungsfunktion wahrnehmen, was eine analytische Selbsttätigkeit der Gruppe voraussetzt. So erweist sich die Selbstreflexion der Gruppen als praktische Notwendigkeit nicht nur für diese selbst, sondern auch für den Verband. Der wichtigste Organisationsfaktor des SDS ist seine Analyse der revolutionären Bewegung und ihrer Bedingungen, die

es ihm bis jetzt ermöglichte, auch ohne zentrale Weisungen das jeweils Richtige und nicht allzu Widersprüchliches zu tun. Durch die Provinzialisierung der Gruppen wird selbst dieser organisierende Faktor der Analyse in Frage gestellt.

2. *Sommersemester 1967; 2. Juni*

Während der Tage nach dem 2. Juni 1967 war der Heidelberger SDS in innere Fraktionskämpfe verwickelt, die sich einerseits aus kontroversen Stellungnahmen zum arabisch-israelischen Konflikt, andererseits aus verschiedenen strategischen Vorstellungen ergaben. Einem opportunistischen Flügel, der auf der pro-israelischen Solidaritätswelle mitzuschwimmen gedachte und jede Praxis in akademischer Skepsis verwarf, stand eine Minderheit von Genossen gegenüber, die in der Strategie das Konzept der späteren Mehrheit der 22. DK vertraten. Der Konflikt innerhalb der Gruppe, der ironischerweise als anti-autoritärer Aufstand gegen eine Minderheit aktiver Genossen erschien, und in sozialpsychologischen Kategorien diskutiert wurde, machte es unmöglich, bestimmend in die Diskussion der Studenten nach dem 2. Juni einzugreifen. Der 2. Juni führte deshalb nicht zu einer ersten Organisation des Widerstandes, sondern wurde mit einem Schweigemarsch und mit einer pluralistischen Protestkundgebung begangen. Der liberale Protest gegen die Polizei führte nicht zu einer Solidarisierung mit dem SDS, vielmehr wurde keines von dessen Mitgliedern in ein „Aktionskomitee" gewählt, daß sich zur Aufgabe machte, den 2. Juni und dessen Niederschlag in der Presse zu untersuchen. Eine Filmvorführung der Berliner Mahler-Kommission zeigte zwar ein weiteres Mal die Erregung innerhalb der Studentenschaft, — mehr aber auch nicht. Ein Vortrag des Genossen Dutschke ließ zwar quantitativ das Potential des SDS abschätzen, dessen Mobilisierung für Aktionen gelang aber im SS 67 keineswegs. Bei der Wahl zur Delegiertenkonferenz erlitt der antiautoritäre Flügel durch den akademischen eine Niederlage. Die Wahl zum Studentenparlament brachte für die Gruppe nur einen geringen Stimmenzuwachs, obgleich sich insgesamt eine Linkstendenz abzeichnete. Der ethische Protest gegen die Polizeimaßnahmen in Berlin konnte durch den SDS weder organisiert, noch durch geeignete Aktionen politisiert werden.

Eine Happening-Aktion bei den Feierlichkeiten der Rektoratsübergabe zeigte die Empfindlichkeit der Institution Universität; Ansätze zu einer kämpferischen Hochschulpolitik zeigte sie kaum. Im Wintersemester 67/68 erwies sich dann auch, daß eine weiterführende Politisierung der Studenten nicht auf hochschulpolitischem Gebiet zu erreichen war, sondern ledig-

lich über allgemein politische Protestaktionen, die zunächst aus der Universität hinausführten und auf diese nur indirekt zurückwirkten.

3. Vietnamdemonstrationen, Wintersemester 67/68

Hatte der Schweigemarsch als Antwort auf die Erschießung Benno Ohnesorgs alles andere als aggressive Züge, so wurde er für den SPD-Oberbürgermeister Zundel doch zum Anlaß, ein generelles Demonstrationsverbot für die Hauptstraße zu erlassen. Aus verkehrstechnischen Gründen sollten in Zukunft nur noch abgelegene Straßen für „studentische Demonstrationszüge" erlaubt sein. Eine Vietnam-Demonstration des SDS durch die Hauptstraße Anfang November wurde verboten. Der Schuß ging freilich arg nach hinten los. Die ca. 200 Demonstranten beschlossen nach Diskussion und Abstimmung die Demonstration wie geplant durchzuführen und zogen durch die Hauptstraße zum Amerikahaus. Eine mäßig vorbereitete Polizei, die sich zur Kette formiert hatte, wurde umgangen, danach der Balkon des Amerikahauses besetzt, ohne daß die Polizei eingriff. Nach einem teach-in, in dem u. a. die Übernahme des Amerikahauses durch die Studenten gefordert wurde, löste sich die Demonstration auf. Eine spätere Demonstration gegen das Kurras-Urteil richtete sich dann schon direkt gegen die Stadtverwaltung und stellte den OB nach Umgehung einer Polizeikette vor dem Rathaus zur Rede. Dieser gab sich liberal und versprach den Demonstranten, in einem teach-in das Demonstrationsverbot zu diskutieren. Die Anzeigen gegen zwei „rädelsführende" Genossen wurden freilich aufrechterhalten. Die 800 Studenten, die an dem späteren teach-in mit OB Zundell im Dezember teilnahmen, verabschiedeten eine Resolution gegen diese Strafanzeigen und forderten den halblinken AStA auf, Kampfmaßnahmen gegen das Demonstrationsverbot einzuleiten. Eine Mehrzahl der überhaupt politisierten Studenten war also zu diesem Zeitpunkt bereit, eine aktive Minderheit wenigstens dann zu unterstützen, wenn diese den Pressionen einer Stadtverwaltung ausgesetzt war, die sich mit deren liberalem Gerede und dem eigenen Vertrauen in die Verfassung nicht vertrugen. Der mehr oder weniger abstrakte Charakter der Vietnam-Demonstrationen blieb dennoch bestehen und dies im Grunde auch noch dann, als die Demonstrationen offensiver wurden und in einem Fall zur Konfrontation mit der deutschen Polizei und der amerikanischen MP führten. Gerade die Abstraktheit des Engagements und die Tatsache, daß der SDS die einzige Organisation war, die solche Protestaktionen durchführte und in ihrer Auseinandersetzung mit der Stadtverwaltung eine Position hatte, die durch die Verfassung legitimiert war, führte zu etlichen Neueintritten von

Genossen, die zunächst vor allem moralisch oder radikaldemokratisch motiviert waren. Die kleinen Ansätze von politischer Praxis führten andererseits dazu, daß die akademische Fraktion innerhalb des SDS sich zunehmend zurückzog oder auf ihre bisherigen Vorbehalte verzichtete.
Über einen kontinuierlichen Zuwachs der Mitglieder hinaus hatte diese Phase organisatorisch kaum Bedeutung: einerseits erwuchs aus den Erfahrungen der Demonstrationen eine gewisse Solidarität innerhalb der Gruppe, die durch politische Differenzen kaum getrübt wurde, andererseits konnte diese Solidarität ohne konkretes Kampfziel und — trotz der bürokratischen Schikanen der Stadtverwaltung — ohne eigentlichen Widerstand kaum zur Grundlage einer revolutionären Organisation werden. Die notwendige Agitations- und Vorbereitungsarbeit wurde von einzelnen Genossen geleistet, die Selbsttätigkeit der Gruppe bestand in regelmäßiger Teilnahme an teach-ins, Demonstrationen und in privater Lektüre. Der nach der DK eingerichtete Springer-Arbeitskreis traf sich zwar immer wieder, doch blieb seine Tätigkeit sowohl der Gruppe als auch der Studentenschaft völlig disparat. Die Vorbereitung der beschlossenen Anti-Springer Aktionen beschränkte sich auf den Plan einer allgemeinen Aufklärungskampagne, zu der es jedoch nicht kam. Reformistische und bloß gewerkschaftliche Tendenzen konnten damals schon deshalb nicht auftreten, weil es eine kontinuierliche Hochschulpolitik des SDS nicht gab und weil die Aktionen im luftleeren Raum blieben. Die politischen Studenten, auf Grund der spezifischen Bedingungen an der Universität gegenüber „unmenschlichen Auswüchsen" des Imperialismus sensibel, reagierten als *Staatsbürger*. Der Druck und die Frustration, die sie an der Universität erfuhren, trieb sie aus dieser heraus zum ethischen Engagement für das kämpfende vietnamesiche Volk Eine Vermittlung dieses Engagements mit der eigenen Lage an der Universität gelang schon deshalb nicht, weil die Universität diesen Protest nicht zur Kenntnis nahm. Sie bestand bestenfalls in einem vagen antikapitalistischen Gefühl, das durch allgemeine Hinweise auf die klassische Imperialismustheorie kaum zu praktischer Perspektive finden könnte. Für den SDS ergab sich daraus die Notwendigkeit, auch von ihm nur abstrakt *gewußte*, nicht aber praktisch vermittelte Zusammenhänge durch exemplarische Aktionen aufzuzeigen und damit erst konkrete Angriffspunkte herauszufinden.

4. *Stadthallenaktion*

Im Januar 1968 ergab sich die Möglichkeit zu einer Aktion, die über den bloßen Protest vor den verschlossenen Türen des Amerikahauses hinausging und die Verschleierungspraktiken der Bourgeoisie gegenüber

der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt direkt angriff. Der SDS plante, das exotisch aufgemachte Tanzfest, das das Auslandsamt alljährlich veranstaltet, seines beschaulischen Charakters zu entkleiden und den dort gaffenden Bürokraten und Kulturphilistern ihre verlogene Solidarität mit den ausländischen Kommilitonen zu verleiden. Die Aktion wurde durch mehrere Flugblätter, die die Funktion des Festes und die Kontrollaufgaben des Ausländeramtes denunzierten, vorbereitet und mit ausländischen Genossen abgesprochen. Es gelang dann zwar im Wesentlichen nur, die Veranstaltung zu stören, ohne daß im Saal selbst eine Diskussion hätte erzwungen werden können. Doch wurde mit später in die Vorhalle nachkommenden Kommilitonen ein teach-in über die Aktion abgehalten, das eine längere Kampagne gegen das Auslandsamt einleitete und die Selbstorganisation der progressiven Ausländer initiierte. Einer derselben erklärte sich als Sprecher der indischen Gruppe im Saal selbst mit unserer Aktion solidarisch und nahm damit den dort Versammelten das angenehme Gefühl, das Ganze als Exzeß einer isolierten Minderheit abtun zu können. Die Gruppe brachte diese Aktion insofern ein Stück weiter, als sie hier erstmals dem eigenen Universitäts- und Stadtetablissement unmittelbar in der Aktion gegenüber stand, und sie gleichzeitig gezwungen wurde, ihre spektakuläre Aktion in späteren teach-ins und Flugblättern zu rechtfertigen. Sie gewann Vertrauen in ihre eigene Argumentation und überwand die rein verbale Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt in Zusammenarbeit mit sozialistischen Ausländern und im Angriff auf die Universitäts- und Stadtbürokratie (Auslandsamt), die aus der Abhängigkeit der ausländischen Kommilitonen ein Fest der eigenen Gönnerhaftigkeit machen wollte.

5. *Hochschulpolitik*

Wie wenig die Vermittlung zwischen allgemeiner Politik und Hochschulpolitik gelungen war, zeigte sich bei dem von dem AStA ausgerufenen Hochschulstreik gegen den bevorstehenden Erlaß des baden-württembergischen Hochschulgesetzes. Obwohl diesem ein go-in des SDS bei einer „vorläufigen Grundordnungskommission" vorausgegangen war, und der Streik in der Woche der Pressionsversuche gegen den Vietnam-Kongreß in Berlin stattfand, gelang es nur unter dem Protest der Mehrheit der Studenten, das reaktionäre Hochschulgesetz in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu diskutieren. Die durch unsere allgemein politischen Aktionen mobilisierten Studenten nahmen offensichtlich an diesem vielstündigen teach-in nicht teil und die anwesenden Studenten, auf nur gewerkschaftliche Themen fixiert, die sie entweder technizistisch oder abstrakt

abgehandelt wissen wollten, waren jeder „Ideologie" entschieden abhold. Gleichwohl wurde eine relativ scharfe Resolution, die jedem Hochschulgesetz ohne Drittelparität und Öffentlichkeit für alle Gremien die Zustimmung versagte, angenommen. Ein Aktionskomitee zur Vorbereitung einer zentralen Demonstration vor dem Stuttgarter Landtag wurde gewählt in dem alle SDS-Kandidaten vertreten waren. Das teach-in, in dem der SDS durch scheinradikale Forderungen des LSD und einzelner Studenten überboten wurde, glaubte offensichtlich keineswegs an die Möglichkeit der Durchsetzung seiner Resolution und war doch zu einer Analyse dieser Aussichtlosigkeit nicht zu bewegen. Darin zeigte sich einerseits das Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Institution des Landtags, andererseits aber die feste Entschlossenheit, an deren Legitimität nicht zu rütteln. Entsprechend gering war die Beteiligung an der Stuttgarter Demonstration, die übrigens denselben ambivalenten Charakter zeigte. Zudem waren die Forderungen des SDS (Drittelparität, Öffentlichkeit) so abstrakt, daß sie von allen Studenten gestützt, aber von niemandem wirklich erkämpft wurden, lagen sie doch auf derselben bürokratischen Ebene wie das Gesetz selbst. Gerade das gewerkschaftliche Interesse der Studenten war auf dieser Ebene nicht wirklich mobilisierbar, weil der Druck offensichtlich sehr viel konkreter im Charakter der Lehrveranstaltungen, des Studienganges und der Prüfungsbedingungen empfunden wird, die weder durch das Gesetz noch durch unsere Forderungen berührt wurden. Der Gruppe selbst, die sich über allgemein politische Auseinandersetzungen konsolidiert hatte, fehlte jede hochschulpolitische Praxis und Erfahrung. Sie konnte deshalb auch keine Strategie zur Diskussion stellen, die sich anders als durch ihre abstrakte Halsstarrigkeit von der der übrigen Hochschulgruppen unterschieden hätte. Der hochschulpolitische Konflikt stellte sich dar als Konflikt mit dem Gesetzgeber, der Protest gegen die Ordinarienuniversität hatte nicht zur Auseinandersetzung in der Universität geführt, wo allein er hätte konkret werden können.

Umso fragwürdiger war unter diesen Bedingungen der Beschluß der Gruppe, für den AStA-Vorsitz zu kandidieren, über dessen strategischen Stellenwert keinerlei bestimmte Vorstellungen bestanden, und der zudem immer in dem Dilemma stehen mußte, dem Anspruch nach alle Studenten zu vertreten, obwohl nur eine Minderheit hinter dem SDS stand.

6. *Eingriff in den baden-württembergischen Wahlkampf*

Der Kampf gegen das Hochschulgesetz, das unmittelbar vor Semesterende erlassen wurde, ging direkt in die „Beteiligung" des SDS am Wahlkampf

über — trat doch der nominelle Hauptverantwortliche für dieses Gesetz, Kultusminister Hahn, als Kandidat der CDU für Heidelberg auf. Diese Tatsache erleichterte die Mobilisierung der Studenten; entscheidend für den Beschluß der Gruppe, in den Wahlkampf einzugreifen, war sie jedoch nicht; dieser wurde durch die Absicht begründet, einerseits eine Parlamentarismusdiskussion unter den mobilisierten Studenten in Gang zu bringen und andererseits die bestehenden Parteien durch Konfrontation mit inhaltlicher Argumentation zu entlarven. Während die Wahlveranstaltungen der CDU durch massiven Angriff von vornherein unterbrochen und in teach-ins umfunktioniert wurden, in denen sich Hahn den Argumenten der Studenten stellen mußte, wurde in SPD-Veranstaltungen lediglich die Diskussion nach jeweils kurzen Einleitungsreferaten erzwungen. Höhepunkte waren die Angriffe auf Wehner, H. Schmidt und Kiesinger (letzterer schon nach den Osteraktionen). An diesem auf Entlarvung abgestellten Wahlkampf, der durchaus Aktionscharakter hatte und sehr große Studentenmassen mobilisierte, beteiligten sich vor allem auch Schüler. Zudem wurde versucht, über Flugblätter die Diskussion in die Betriebe zu tragen (Anfänge der Basis-Gruppe; vgl. Eberhard Becker).

In teach-ins mit relativ großer Beteiligung in der Universität kam die Parlamentarismus-Debatte in Gang, die gerade für die Studenten, die sich weitgehend an Überbauphänomenen orientieren (wie z. B. Verfassung), einen wichtigen strategischen Stellenwert hat. Die Kritik der parlamentarischen Demokratie, die für die Gruppe eine theoretische Auseinandersetzung mit dem organisierten Kapitalismus voraussetzte, initiierte den Umschlag radikaldemokratischer *in sozialistische Opposition.* Die Demokratische Linke wurde im Laufe dieses Wahlkampfes von uns theoretisch kritisiert (später vor allem wegen ihrer zwielichtigen Haltung zu den Osteraktionen), doch ergab sich bei gelegentlichen Aktionen eine gewisse Zusammenarbeit. Die Absicht der DL beschränkte sich freilich auf das kurzfristige Interesse, die Studentenbewegung für ihren Stimmenfang einzusetzen und unsere Kritik am parlamentarischen System in Studentenstimmen für die DL umzumünzen. Dabei zeigten sich innerhalb der DL selbst Widersprüche derart, daß die Hauptsprecher ihren Kotau vor der bürgerlichen Demokratie machten, während andere die Wahlbeteiligung lediglich taktisch begründeten.

Der Eingriff in den Wahlkampf brachte gegenüber den Vietnamaktionen vor allem theoretisch eine neue Qualität, bloß ethisches Engagement reichte zur Begründung dieser Aktionen nicht aus; die Konfrontation mit der repressiven Gesellschaft und deren ideologischer Idiotie wurde direkter; die Gruppe war zu einer intensiven Auseinandersetzung mit dem

Parlamentarismus gezwungen. Diese Auseinandersetzung hatte große Bedeutung für den Selbstaufklärungsprozeß des SDS und der studentischen Linken überhaupt. Der Angriff auf eine hervorragende ideologische Bastion der bürgerlichen Gesellschaft führt innerhalb der Linken zu einer gewissen Differenzierung zwischen Reformern, ‚Parlamentariern' und ‚Antiparlamentariern'. Im SDS selbst freilich meldeten sich bloß letztere zu Wort, so daß der Eindruck entstehen konnte, als hätte er solche strategischen Differenzen für sich selbst überwunden. Die Auseinandersetzung mit der bestehenden Gesellschaft war immerhin noch von solcher Abstraktheit, daß sich das vorwiegend emotionelle Zusammengehörigkeitsgefühl nicht in strategische Gegensätze aufspaltete. Eine DL-Fraktion bildete sich nicht einmal in Ansätzen. Der SDS zeigte sich technisch den bestehenden Parteien durchaus gewachsen, was die Möglichkeiten der Massenmobilisierung betraf, weit überlegen. In der subversiven Kennzeichnung der Wahlplakate zeigte sich eine erstaunliche Selbsttätigkeit.
Die Aktionen veränderten den SDS organisatorisch jedoch nur unwesentlich, insofern sie ihn auf ein besseres technisches Niveau hoben. Ansonsten reproduzierte er durchaus die hierarchische Struktur der bestehenden Parteien, insofern deren Matadoren eine kleine Anzahl SDS-Kombattanten entgegentrat, für die die übrigen nur die Geräuschkulisse abgaben. Langfristig zeigte sich aber, daß der SDS und die von ihm mobilisierten Studenten, von der Presse zweideutig als neuer lokalpolitischer Machtfaktor begrüßt, die Gefahr vermeiden konnten, den Wahlkampf im Sinne des politischen Konsums lediglich wiederzubeleben. Ansetzend an dem formaldemokratischen Bewußtsein der Studenten, erwies sich die Beteiligung des SDS am Wahlkampf als außerordentlich mobilisierend und zwar gerade deshalb, weil der SDS explizit als Kritiker dieses Bewußtseins auftrat und den Wahlakt entmythologisierte, statt ihn durch eine Wahlalternative hochzujubeln. Im Wahlkampf gelang es zumindest ansatzweise die verschiedenen Einpunktbewegungen zusammen zu fassen und deren reformerische Tendenz zu überwinden. Erfolgskriterium für den Eingriff des SDS in den Wahlkampf war die starke Beteiligung von Heidelberger Studenten und Schülern an den Esslinger Aktionen, die eine wenigstens momentan hergestellte politische Öffentlichkeit zur Voraussetzung hatten, wie sie der Wahlkampf unter Studenten und Schülern hergestellt hatte.

7. Zeichnung der NPD-Plakate

Einen wesentlich anderen Charakter als die Eingriffe in die Wahlveranstaltungen der großen Parteien (massive und massenhafte Unterbrechung,

individuelle Diskussionsbeiträge mit akustischer Unterstützung durch die mobilisierten Studenten), hatte eine Aktion gegen die NPD und die Stadtverwaltung. An sich hatte die Gruppe beabsichtigt, die NPD rechtsaußen werkeln zu lassen, um den verlogenen Antifaschismus der großen Parteien nicht zu decken, die sich an der NPD reiben, um von dem Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus abzulenken. Auch sollte das pseudodemokratische Synchron („Wir sind gegen jeden Radikalismus, gleichgültig ob von links oder von rechts", rot-braun) nicht durch handgreifliche Auseinandersetzungen, zu denen es ohne Zweifel gekommen wäre, verstärkt werden, was objektiv die „Ordnungsparteien" und die Tendenz der Entpolitisierung der Massen gestützt hätte. Im Laufe des Wahlkampfes wurden dann jedoch unorganisierte Schüler und Studenten, die NPD-Plakate mit Hakenkreuzen versehen hatten und 3 Genossen, die gemeinsam mit der Polizei NPD-Plakate abnehmen wollten, verhaftet und mehrere Stunden im Gefängnis festgehalten.
Die NPD hatte die ganze Innenstadt mit rot-weißen Plakaten gepflastert, die die Polizei, nachdem sie von Schülern und Studenten gezeichnet waren, nächstensschleunigst entfernen wollte, um der Bevölkerung den aufklärenden Anblick zu ersparen. Bei dieser Säuberungsaktion waren drei Genossen, die sich an ihr beteiligen wollten, festgenommen worden. Die nächtlichen Ereignisse boten Gelegenheit, durch eine exemplarische Aktion den Bedingungszusammenhang zwischen formaler Bürokratendemokratie und Faschismus aufzuzeigen. Der SDS rief zu einem teach-in auf, in dem ca. 300 Studenten beschlossen, sofort zu Zeichnung der noch reichlich vorhandenen NPD-Plakate überzugehen: öffentlich, massenhaft und bei vollem Tageslicht, Selbstverständlich machte die Polizei es sich zur Aufgabe, die NPD-Plakate zu schützen. Die Aktion verlief jedoch ausgesprochen diszipliniert, solidarisch und selbsttätig, so daß es erstmals in Heidelberg zu Gefangenenbefreiung kam und die Polizei alsbald aufs zusehen sich beschränken mußte, um sich später mit Anzeigen gegen die „Rädelsführer" zu rächen, was gerade dieser Aktion besonders unangemessen war. Die Bevölkerung verhielt sich passiv, nur in seltenen Fällen aggressiv. Von den Arbeitern in den Betrieben wurde die Aktion verstanden, zumal sie Formen kämpferischer, subversiver Wahlkampfführung der Arbeiterbewegung wieder aufnahm. Die Aktion war durch die Selbstorganisierung der Agierenden gekennzeichnet, die dann auch die erste Esslinger Springerblockade auszeichnete. Die Reaktion der Presse zeigte, daß die Aktion eine empfindliche Stelle im allgemeinen Manipulationszusammenhang getroffen hatte: der antifaschistische Inhalt der Aktion wurde gebilligt; ihre Form aber entschieden abgelehnt, was einen Kardi-

nalwiderspruch der bürgerlichen Demokratie enthüllte: antidemokratische Inhalte werden toleriert, sofern die formalen Spielregeln eingehalten werden, demokratische Inhalte aber werden verfolgt, sobald ihre Verwirklichung die Durchbrechung der Spielregeln zur Voraussetzung hat. Diesen Widerspruch hatten die Studenten und Schüler verstanden und sie zeigten dies auch später den etablierten Parteispitzen, deren verlogenen Antifaschismus denunzierten.

8. *Osterunruhen*

Zum Zeitpunkt des Attentats auf Rudi Dutschke herrschte in der Heidelberger SDS-Gruppe und Studenten- und Schülerschaft alles andere denn politische Ferienstimmung. Der Fortschritt in der politischen Mobilisierung zeigte sich noch am Abend des Attentats, als spontan Dutzende von Studenten auf dem AStA zusammenkamen, Flugblätter und Aktionen diskutierten, Flugblattkolonnen organisierten und Diskussionsbeiträge für ein teach-in auf dem Uniplatz inhaltlich vorbereiteten. Gleichzeitig wurde mit den anderen SDS-Gruppen Kontakt aufgenommen, um die Esslinger Blockade zu organisieren. Karfreitag wurde vor den Kirchen agitiert, das teach-in auf dem Uniplatz durchgeführt und die Fahrt nach Esslingen vorbereitet. Die Blockade vor dem Esslinger Bechtlehaus wurde unter Beteiligung von mehr als hundert aktiven Heidelberger Studenten hervorragend durchgeführt und erst am Morgen nach politischer Diskussion aufgehoben. Die spontane Kampfbereitschaft der Studenten, ihre Organisationsfähigkeit und ihre Solidarität, war durch Abwiegler und Wasserwerfer nicht zu besiegen.

Während der Ostertage wurde permanent diskutiert. Nachdem unter den Genossen und beteiligten Kommilitonen zunächst Einigung erzielt worden war, daß eine Wiederholung der Esslinger Aktion sinnlos sei, wurde diese zentral geplante Aktion doch unterstützt und durchzuführen versucht. Hier zeigte sich die mangelnde Organisation des SDS auf regionaler Ebene. Nachdem man in Stuttgart ein schlechtes teach-in durchgeführt hatte, das zu keinerlei organisatorischen Ergebnissen führte und mit einer überstürzten Fahrt nach Eßlingen endete, die zur völligen Reprivatisierung und Desorientierung der Demonstranten führte, war jede Möglichkeit zur kollektiven Aktion schon im Ansatz zerstört. Dem riesigen Polizeiapparat, der das Bechtlehaus und alle Zufahrtsstraßen hermetisch abgeschlossen hatte, standen die Demonstranten vereinzelt, an verschiedenen Punkten, meist in menschenleeren Gebieten, oft sogar ohne Megaphon machtlos gegenüber. Es kam zu mehr oder weniger disfunktionalen Sitzstreiks und zu Wasserspielen. Der Zweck der Aktion wurde immer

unklarer. Anwesende Rockers und junge Arbeiter wurden diffamiert und konnten in die Aktion nicht einbezogen werden. Abwiegler hatten leichtes Spiel und schienen die Vernunft auf ihrer Seite zu haben. Ein Versuch im Esslinger Stadtgefängnis festgehaltene Demonstranten zu befreien, wurde völlig disparat, unorganisiert und ohne Benachrichtigung des Gros der Demonstranten durchgeführt. Er scheiterte kläglich. Ein kurzes teach-in auf dem Esslinger Marktplatz führte zu keiner Selbstkritik, sondern nur zu einer Beschreibung der Notstandsvorbereitungen des Staates, die das eigene Versagen und die Phantasielosigkeit vor dem Polizeiapparat vertuschen sollte.

In einem großen teach-in in Heidelberg, das durch eine ‚Gegenzeitung' und Flugblätter vorbereitet war, konnte der Stau von Emotionen bei den inzwischen aus den Ferien zurückgekehrten Studenten, der sich aggressiv gegen den SDS entlud, nach und nach aufgelöst werden, doch konnte die Gefahr, daß auch die mobilisierten Studenten in Resignation und abstrakten Pazifismus zurückfielen, durch Hinweise auf die Legitimität revolutionärer Gegengewalt nicht einfach überwunden werden, war doch durch die spezifischen Umstände der Esslinger Aktionen (Kleinstadt, keine Möglichkeit die Arbeiter für die Aktionen zu mobiliseren) der Durchbruch zu den Jung- und Gastarbeitern, zu dem es in Frankfurt, Hamburg und München und Berlin gekommen war, nicht gelungen, so daß jede revolutionäre Interpretation höchst abstrakt bleiben mußte. Die Osteraktionen stellten sich vielfach als einmaliger Ausbruch dar, dessen negative Folgen eine Unterwerfung unter die bestehende Ordnung und die Rückkehr zu bloßer Aufklärung nahezulegen schienen. Dennoch hatte sich während der Osteraktionen ein fester Kern herausgebildet, der über den SDS hinausging, und der in Zukunft Avantgardefunktion übernehmen konnte.

8. *Hochschulpolitik*

Hochschulpolitik und allgemeine Politik war in Heidelberg lange Zeit lediglich durch die jeweilige Avantgardefunktion des SDS vermittelt, wobei diese sich in der Hochschulpolitik fast nur verbal und in gelegentlicher Kritik am halblinken AStA zeigte. Mitte März hatte der neue AStA, in dem der SDS den ersten Vorsitzenden und zweiten Referenten stellte, sein Amt angetreten. Von vorn herein ergab sich, auch durch die Absorption des SDS in allgemein politische Aktionen bedingt, eine Art Arbeitsteilung zwischen AStA und Gruppe, die die eigentliche strategische Misere — mangelnde Vermittlung von allgemein politischer — und hochschulpolitischer Aktion — bloß reproduzierte.

Dies zeigte sich jedoch erst kurz vor Semesteranfang. Zunächst hatten AStA, SDS und linke Studenten durch eine Belagerung des Senats den heimlichen Erlaß einer Disziplinarordnung verhindert. Als der Senat eine gemeinsame Kommission zur Aufstellung einer Disziplinarordnung vorschlug, lehnten die Teilnehmer des go-in entsprechend ihrer grundsätzlichen Ablehnung jeder DO, diesen Vorschlag ab und verwiesen die Professoren an eine zu Semesterbeginn vom AStA einzuberufende Vollversammlung. Dennoch sandte der AStA Beobachter in eine vom Senat gebildete Kommission die über ihren Auftrag hinaus auch noch in die Detaildiskussion der DO eintraten. Die Gruppe erfuhr dies erst später.
Kurz vor Ostern beschloß eine Regionalkonferenz den Boykott der im Rahmen des Hochschulgesetzes zu bildenden „Grundordnungsversammlung" die weder drittelparitätisch besetzt war, noch öffentlich tagen mußte und zudem nur noch über sekundäre Fragen zu entscheiden hatte. Nachtäglich stellte sich heraus, daß der AStA schon eine andere Strategie beschlossen und diese auch im VDS durchgesetzt hatte. In der Folge kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gruppe und AStA-Mitgliedern, deren eigentlicher Kern die Frage war, ob der AStA als Repräsentationsorgan der *gesamten* Studentenschaft zu verstehen sei oder ob er von uns als Hebel zur Politisierung der Studenten eingesetzt werden solle, auch auf das Risiko hin, daß er alsbald abgesetzt würde. Die Mehrheit war der Auffassung, daß in einer hochschulpolitisch ohnehin verfahrenen Situation mit der Taktiererei Schluß gemacht werden müsse und der AStA sich bewußt als Instrument der Minderheit der politischen Studenten verstehen müsse, die nur durch eine offene Konfliktpolitik, die mit Aktionen vorangetrieben würde, zur relevanten Mehrheit werden könne. Immerhin kam es jetzt in der Gruppe zu einer intensiven Hochschulpolitischen Diskussion und zu verstärkter Kontrolle des AStA. Die ser vertrat allgemeinpolitisch durchaus die Linie des SDS und führte zusammen mit diesem die Desertionskampagne durch, welche vom Studentenparlament nur toleriert, aber nicht unterstützt wurde, schwankte aber hochschulpolitisch unter ständigem Hinweis auf eine unpolitische Studentenschaft zwischen Opportunismus und Putschismus hin und her. Schlecht vorbereitete go-ins endeten regelmäßig vor der verschlossenen Tür des Rektorengebäudes, während man sich gleichzeitig darauf vorbereitete, sich mit denselben Professoren in der Grundordnungsversammlung an einen Tisch zu setzen, um — wie man plante — eine „Grundsatzdiskussion" über Hochschulreform herbeizuführen, die doch nach Erlaß des Hochschulgesetzes vollkommen folgenlos bleiben mußte und den Professoren den bequemen Ausweg der „Unzuständigkeit" geboten hätte.

Demgegenüber sah die Gruppe in einem aktiven Boykott der GO-Wahlen mit gleichzeitiger Vorbereitung eines go-ins in die erste Sitzung der GOV den einzigen Weg, dem abstrakt vorhandenen Konflikt mit der Universitätsbürokratie zu konkretisieren und so den Kampf gegen das Hochschulgesetz dort aufzunehmen, wo er von den Studenten selbst geführt werden konnte: an der Hochschule. Diese Politik konnte nur die einer Aktiven Minderheit sein, die in konkreter Auseinandersetzung mit der Hochschulbürokratie zur Mehrheit werden sollte. Das geplante Lehrstück des AStA in der GOV dagegen war durch den immanenten Widerspruch jeder zentristischen Politik gekennzeichnet: die agierenden Studentenvertreter wollten dort jenen, die „noch nicht so weit" waren, zeigen, daß nichts zu erreichen sei, indem sie doch das Reingehen nur durch seine Effizienz den Wählern als sinnvoll darstellen konnten. Die Meinung, einseitig alle vertreten zu müssen und doch die meisten für ziemlich zurückgebliebene Trottel zu halten, die Massen dadurch aufklären zu wollen, daß man sie für vorläufig unmündig hält, reduzierte die Studentenbewegung auf eine heruntergekommene Gewerkschaftsorganisation, deren Funktionäre ähnlich argumentieren. Daß eine solche Strategie mit der Apathie der Massen ihre eigenen Bedingungen erst schafft, auf die sie sich immer schon beruft, war, weil eine breite hochschulpolitische Mobilisierung der Studenten fehlte, dem AStA gegenüber immer zu behaupten, aber zunächst nicht zu belegen. Der linke AStA war durch die parlamentarische Konstruktion der studentischen Selbstverwaltung möglich geworden, denn er wurde von keiner aktiven Mehrheit getragen: was Wunder, daß er sich bald nur noch dem Parlament und nicht mehr einer bestimmten Strategie verpflichtet fühlte. Das Ziel blieb gleichwohl, eine Massenbasis zu gewinnen, nun aber nicht mehr durch das Vertrauen in die Massen, sondern durch die eigene taktische Schläue, in der die Studenten als zu bewegende, nie aber als sich bewegende Größe vorkamen.

10. Notstandsaktionen

Vermittlung von allgemeiner- und Hochschulpolitik

Die Präambel der Hochschulresolution der 22. D. K. blieb für die Heidelberger Situation zunächst also frommer Wunsch:

„Aus dem abstrakt gesetzten Widerspruch zwischen dem SDS als Studentenorganisation und dem SDS als sozialistischer Organiation wurden häufig die Tätigkeit an der Hochchule und die Tätigkeit außerhalb der Hochschule als alternative Vorgehensweisen hergeleitet. Diese falsche Alternative praktisch aufzuheben muß das Ziel einer sozialistischen Hochchulpolitik sein."

Doch setzte sich die allgemeinpolitische Strategie der Gruppe, die provokativ und offensiv den Apparat angriff um politisches Bewußtsein zu ermöglichen, gegen die opportunistische Tendenz, die vom AStA an der Hochschule vertreten wurde, durch. Der AStA erwies sich objektiv als der Hebel, um diese falsche Alternative aufzuheben, weil seine allgemeine Politik ab einem bestimmten Punkt vom Rektorat nicht mehr toleriert werden konnte und zur Suspendierung führte, was dann sehr schnell die Augen öffnete über den Zusammenhang der beiden Seiten unserer Tätigkeit, den wir bloß gewußt hatten aber nicht praktisch herstellen konnten.

Neben dem Kampf gegen das Hochschulgesetz, der zunächst rein verbal geführt wurde und über abstrakte Prinzipienfestigkeit nicht hinauskam bestimmte der Kampf gegen die Notstandsgesetze die Agitation und Aktion des SDS im Sommersemester 1968. Wie immer in allgemeinpolitischen Fragen arbeiteten SDS und AStA hier zunächst hervorragend zusammen. Der Sternmarsch nach Bonn vom 11. Mai wurde beiderseits nur halbherzig propagiert, weil wir nach der Demonstration vor dem Landtag sehr skeptisch geworden waren, gegenüber solchen Aktionen, die noch im Angriff den Parlamentarismus bestätigen, und deren voraussehbares Scheitern sich nicht organisatorisch wenden läßt, sondern zur perspektivlosen Resignation zu führen droht. Die Objektlosigkeit war ein weiterer Einwand gegen den Sternmarsch, der überhaupt eher Ausdruck des Parlamentarismus war als Ansatz zu dessen Umsturz. Der Angriff auf Gesetze muß an deren Basis ansetzen und die Forderung nach Generalstreik bringt man nicht in Bonn vor. Die optimistische Propaganda des Notstandskuratoriums (alle noch einmal zusammen) konnten wir nicht übernehmen; wenn aber die Gesetze nicht mehr verhindert werden konnten, mußten solche Aktionen zu Schattenspielen werden.

Für den Tag der 2. Lesung riefen AStA und SDS den Streik aus, den sie durch go-ins in den Hauptgebäuden auch weiterhin durchsetzten. Die Hochschulbürokratie versuchte dem Ganzen die Spitze zu brechen, indem sie ihrerseits ab 11 Uhr den Lehrbetrieb aussetze und eine „Informationsveranstaltung" ankündigte, in der 4 Juristenprofessoren die Studenten über die guten Absichten der Regierung aufklären und den Protest der Studenten durch „wissenschaftliche" Spiegelfechtereien relativieren und in anschließender „sachlicher" Diskussion kanalisieren sollten. Diese Konterveranstaltung des Rektorats führte zunächst zur Spaltung der Studenten. Die Mehrzahl nahm an einem Teach-in im Innenhof der Universität teil, das SDS und AStA einberufen hatten; eine beträchtliche Minderheit mochte selbst in dieser Situation nicht auf das Gespräch mit

den Professoren verzichten. Später wurde die Konterveranstaltung der Professoren, die sich inzwischen auch wissenschaftlich disqualifiziert hatten, gesprengt und aufgelöst. Die Illusion einer Einheitsfront aller Universitätsangehörigen gegen die Notstandsgesetze, war damit endgültig zerstört. War der Klassencharakter der Notstandsgesetze analysiert, dann kam unter diesen Umständen der Slogan vom „Klassenkampf an der Universität" auf seinen sozialistischen Begriff, insofern sich zeigte, daß der Riß nicht zwischen Lehrenden und Lernenden verlief, sondern zwischen Lehrenden und Lernenden einerseits und oppositionellen Studenten andererseits. Nachmittags wurde eine Demonstration zum Rathaus unternommen, die zur neuerlichen Selbstenthüllung des Oberbürgermeisters führte. Die Demonstration (ca. 400 Teilnehmer) die zunehmend offensiver wurde und der sich auch junge Arbeiter und Angestellte anschlossen zog dann von Flugblattverteilern begleitet durch die Hauptstraße ins Gewerkschaftshaus das die Funktionäre freilich schon zum größten Teil verlassen hatten. Mit dem Vorstand der Junggewerkschaftler wurde jedoch ein Abkommen über Zusammenarbeit in Aktionen bei der 3. Lesung geschlossen.

Eine vorübergehende Aktionseinheit mit den Junggewerkschaftern hatte sich schon am 1. Mai gebildet, als diese zusammen mit uns den Saal verließen, um gegen die Diskriminierung spanischer Arbeiter und der Studenten zu protestieren.

Zum direkten Konflikt mit der Hochschulbürokratie führten die Aktionen bei der 3. Lesung der Notstandsgesetzte. Ihnen war ein Teach-in vorausgegangen, das nach einem theorielosen und rein appelatorischen Referat Werner Hofmanns zwar mit großer Mehrheit den Streik beschloß, aber ohne Diskussion, in einer weiteren Abstimmung die Mittel zu dessen Durchführung (Streikposten, Sitzstreiks, go-ins) verweigerte. Um mit diesen widersprüchlichen Protestformen, die noch den Protestierenden zum heimlichen Komplizen der Herrschenden machen, aufzuhören, beschloß der SDS, der von anderen Studenten unterstützt wurde, die Aufgänge zu den Hörsälen durch Sitzstreiks zu blockieren. Dabei kam es zu einigen Handgreiflichkeiten und zu Attacken einzelner Professoren und deren Hörerschaft; die Blockade wurde jedoch gehalten und durch ein Teach-in im Unihof ergänzt. Es kam zur scharfen Auseinandersetzung unter den Studenten, die (nie unter 500) an die 8 Stunden diskutierten und dann, obwohl die Junge Union Verstärkung herbeigeschafft hatte (zum ersten Mal griffen damit Nichtstudenten organisiert ein) den Sitzstreik nachträglich legitimierten und eine Blockade der Universität für den nächsten Tag beschlossen.

Am Abend fand eine Vollversammlung zur Frage der Grundordnungskommission statt, in der eine knappe Mehrheit den Boykott beschloß. Der SDS hatte aus der historischen Analyse der Autonomie der Universität prognostiziert, daß die jetzigen Protestformen der Studenten gegen die Notstandsgesetze, zum scharfen Konflikt mit der Universitätsbürokratie führen würden, weil sie den realen Inhalt der Autonomie, die politische ‚Neutralität', nachdrücklich in Frage stellte." Die Einheit des Kampfes gegen Notstandsgesetze und Hochschulgesetz würde durch die Besetzung der Universität hergestellt, die die unpolitische Universität ebenso angreife wie die Gesellschaft, von der diese lebe. Der Neutralitätsbegriff werde seinen Inhalt alsbald enthüllen, wenn die Universität mit einer demokratischen und kämpferischen Opposition konfrontiert werde, die den Konflikt in die Universität selbst trage. Die Interessen der Professoren und die der politischen Studenten liefen gerade unter den Bedingungen der Entleerung der formalen Demokratie, die nur an der gesellschaftlichen Basis bekämpft werden könnte, einander strikt zu wider. Die persönliche Freiheit der Professoren und die ihrer Lehre, werde erst durch die praktische Anpassung an die bestehende Gesellschaft möglich. Diese wirke sich auf die Studenten zunehmend als Zwang aus, den sie bloß durch politische Aktion durchbrechen könnten. Das Hochschulgesetz zementiere die bestehende Universität und die Grundordnungsversammlung sei nur das pseudo-demokratische Ornament an einem Gesetzeswerk, das von den Studenten insgesamt bekämpft werde und das vor allem ein Mittel ihrer Domestizierung sein solle.
Die Unvereinbarkeit des aktiven Widerstands gegen die Notstandsgesetze mit einer Universität, wie sie das Hochschulgesetz fixiert, sollte durch die Besetzung der Universität demonstriert werden. Die Vollversammlung stimmte mit knapper Mehrheit für den Boykott der GOV. Nach dem Teach-in blieben ca. 70 Studenten in der Universität, die sie gegen morgen verbarrikadierten, da sie von einem geplanten Sturm der NPD und der Verbindungen gehört hatten. Tatsächlich formierten sich diese Sturmtrupps dann auch und begannen zunächst ein allgemeines Geschrei, um dann zum physischen Angriff überzugehen. Dieser, in dessen Verlauf es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam, gelang weil die NPD-ler durch ein nicht zu überwachendes Fenster in ein Institut einstiegen und von dort aus den Besatzern, die sich verteilt hatten in den Rücken fielen. Kurz zuvor war vom Rektorat unter Berufung auf Art. 48 des HG über Megaphon mitgeteilt worden, daß der AStA suspendiert sei. Das allgemeine Tohuwabohu, das nach der Erstürmung der Universität entstanden war wurde in ein Teach-in im Innenhof der Universität

übergeführt, in dessen Verlauf sich die Linie des SDS und des AStA aufs neue durchsetzen konnten. Mit überwältigender Mehrheit wurde eine Rücktrittsforderung des Rektorats angenommen, die man mit der Drohung das Rektorat zu besetzen unterstrich. Von da an hielten die Streikenden die Uni besetzt der Lehrbetrieb wurde eingestellt, ein Streikkomitee wurde gebildet. Die Verbindung zu den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten, die außerhalb der Stadt liegen, konnte trotz Streikzeitung und Flugblätter nicht im außreichendem Maße hergestellt werden. Die Streikenden hatten jetzt zwar die Uni besetzt, aber da sie ihnen niemand streitig machte, konnten sie nicht allzuviel mit ihr anfangen. Der Gegensatz brach bald — am Freitag vor Pfingsten — unter den Streikenden selbst auf. Einige Genossen hatten sich im Laufe des Nachmittags in das SDS-Büro zurückgezogen, wo sie die weitere Fortführung der Besetzung diskutierten. Sie kamen darin überein, daß man sich statt ihrer auf den AStA zu beschränken habe, für den inzwischen ein komissarischer Verwalter eingesetzt worden war und der direkt vom Polizeieingriff bedroht schien. Als entscheidender Punkt des Konflikts und als Arbeitsplatz sollte er gehalten werden, um nach Pfingsten die Auseinandersetzung mit dem Rektorat weiterzutreiben. Demgegenüber schien die Besetzung der Uni relativ belanglos, da sie zudem nach und nach skurile Züge anzunehmen drohte. Zu solchen scheinbar abwieglerischen Ansichten gekommen, begaben sich die Genossen zurück in die Universität und stellten ihre Vorstellungen zur Diskussion. In einem Teach-in mit ca. 400 Studenten erhielten sie dafür jedoch keinen Beifall, sondern wurden vor allem von den Genossen im AStA aufs Schärfste angegriffen und der heimtückischen Mauschelei und des Dolchstoßes in den Rücken der Streikenden bezichtigt. Die Auseinandersetzung zwischen SDS einerseits und „Streikenden" und AStA andererseits begann; sie sollte der Universitätsbesetzung nachdem der äußere Gegner sich zurückgezogen hatte, ihren eigentlichen Inhalt geben. Der SDS trug damit zur Fortführung der Besetzung bei, in dem er ihre Richtigkeit bezweifelte. Das konnte jedoch, wie der SDS vorausgesagt hatte, nicht verhindern, daß die Besetzung nach den Pfingsferien nach und nach auseinanderfiel in dem einer nach dem anderen der Streikenden sich individuell zum Heimgehen entschloß und somit genau das eintrat, was befürchtet worden war: statt der Beendigung der Besetzung durch politischen Beschluß und Fortführung des Konflikts durch gezielte Aktion und Besetzung des AStA-Gebäudes, Reprivatisierung der Streikenden und Versanden des Streiks. Es bestand die Gefahr, daß sich alles in Resignation auflösen würde; der SDS, der sich bewußt war, daß er den Rücktritt der Rektorin

und die Besetzung des Rektorats (ein Panzerschrank) nicht erzwingen konnte, versuchte die Auseinandersetzung zu verengen, indem er sie auf die juristische Fakultät zuspitzte, deren Ordinarien die Politik des Rektorats eigentlich bestimmten und deren Studenten den Hauptteil der Streikbrecher gestellt hatten. Ein Go-in bei einem der übelsten Reaktionäre, Prof. Schneider, späterer Mitunterzeichner des Marburger Manifests, wurde beschlossen, aber nicht sofort durchgeführt. Immerhin zeichnete sich hier eine Perspektive ab, den inzwischen politischen Konflikt mit der Universität weiterzutreiben und ihm gleichzeitig eine wissenschaftskritische Wendung zu geben.
Die Parlamentsfixierung des AStA zahlte sich schlecht aus. Das Parlament, das die Besetzung der Uni vor Pfingsten gebilligt und unterstützt hatte, mochte diesen Besluß nach Pfingsten zwar nicht zurücknehmen, doch stimmte es in der Grundordnungsversammlungsfrage, in der der AStA inzwischen die Stellung des SDS und der Vollversammlung eingenommen hatte, gegen diesen. Der AStA trat daraufhin zurück. Eine Woche später stellte sich ein neuer SDS-AStA zur Wahl, der nur knapp durchfiel, doch konnte das Parlament auch keinen anderen AStA bilden und löste sich selber auf. Die Parlamentswahl wurden trotz des massiven Eingriffs des Rektorats und der aufwendigen Propaganda des RCDS ein großer Erfolg für den SDS und die Linke, die für einen Boykott der Grundordnungsversammlung eingetreten waren. Das neue Parlament stimmte für den Boykott und wählte einen personell neu besetzten SDS-AStA. Die Zuversicht des Rektorats, das schon Mut zum Angriff auf das politische Mandat geschöpft hatte, verwandelte sich in schlimme Befürchtungen. Diese sollten bestätigt werden; denn trotz Propaganda und Appell an das Harmoniebedürfnis der Studenten, beteiligten sich nur 5 % an der Wahl zur Grundordnungsversammlung. Diese wird es im nächsten Semester nicht sehr leicht haben.

11. *Zusammenfassung*

Die Aktion während der 3. Lesung der Notstandsgesetze zeigten die organisatorische Schwäche des SDS. Schon bei den Sitz-Streiks und erst recht bei der Besetzung der Universität, auch solange diese noch sinnvoll war, war der SDS nur noch durch Individuen nicht mehr als intakte Organisation vorhanden. Die Struktur des SDS, die in vielen der einer bürgerlichen Honoratioren Partei gleicht, wurde durch die Dauerteach-ins reproduziert. Wie schon beim Wahlkampf wurde die politische Argumentation von wenigen Genossen getragen, die ununterbrochen agitierten und Flugblätter verfaßten aber kaum noch Zeit zur geistigen Reproduk-

tion fanden. Sie kommunizierten fast nur noch als Individuen mit der versammelten Masse, kaum mehr in strategischer Diskussion innerhalb der Gruppe, was ihrer Argumentation nicht eben zu Gute kam. Je mehr die Besetzung Aktionscharakter verlor und zum Dauerteach-in wurde, desto mehr verstärkte sich diese Struktur des SDS, was dazu führte, daß sich viel Genossen reprivatisierten und zu der Auffassung kamen, es gehe auch ohne sie, was die Sprecher wiederum noch mehr verselbständigte. Diese Bedingungen verschärften sich für die Genossen im ASTA, die teilweise zunehmend in die Rolle der Volkstribunen gerieten und sich an die perspektivlose Durchhaltepolitik der Massen opportunistisch verloren und so die voraussehbare Resignation, die die Auflösung der Besetzung mit sich bringen mußte, nicht verhinderten, indem sie den Stellenwert der Besetzung genau bestimmten. Statt dessen verbreiteten sie die Feiertagsstimmung einer auf Dauer „befreiten" Universität, was angesichts der Isolierung der Studenten in der Stadt und des allgemeinen Rückschlages der Streikwelle in der Bundesrepublik zum Kleinbürgerlichen Utopismus führen mußte. Als der SDS sich nach und nach wieder sammelte und diese Aspekte der Besetzung zur Diskussion stellte wurde er vom ASTA der mangelnden Solidarität beschuldigt. Die Struktur der Massenteach-ins ohne weiterführende Selbstorganisation der Studenten mußte, weil sie keine strategische Perspektive hatte, solche Hans-Guck-In-Die-Luft-Positionen stärken. Die Einrichtung von kleineren Arbeitskreisen, die überhaupt erst Möglichkeiten der Selbstätigkeit geboten hätten, kam nicht so recht vorwärts und lief außerdem Gefahr, zur bloßen Beschäftigungstherapie ohne politischen Praxisbezug zu verkommen. So blieb den großen Teach-ins die strategische Diskussion vorbehalten. Diese aber konnten organisatorische Perspektiven nur postulieren nicht aber verwirklichen. Als das Rektorat, nachdem die Suspendierung desASTA zur Stärkung des Streiks geführt hatte, sich auf die Taktik des Abwartens verlegt hatte, wurde der SDS gewissermaßen zum Binnenfeind der Streikenden. In der Ablehnung seiner kritischen und selbstkritischen Beiträge fanden die „Streikenden" erst den Ansatz zur Selbstverständigung. So waren Slogans des Inhalts zu lesen, daß der SDS die Besetzung der Uni verraten hätte etc. Es kam zur Gründung einer „Unabhängigen Linken", die aber nicht in der Lage war, alternative Strategien zum SDS zu entwickeln. Nach dem Zusammenbruch der Besetzung zeigte sich, wie richtig es gewesen war, daß der SDS sich nicht opportunistisch in den Streikenden aufgelöst hatte, denn nur so blieb ein fester Kern erhalten, der den Kampf mit der Universitätsbürokratie wieder aufnehmen konnte, als die Illusion einer befreiten Universität an den Realitäten zerschellt

war. Der Mechanismus von Aktion und Repression als entscheidender Organisationsfaktor mußte versagen, wenn die Bürokratie auf spektakuläre Repressionsmaßnahmen verzichtete. Die Vermittlung zwischen allgemeiner- und hochschulpolitischer Aktion war durch die Besetzung der Universität nicht auch schon organisatorisch hergestellt. Dies konnte nur eine politische Organisation der Studenten am Arbeitsplatz in den Instituten leisten, deren Notwendigkeit abstrakt eingesehen wurde, deren Verwirklichung aber auch heute noch nicht abzusehen ist. Die Hochschulpolitik bekommt dadurch einen anderen Stellenwert: die organisatorische Perspektive für die mobilisierten Studenten wird zu ihrem Kriterium. Daß eine Mitarbeit in der Grundordnungsversammlung diese nicht hatte, wurde von den Studenten allgemein verstanden. Daß deren Boykott allein nicht ausreicht, sondern, daß sie durch eine Politik in den Instituten ergänzt werden muß, zeigte sich schon im Wahlkampf, der vom SDS unter institutsspezifischen Gesichtspunkten geführt wurde. Eine „Besetzungsstrategie" mit der Absicht der „Revolutionierung der Wissenschaft", bleibt vorläufig abstrakt, doch zeichnen sich ihre Gefahren schon ab. Wenn „Revolutionierung der Wissenschaft" institutsbezogen bleibt, enthüllt sie eine ganze Reihe reformistischer Momente, die durch offensive Kampfmittel wie Institutsbesetzung nicht schon revolutionär werden. Dem SDS stellt sich jetzt, da er die erste Phase der Mobilisierung hinter sich hat, das klassische Problem jeder revolutionären Bewegung im kleinen: „Die Vereinigung der großen Volksmassen mit einem über die ganze bestehende Ordnung hinausgehenden Ziele, des alltäglichen Kampfes mit der revolutionären Umwälzung, das ist der dialektische Widerspruch der sozialdemokratischen Bewegung, die sich auch folgerichtig auf dem ganzen Entwicklungsgang zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Preisgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endziels, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung vorwärts arbeiten muß" (Rosa Luxemburg, Politische Schriften III, 1968. S. 103). Diese Problematik wird für die Studentenbewegung dadurch kompliziert, daß sie den organisierten Kapitalismus in der Universität bekämpfen muß, wo er sich erst durchzusetzen beginnt und bis jetzt keineswegs Organisationsformen schuf, die den Keim der sozialistischen Ordnung aus sich heraus trieben. Diese Mechanik ist im organisierten Kapitalismus ohnehin problematisch geworden, ganz gewiß aber für die Universität, wo die Funktionalisierung der Wissenschaft deren emanzipatorisches Element unterdrückt und die traditionelle Organisation nach wie vor das private Individuum begünstigt, das auf Erhaltung seiner Privilegien dringt, aber kaum auf die Abschaffung der Privilegien

selbst. Die Studentenbewegung entstand nicht als Ausdruck eines spontanen Kampfes für unmittelbare Interessen, der sich nachträglich politisiert hätte. Erst ihr allgemeinpolitischer Impuls gab ihrem Kampf gegen die Universität Richtung und Inhalt. Die Forderung nach Selbstbestimmung an der Universität wurde erst sinnvoll, als sich zeigte, daß dieser Impuls durch die bestehende Universität ständig gebrochen wird. Das unmittelbare Interesse treibt die Studenten in den Konkurrenzkampf, vereinzelt sie und treibt sie auf die Seite derHerrschenden. In seinem ideologischen Charakter kann dieses unmittelbare Interesse nur durch allgemeinpolitische Reflexion durchschaut werden. Die Dialektik von Reform und Revolution trifft für die Studentenbewegung nicht ohne weiteres zu. In der Auseinandersetzung an der Universität darf sie ihren allgemeinpolitischen gesamtgesellschaftlichen Anspruch nicht aufgeben. Dies könnte der Fall sein, wenn sie in ihrer Organisation die Struktur der Universität reproduziert, eine Gefahr, die in der Institutspolitik liegt. Die Organisation der Studenten am Arbeitsplatz mit dem Ziel der Revolutionierung der Wissenschaften läuft Gefahr mit einer Revolutionierung der Philosophischen Fakultät zu enden. Der allgemeine politische Konflikt muß zwar immer wieder in die Universität zurückgeholt und dort konkretisiert werden, er darf dabei aber seine Allgemeinheit nicht verlieren. Wird andererseits eine „Dezentralisierung" nicht erreicht, dann bleibt die Trennung von Studium und Freizeitpolitik erhalten und die Selbsttätigkeit der Genossen sowohl als auch der mobilisierten Studenten gleicht weiterhin der passiven Rolle des Publikums, die den Begriff der Bewegung ad absurdum führt und subkulturelle Strukturen hervortreibt, die die Bürokratisierungstendenzen der Gesellschaft reproduzieren. Der Rückfall in den Sektencharakter ist dann absehbar. Die Entscheidung über diese Entwicklung fällt jedoch nicht an der Universität; sie hängt davon ab, ob der Ausbruch aus dieser gelingt und die Herausbildung einer revolutionären Organisation, für die die „Institutsstrategie" einen Teilbereich darstellt und nicht mehr.

Freerk Huisker

Antiautoritäres Verhalten und autoritäre Strukturen im SDS

I.

Die auf der 23. o. DK vorgetragenen Thesen zur Autoritätsproblematik (Erlangen) sind Bestandteil einere über Monate hin geführten Diskussion über eine Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Gruppe Erlangen-Nürnberg. Die Entwicklung unserer Gruppe soll daher, soweit sie die genannte Problematik berührt, kurz angedeutet werden.

II.

Nach den Aktionen anläßlich der Verabschiedung der NS-Gesetze trat auch in Erlangen die überall konstatierte „Müdigkeit" ein, die in unserer Gruppe zu einer fast vollständigen Lähmung führte. Projektgruppen hatten sich quasi aufgelöst, gemeinsame Diskussionen waren nicht möglich, einige Genossen privatisierten sich oder arbeiteten isoliert auf eigene Faust, was zumindest zur Folge hatte, daß gelegentlich Beweise der Existenz eines SDS Erlangen-Nürnberg erbracht wurden.

Dieser desolate Zustand war vor allem für die Genossen, die während oder kurz vor den Notstandsaktionen dem SDS beigetreten waren, eine herbe Enttäuschung. Eben diese Genossen waren es dann auch, von denen einige neue Impulse ausgingen: Der „linke" AStA plante in Erlangen einen dreitägigen Hochschulkongreß, auf dem die hochschulpolitische Situation der Uni analysiert und strategische Konsequenzen für die weitere Arbeit gezogen werden sollten. In der Einschätzung der Bedeutung dieses Kongresses für den SDS und seine Ziele war man sich in flüchtigen Gesprächen einig geworden. Eine von vielen Genossen getragene notwendige Vorbereitung des SDS auf den Kongreß war jedoch zu dem Zeitpunkt nicht möglich. Auch konnten von den „Autoritäten" keine Impulse erwartet werden, da die Schwerpunkte ihrer Arbeit nicht im Bereich der Hochschulpolitik lagen. Relativ spontan bildete sich daher eine Arbeitsgruppe von vorwiegend jüngeren Genossen, die in kollektiver Zusammenarbeit, völlig auf sich gestellt, die weitgehend theoretische Vorbereitung übernahm. Das Ergebnis der rund 14tägigen, z. T. recht trocke-

nen Arbeit in einer stress-situation war eine umfangreiche Broschüre mit Analysen, Resolutionen und Anträgen, zu zum beherrschenden Faktor auf dem Kongreß wurde.

Auf dem Kongreß selber trat dann die eigentliche Wende zur erneuten Konsolidierung der Gruppe ein. Folgende Faktoren waren dabei entscheidend:

1. Im Laufe des Kongresses fanden sich viele Genossen ein, die an der eigentlichen Vorbereitungsarbeit nicht beteiligt waren. Wichtig hierbei ist, daß dieser „Sammlungsprozeß", der hier zu beobachten war, nicht identisch ist mit dem oftgenannten, jedoch nur entfernt ähnlichen Prozeß, der immer dann eintritt, wenn es um spektakuläre Aktionen, zumeist auf Massenbasis und mit allgemeinpolitischem Inhalt geht. Der Kongreß war weder spektakulär in seiner Anlage, noch eine Massenveranstaltung, sondern eine hochschul-politische, schlecht besuchte Arbeitstagung. Die Gründe dafür, warum sich trotzdem viele „totgeglaubte" Genossen, die auch vordem kaum Interesse an hochschulpolitischen Fragen gezeigt hatten, auftauchten, bliebe zu untersuchen. Hier soll nur das Faktum registriert und seine Funktion im Hinblick auf die Gruppe diagnostiziert werden.

Kurioserweise stellte sich nun für die kleine aktive Gruppe genau das Problem, mit dem der SDS nach jeder Massenaktion konfrontiert wird; nämlich das Problem, wie die einmal Mobilisierten weiterhin gehalten werden können. Der Unterschied in der damaligen Situation bestand nur darin, daß es sich bei denen, die zuhalten waren, nicht um Sympathisanten, sondern um Genossen handelte. Die Konsequenzen, die wir zogen, bildeten den zweiten Konsolidierungsfaktor:

2. Die Gruppe, die die Vorbereitungsarbeit getragen hatte, setzte in den Pausen des Kongresses Diskussionen an, in denen SDS-intern das weitere taktische Vorgehen auf dem Kongreß festgelegt werden sollte. Zu diesen Diskussionen wurden alle anwesenden Genossen quasi genötigt. In der Tat gelang es auf diese Weise zu verbindlicher Diskussion zwischen jeweils 20—30 Genossen zu kommen (das entspricht in etwa der Zahl von Genossen, von denen überhaupt Aktivitäten erwartet werden konnten, d. h. Gesamtzahl minus Karteileichen).

3. Nach dem Kongreß übernahm die einmal aktiv, und nun zudem noch mutiger gewordene Gruppe weiterhin die Initiative. Sie richtete einen regelmäßigen jour fix ein und gab ihm eine erste, wenn auch zeitlich begrenzte Aufgabe: die möglichst detaillierte Analyse der Ursachen der Misere der Gruppe. (Ein Teil dieser Analyse waren die unter III. folgenden Thesen zum Autoritätsproblem.) Der jour fix, zunächst spärlich besucht, beschloß bald mit einer ineffektiven Tradition zu brechen: Er gab

sich selbst Entscheidungskompetenz — im Hinblick auf die Gruppenumorganisierung — und löste damit die Institution der MV ab. In dem Maße nun, in dem der jour fix aus der vorgenommenen Analyse die Konsequenzen zog, d. h. verbindliche Entscheidungen fällte, erhöhte sich die Zahl der (jeweils durch Rundbriefe benachrichtigten) Teilnehmer am jour fix.
Dieser historische Abriß hätte hier keine Funktion, wenn nicht die Autoritätsproblematik in dem geschilderten Prozeß einen bestimmten Stellenwert gehabt hätte; und zwar unter drei Aspekten:
1. Die Konsololidierungsphase der Gruppe begann mit einem Projekt (Kongreß), an dem sich die „Autoritäten" nicht beteiligten, weil es ihre Interessen und primären Arbeitsbereiche kaum oder gar nicht tangierte. Daraus folgt: Ein Emanzipationsprozeß von einer Reihe jüngerer Genossen wurde dadurch eingeleitet, daß — zugestandenermaßen unter Druck — selbsttätig von einem Kollektiv so etwas wie eine aus verschiedenen Gründen „günstige Situation" zufällig genutzt werden konnte. Diese Charakteristik darf jedoch nicht zu dem Schluß führen, es ginge im Zuge eines Emanzipationsprozesses entweder darum, einen Bereich zu finden, der nicht von „Autoritäten" theoretisch monopolisiert wird, oder gar darum, daß von diesen „Autoritäten" ein derartiger Prozeß dadurch mitinitiiert wird, daß sie sich zunächst einmal aus der Gruppe zurückziehen. Beide Konsequenzen sind falsch, wie später noch begründet werden soll.
2. Der Emanzipationsprozeß von jüngeren und/oder unterprivilegierten Genossen, der damals in der Tat einsetzte, begann jedoch nicht in dem Moment, indem aus den Fakten die Konsequenzen gezogen worden waren, sondern er begann früher: Die Analyse selbst, ihre Diskussion und auch die genannten voraufgegangenen Ereignisse selbst bildeten den ersten und entscheidenden Teil des Emanzipationsprozesses.
Die durch mehr oder weniger zufällige Faktoren notwendig gewordene Selbsttätigkeit von jüngeren Genossen, die dann in der recht breitgefächerten Analyse ihrer und der Gruppe Misere mündete, *war schon Teil der Emanzipation,* die dann fortschritt, als es daran ging, eine faktische neue Gruppenorganisation herzustellen.
3. Die an der selbstkritischen Analyse der Misere der Gruppe Beteiligten waren sich von vornherein darüber im klaren, daß in der Gruppe die Autoritätsproblematik zwar eine Rolle spielte, daß jedoch die Misere *nicht ausschließlich* aus dieser Problematik resultierte. D. h.: Ein vielschichtiger, auch historisch zu verstehender Komplex von bedingenden Faktoren wurde zu keiner Zeit der Analyse auf diese eine Problematik reduziert. Man war sich weiter darüber im klaren, daß auch die Autori-

tätsproblematik selbst nicht auf ein „Stürzt die Autoritäten!" verkürzt werden konnte, daß vielmehr *autoritäre und autoritative* Verhaltensweisen (Horkheimer) gleichermaßen eine Rolle spielten. Der auf Schuldfragen moralisch verkürzte pseudoemanzipatorische Auflehnungsgestus beherrschte in keiner Phase die Diskussion. Diagnostiziert wurde ein „autoritäres Verhaltenssyndrom" (Reichwein), das durch ein irrationales Aufbegehren nicht abgebaut, sondern nur weiter bestätigt werden konnte.
Dieses autoritäre Verhaltenssyndrom konkret zu erfassen, es in bezug zu anderen Faktoren zu setzen, in denen wir weitere Ursachen der Misere sahen (z. B. Sympathisantenproblem, Verhältnis: „linker" AStA-SDS, Kommunikationsprobleme Erlangen-Nürnberg, fehlendes ständiges Zentrum„ Karteileichen . . .), und daraus bestimmte Konsequenzen zu ziehen, war der Sinn der folgenden Thesen. (Diese Thesen sind hier in leicht verallgemeinerter Form wiedergegeben.)

III.
1. These: In dem Maße wie bei einigen Genossen antiautoritäre Haltung zur bloßen Attitüde gerinnt, dient diese Attitüde zur Kaschierung der eigenen Fixierung an „Autoritäten" in der Gruppe.
Antiautoritäre Haltung wird vielfach SDS-intern auf eine reine Attitüde reduziert, die sich vor allem in Kumpanei ausdrückt, und zwar gerade auch Kumpanei mit den Genossen, die qua Sachverstand „Namen" und vielfach auch Titel haben. Deutlich wird dieses biedernde Kumpanei-Gehabe besonders dort, wo es gegenüber Nichtmitgliedern zur Geltung gebracht werden kann.
Auffallend ist dies besonders dort, wo einmal an die Stelle großer und daher vielfach anonymer Massen kleinere Personenkreise treten, und zum anderen dann, wenn es sich um Veranstaltungen handelt, in denen die „Autoritäten" ein Lehr-Amt ausüben, also in Seminaren, die sie innerhalb der Universität leiten.
Das, was antiautoritäre Haltung ausmachen sollte, fehlt dann bei den Genossen weitgehend: die durch seine Funktion schon begründete Autorität des Seminarleiters wird, ebenso wie seine Beiträge, selten offen in Frage gestellt, selbständige Mit- und Weiterarbeit bleibt aus. Statt dessen (nur einige Symptome): Unpünktlichkeit, mangelhafte Gesprächsdisziplin, schlechte Referate und Thesen . . . Die durch den Informationsvorsprung begründete Autorität wird also weder angezweifelt, noch bemüht man sich, selbsttätig den Informationssprung zu reduzieren. Vielmehr verläßt man sich darauf, daß die SDS-Aura, die die „Autoritäten" auf Grund

ihres Wissens und ihrer Fähigkeit zur rationalen Argumentation besitzen, auch auf sie überstrahlt. Die reine Gruppenzugehörigkeit wird als Ausweis für Mehr-Wissen-und-mehr-Können betrachtet.
Resultat dieses Gehabes, (das hier nur am Beispiel akademischer Seminare geschildert wurde, jedoch für andere Veranstaltungen ebenso zutrifft) ist: Es wird eine Kluft geschaffen, das Nicht-dazu-Gehören dokumentiert. Die Nicht-Genosen (vielfach Sympathisanten) werden dadurch in ihrer durch die Universitätsstruktur bedingten und anerzogenen autoritätshörigen Haltung nur weiter bestärkt. Dieser Mechanismus: Herausbildung von Autoritäten — Sich-Beugen vor der Autorität — Kompensierung des Sich-Beugens (vielfach) durch antiautoritäre Attitüden — dadurch eingebildete Teilhabe an „linker intelligentia" — dadurch Elitenbildung, wird zum Teufelskreis, wenn er nicht von beiden Seiten durchschaut wird, und man sich bemüht, die Konsequenzen zu ziehen.
2. These: Das Verhalten der „Autoritäten" basiert auf einer falschen Einschätzung der Situation des SDS und ihrer eigenen Funktion im SDS.
Die Tatsache, daß im SDS ein erstaunliches Niveaugefälle zu konstatieren ist, wäre nicht weiter zu reflektieren, wenn aus ihr zugleich die Konsequenzen zu ihrer Überwindung gezogen würden. Daß dies eben nicht (oder nur selten) geschieht, hängt z. T. damit zusammen, daß die „Autoritäten" ihre Fähigkeiten, über die sie in höherem Maße als andere Genossen verfügen, nicht richtig einschätzen und deren Funktion für den SDS falsch sehen. Wünschenswert wäre es, wenn diese Fähigkeiten in der Weise zur Geltung kämen, daß der gesamte SDS in stärkerem Maße als bisher davon profitieren könnte. Dies kann jedoch nur dann geschehen, wenn die Genossen „Autoritäten" ihre Funktion *auch* didaktisch (bzw. pädagogisch) verstehen. Daran jedoch mangelt es entschieden, was auf MVs, dem jour fix, teach-ins ... deutlich wird: *sie leiten Diskussionen und Reflexionsprozesse nicht ein, sondern beenden sie* (wenn auch nicht immer im wortwörtlichen Sinne). Damit haben ihre Beiträge nicht selten die Funktion, *Entscheidungen herbeizuführen, anstatt Entscheidungsalternativen erst einmal anzubieten.* Abgestritten werden kann selten, daß die aus diesen Beiträgen resultierenden Entscheidungen zumeist richtig und vernünftig sind; abgestritten werden kann auch nicht, daß gerade in den letzten beiden Jahren, besonders in Zeiten hohen Aktionsdruckes, die „Autoritäten" eine Aufgabe zu erfüllen hatten und erfüllt haben, der andere Genossen kaum in dieser Weise hätten gerecht werden können: nämlich das kurzfristige und trotzdem abgewogene Fällen von Entscheidungen, die Vorbereitung von schlüssiger theoretischer Argumentation und damit letztlich die theoretische Fundierung der gesamten Arbeit der letzten

Jahre. Aber: Gerade die oft mangelhafte Umsetzung von Entscheidungen in die Praxis, zeigt, daß etwas faul ist. Dies läßt sich nicht allein auf mangelnde Bereitschaft vieler Genossen, Zeit- und Finanzmiseren zurückführen. Tieferliegende Ursache scheint mir zu sein, daß die Argumentationen, die zu Entscheidungen führten, wohl ad hoc *mit*vollzogen, jedoch vielfach nicht in dem Maße *weiter*reflektiert werden konnten, daß der praktische Vollzug als Umsetzung fundierter rationaler Argumentation auszuweisen war. Z. T. wird diese Misere von den „Autoritäten" selbst gesehen. Dort wo sie es sehen, reagieren sie aber zumeist wie „schlechte Lehrer": Sie meinen dann durch Fernbleiben oder Schweigen der Aktivierung der Selbsttätigkeit der Genossen einen Dienst zu erweisen, verlieren aber die Geduld, wenn sich nicht sofort die erhofften Erfolge einstellen, und zerstören dann durch Kundgabe ihres Unmutes wiederum den Lernprozeß, den sie eigentlich initiieren wollten. Sie, die mehr als andere aus besserer Einsicht heraus von langfristiger Strategie reden, sind nicht in der Lage, dort, wo allein sie es könnten (und müßten) nach „diktaktischer Strategie" zu handeln.

Dem Verhalten „wie ein schlechter Lehrer" kommt entgegen, daß sich viele Genossen wie „schlechte Schüler" verhalten, d. h., sie legen auf MVs und anderen SDS-Diskussionen ein (Universitäts-)Seminargehabe an den Tag: sie halten das Maul, aus Angst, sich durch undifferenzierte Fragen und Beiträge zu blamieren und somit der Gunst der „Autoritäten" verlustig zu gehen. Dies läßt sich nicht zuletzt darauf zurückführen, daß SDS-intern ähnliche Sanktionsmechanismen zu finden sind wie im Studienbetrieb: Beifalls- und Mißfallenskundgebungen jeder Schattierung und weitgehend irrationaler Art, verbale Wertungen etc.

Wenn nun die „Autoritäten" erwidern, daß man halt von Genossen mehr erwarten müßte, dann gehen sie eben von falschen Voraussetzungen aus, denn mit dem Eintritt in den SDS ist ein Lernprozeß nicht abgeschlossen, sondern er beginnt dann vielfach erst. Das, was die sog. Autoritäten voraussetzen, sollte eben gerade von ihnen mitinitiiert werden: kritische Haltung, Selbsttätigkeit, theoretisches Wissen und letztlich auch die Fähigkeit, Theoretisches in Praxis umzusetzen. Gerade dies aber können die „Autoritäten" oft nicht leisten, weil es bei ihnen selbst anscheinend mit der Vermittlung von Theorie und Praxis nicht so recht „klappt". Ihr vielgerühmter Sachverstand bleibt in vielem rein akademisch. Die Tatsache, daß sie im SDS zu „Autoritäten" avancierten, resultiert oft aus dem Dilemma, daß eben rein theoretisches Wissen und Beredtsamkeit von vielen Genossen höher geschätzt wird, als ein Sich-Verhalten gemäß der theoretischen Einsicht.

(In diesem Zusammenhang bedarf es eines Wortes über das Verhältnis zwischen dem SDS und Instituten — Soziologie, Politische Wissenschaft . . . —, in denen „linke Theorie" gelehrt wird: Kennzeichen dieser Institute ist es, daß eben die Vermittlung von Theorie und Praxis gegenwärtig kaum über spärliche Ansätze hinausgehen kann. Hauptfehler der dort Wissen akkumulierenden Genossen ist es, daß sie diesen Tatbestand entweder nicht sehen oder ihn als unabänderlich betrachten. So wird von vielen Genossen die Teilnahme an derartigen akademischen Veranstaltungen schon als Ableistung ihres „revolutionären Solls" betrachtet. Ihre Aktivität hört damit dort auf, wo sie eigentlich beginnen sollte.)

3. These: Viele Genossen verhalten sich so, als sei der SDS nur eine elitäre Korporation innerhalb des akademischen Bereichs.

Diese Genossen sind nichts anderes als Opfer der Universitätsstruktur und damit eben der Gesellschaftsstruktur, die kritisch bloßzulegen, zu bekämpfen und zu überwinden gerade unsere Aufgabe sein sollte. (Dies weist nur noch einmal darauf hin, daß die autoritäre Struktur des SDS eigentlich eine gesellschaftlich vermittelte Problematik ist. Dieser Zusammenhang bedürfte einer wesentlich ausführlicheren Analyse, die an dieser Stelle nicht geleistet werden kann.) Sie haben die Universitätsstruktur und die dazugehörigen Verhaltensnormen schon soweit verinnerlicht, daß sie sich kaum davon befreien können. Und was noch verhängnisvoller ist: Sie betrachten vielfach die Zugehörigkeit zum SDS schon als einen Emanzipationsakt, ohne diesen emanzipatorischen Anspruch durch ihr Verhalten zu begründen. In dieser „Ideologie" (Zugehörigkeit zu einer weitgehend in den akademischen Bereich inkorporierten politischen Gruppe = Befreiung von den Zwängen der Universitätsstruktur) werden diese Genossen sogar noch bestärkt durch diejenigen Genossen, die als Autoritäten gelten. Denn diese „Autoritäten" sind weitgehend nur Autorität durch *akademische Exponiertheit.*

So werden denn auch Plaketten, linke Schlagwörter, Aufkleber . . . zu Fetischen, d. h. ihre ursprüngliche Signalfunktion ist verloren gegangen, sie haben sich verselbständigt. Genau in diesen Kontext gehören dann auch die schon genannten antiautoritären Attitüden, die dann nur Ausweis für Zugehörigkeit zur „Elite", nur Gruppenverhaltensnorm der „linksintellektuell Privilegierten" sind.

Wo akademisches Wissen vorhanden ist, bleibt es akademisch oder wird „praktisch" allein in Fetischen und Attitüden. Wo Theorie fehlt, bleiben allein leere Fetische oder — was noch verhängnisvoller ist — die Gefahr des Aktivismus, der sich an nicht hinreichend reflektierten Schlagwörtern orientiert.

4. These: Die autoritäre Struktur einzelner Gruppen ist Produkt und zugleich Produzent einer weiteren Verfestigung der autoritären Struktur des Gesamtverbandes.
Eine — zur Begründung hier sicherlich notwendige — historische Analyse soll ersetzt werden, durch einen kurzen Rückgriff auf die 22. o. DK., auf der die Parole von der Dezentralisierung nur schlecht die mangelhaft gezogenen Konsequenzen vertuschen konnte. Das Resultat: Ein „schwacher BV", jedoch in „starken Händen", und die Forderung nach Selbsttätigkeit, die nur Appell blieb, führten weder, wie intendiert, zu einer Dezentralisierung, noch, wie oft behauptet, zu einer Zentralisierung, sondern zur Isolierung des BV als Spitze eines Verbandes, der nur als lose Summe seiner einzelnen Ortsgruppen existierte. Weder gelang es dem BV die Kommunikation mit und zwischen den Gruppen zu initiieren, noch gelang es den Gruppen von sich aus, die Verbindung zum BV in reletanter Weise herzustellen. So konnte sich der BV verselbständigen, seine Aufgabe reduzierte sich auf Repräsentation nach außen und auf den Versuch, in Frankfurt exemplarisch Politik zu betreiben. Frankfurter Politik als — vielleicht nicht intendiertes, jedoch von vielen Gruppen derart interpretiertes — Modell für die Politik anderer Gruppen mußte unweigerlich in Konkurrenz zur Politik anderer SDS-„Hochburgen" treten. Konkurrenzkampf wurde nicht, wie es vernünftigerweise hätte geschehen müssen, ausgetragen als politische Diskussion zwischen verschiedenen Gruppen, in denen sich unterschiedliche ideologische Positionen herausgebildet hatten. Dies konnte auch gar nicht geschehen, da einfach die Möglichkeiten einer dafür notwendigen intra- und interregionalen Diskussion nicht gegeben waren. An die Stelle einer horizontalen Diskussion der politischen Praxis traten Machtkämpfe hinter den Kulissen, zu deren Objekt die Frankfurter Modellpolitik wurde. Ausgetragen wurden diese Kämpfe von denen, die 1. Repräsentanten ideologisch konträrer Positionen waren, die 2. über die notwendigen „Kanäle" verfügten und denen man daher 3. die Beeinflussung der Modellpolitik zutrauen konnte, kurz von den „Autroritäten", er führte andererseits aber auch zu einer völligen Hilflosigkeit und Desorientierung vieler derjenigen Gruppen, die nicht über irgendeine „Autorität" an den Hintergrundgesprächen partizipieren konnten.
Die dadurch bedingte Monopolisierung von Einfluß verstärkte die Ungleichzeitigkeit zwischen den einzelnen Gruppen und kann — zieht man nicht die Konsequenzen — schließlich die Preisgabe der Bedingung der Möglichkeit für das Entstehen einer verbindlichen Gesamtstrategie zur Folge haben.

IV.

Welche Konsequenzen lassen sich nun aus der Analyse ziehen? Es dürfte deutlich geworden sein, daß weder allein eine wie immer auch geartete Veränderung der Struktur der einzelnen Gruppen durch Eigeninitiative, noch eine von oben aufgesetzte Neuorganisierung des Gesamtverbandes das Problem löst.

Deutlich geworden sein dürfte ebenfalls, daß die Lösung weder in einem emotionalen Aufbegehren gegen „Autoritäten", noch in einer Isolierung der bzw. von den „Autoritäten" liegt.

Das Aufbegehren verkennt die Komplexität des autoritären Syndroms, zu dem gerade auch die, wenn auch negative Fixierung an Autoritäten gehört. Die Isolierung stellt deshalb keine Möglichkeit dar, weil sie einmal die Gefahr einer theoretischen Isolierung und Verselbständigung impliziert, zum anderen aber auch die Bedeutung der „Autoritäten" für die Gruppe und den Verband übersieht. Andererseits ist das Erlanger Beispiel (soweit es eine einzelne Gruppe betrifft) kaum zu kopieren.

Einige Konsequenzen, z. T. in negativer Weise schon angedeutet, sollen im folgenden kurz skizziert werden:

1. Zunächst sei noch einmal auf den „emanzipatorischen Effekt" derartiger Analysen hingewiesen, sofern diese nicht aus Allgemeinplätzen bestehen, sondern detailliert die jeweilige personelle, organisatorische, soziale ... Situation miteinbeziehen.

2. Die Funktion von Autoritäten in einer Gruppe resultiert zumeist aus deren individuellen Neigungen, Fähigkeiten und aktuellen Arbeitsgebieten, d. h. allgemein gesagt: sie bestimmen ihre Funktion in der und für die Gruppe selbst. Gerade diese individualistische Selbstbestimmung, die nicht selten an den objektiven Erfordernissen der Gruppe vorbeigeht, gilt es in der Gruppe zu reflektieren und zu ersetzen durch eine kollektive Bestimmung der Funktion von „Autoritäten" in der Gruppe und damit für die Ziele dieser Gruppe. (Ähnliches sollte auf der Verbandsebene reflektiert werden.) Daß dies nicht zu einer funktionalistischen Verwendung von personifizierten besonderen Fähigkeiten führen darf, ist selbstverständlich. Es bedarf wohl kaum des Hineises darauf, daß dem Kollektiv, das diese Bestimmung jeweils vorzunehmen versucht, die „Autoritäten" mitangehören.

3. Die vielfach beschworene didaktische (oder pädagogische) Funktion der „Autoritäten" kann nicht darin bestehen, daß ihnen das Monopol von Lehre und Schulung zugesprochen wird. Dies würde bedeuten, die bürgerliche Interpretation des Lehrer-Schüler-Verhältnisses auch in den SDS hineinzutragen. Vielmehr geht es um ein näher zu bestimmendes

didaktisches Verhalten: didaktisches Verhalten kann nicht allein heißen, andere etwas zu lehren, was diese noch nicht wissen, sondern muß auch heißen, *den Lernprozeß zu initiieren und streckenweise zu kontrollieren.* Lernprozesse bestehen obendrein nicht allein in der Akkumulation von Kentnissen und Zusammenhängen, sondern zudem darin, die Vermittlung von Theorie und Praxis zu lernen, d. h. die theoretisch fundierte Analyse von Aktionen etc. durchzuführen und wieder einfließen zu lassen in die Vorbereitung und Durchführung weiterer Aktionen. Weil aber gerade dazu die „Autoritäten" (siehe These 2) vielfach selbst nicht in der Lage oder willens sind, kann die Bestimmung der Funktion der „Autoritäten" nicht darauf hinauslaufen, ihnen so etwas wie ein Reservat der Theorie (also von Praxis isolierter Theorie) einzuräumen.
Ihre didaktische Funktion können sie daher nur dann erfüllen, wenn sie zugleich teilnehmen an der täglich zu leistenden Umsetzung von theoretischen Erörterungen in strategische, taktische und technische Konsequenzen und an der Praxis selbst.
Die Verwechselung von innerverbandlichem antiautoritärem Verhalten mit ins organisatorische Chaos treibender Unverbindlichkeit, die zumeist aus einer Fetischisierung auch des kleinsten Ansatzes von Bürokratie und Organisation resultiert, die zudem zeigt, daß viele Genossen nicht verstanden haben, daß antiautoritäres Verhalten vielfach noch Ziel und nicht schon jederzeit und überall praktizierbare Möglichkeit ist, muß als Konsequenz die erneute Reflexion der Gruppenorganisation haben.
Antiautoritäre Attitüde, sowohl in der Form des Auflehnungsgestus als auch in der Form des Kumpaneigehabes, kann nur dann abgebaut werden, wenn die Gruppenorganisation Möglichkeiten schafft, diese Fixierung zu neutralisieren. Dies heißt: es muß sowohl möglich sein, daß sich mehrere Genossen jeweils zu Gruppen (Kollektiven, Kommunen) unter möglichst ähnlicher Ausgangssituation zusammentun, um *selbständig* — also nicht unter dem Patronat einer „Autorität" — Arbeit zu planen und durchzuführen, andererseits muß es möglich sein, daß diese Arbeit (z. B. von einem Kollektiv jüngerer Genossen) einer kollektiven Kritik — nicht also der Kritik durch einzelne — ausgesetzt wird. Diese Kritik sollte immer dann eine ins Positive gewendete Kritik sein, wenn sie die Arbeit einer Gruppe gerade jüngerer Genossen betrifft.
(Hier ist auch genau der Punkt, an dem sowohl die Kommuneproblematik als auch die unter ganz bestimmten Umständen manchmal positive Funktion einer zeitlich begrenzten, thematisch begründeten Isolierung eines Gruppenteils genauer reflektiert werden müßte.)

5. Die Gefahr, daß bestimmte „Autoritäten" — vielfach vielleicht gegen ihren Willen — Teile von Gruppen manipulieren, indem sie einmal nicht dazu beitragen, daß der Theorievorsprung, den sie besitzen, aufgeholt wird, indem sie zum anderen konträre Positionen innerhalb des Verbandes ignorieren, kann allein dadurch aufgehoben werden, daß eben diese zumeist jüngeren Genossen die Möglichkeit erhalten, mit anderen Positionen konfrontiert zu werden. Konfrontation kann hier jedoch nicht bedeuten, daß ihnen die ihnen ohnehin zur Verfügung stehende Möglichkeit, die „neue kritik" die „Blätter . . .", „was tun" oder gar „facit" zu lesen, nur noch einmal wärmstens empfohlen wird, sondern muß darüber hinaus heißen, daß sie teilnehmen an Diskussionen über divergierende Positionen verschiedener Fraktionen des Verbandes. Die derartige Positionen oft verschleiernde, fast nur deklamatorische DK schafft diese Möglichkeit (zumindest in ihrer bisherigen Form) nicht. Obendrein müßten solche Diskussionen wesentlich häufiger stattfinden, ohne daß hiermit dem Ideal der permanenten Diskussion das Wort geredet werden soll. Wollte man dies organisatorisch wenden, dann müßte man dreierlei berücksichtigen: notwendig ist eine thematisch orientierte Kommunikation einmal im Hinblick auf die Arbeit der ständigen Projektgruppen (Hochschule, Betrieb, Schule, Justiz . . .) bezw. Basisgruppen, zum zweiten im Hinblick auf die regionalspezifischen, oft kurzfristigen Aktionen (neues Hochschulgesetz, Kommunalwahlen . . .) und drittens im Hinblick auf wiederum überregionale, von der jeweiligen geographischen (Hafenstädte), militärischen (Garnisonsstädte), industriellen (Siemensstädte) . . . Situation ausgehende Projekte. Kommunikation zwischen Gruppen bzw. Projektgruppen sollte nicht allein zu unverbindlichem Erfahrungsaustausch führen, sondern in der Erarbeitung verbindlicher Strategie für Projekte (aus jeweils einer der drei genannten Projektarten) münden.
Um die notwendige Diskussion auch vom Institutionellen her verbindlich zu machen, reicht es nicht aus, es in das Belieben der einzelnen Gruppen, bzw. deren Projektgruppen zu setzen, ob, wann und in welcher Weise sie nun versuchen, Kontakt mit anderen Gruppen aufzunehmen. Es wäre vielmehr erforderlich, häufiger tagende, thematisch spezifische Arbeitsseminare zu institutionalisieren und deren Verwaltung, und damit die Verwaltung bestimmter langfristiger Themenbereiche, an verschiedene Gruppen zu delegieren. (siehe Vorschlag Gäng)

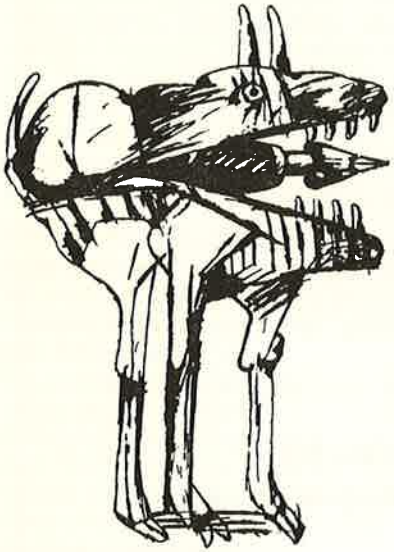
V.

Wenn Gen. Schauer am letzten Tag der 23. DK zu vorgerückter Stunde als wichtigstes Ergebnis der DK die manifest gewordenen Emanzipations-

bestrebungen der Frauen und jüngeren Genossen bezeichnete und ironisch die Frage nach einem Emanzipationssekretariat stellte, dann ist dies nur deutlichstes Symptom einer über weite Strecken zu eng geführten DK-Diskussion der genannten Problematik. Wenn die Berliner Genossin Emanzipation z. T. gleichsetzten mit totaler Isolierung, wenn die Erlanger Thesen zur Autoritätsproblematik als Kampfansage an einzelne Autoritäten im Verband mißverstanden wurden, dann spiegelt dies in eklatanter Weise eben gerade die diagnostizierte autoritäre Struktur. Wenn Gen. Krahl — auch unter Hinweis auf die Autoritätsproblematik — mit rhetorischer Zirzensik neue Schlagwörter wie Köder auswarf, in der Hoffnung, die Anrufung der „individuellen Autonomisierung" und eine „Repolitisierung des BV" könnten die „dilemmatische" Situation verbessern, und erkennen mußte, daß niemand so recht anbiß, wenn die eingefleischten Antiautoritären einerseits jede Intervention vom Präsidium als Eingriff in persönliche Freiheiten protestierend rügten, sich jedoch immer dann selbst entlarvten, wenn sie wohl den „Großen", weniger aber den „Kleinen" am Mikrophon Aufmerksamkeit schenkten, dann weist dies nur darauf hin, daß beide Seiten des Problems, sowohl die des Autoritäts-Subjekts (Horkheimer) nur diffus erkannt worden sind, und man es jeweils so wendete, wie es einem selbst gerade paßte: als Kritik oder Selbstkritik, als taktische Waffe im Kampf zwischen Fraktionen oder als irrationale Aufmüpfigkeit, die weitgehend nur Aggressionen abführen soll. Es geht weder um ein „Nun emanzipiert Euch man schön!", noch um das „Kampf den Autoritäten!". Beide Aspekte sind korrelative Bestandteile derselben Problematik, die wiederum nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit einer politisch geführten, jedoch auf Praktikabilität bedachten Organisationsdebatte gesehen, und allein in der Spannung zwischen Reorganisierung der einzelnen Gruppen und Neustrukturierung des gesamten Verbandes gelöst werden kann.

Seit September

Reihe Hanser



Poesie und Politik, Erzählung und Essay, Fiktion und Dokumentation.
Erstveröffentlichungen oder wichtige Texte, die nicht mehr greifbar sind.
Aktuelle Texte, die über das kurzlebige Interesse hinaus für Literatur und Politik Bedeutung haben.

Band 1: **Elias Canetti, Die Stimmen von Marrakesch**

Band 2: **Régis Debray, Die Grenze/ Ein gewiefter Bursche**

Band 3: **Marx-Chronik, Daten zu Leben und Werk**

Band 4: **Dmitrij Lichatschow, Nach dem Formalismus**

Band 5: **Erich Fried, Zeitfragen** Gedichte

Band 6: **Max Stirner, Der Einzige und sein Eigentum und andere Schriften**

Band 7: **Reinhard Lettau, Feinde**

Band 8: **Tadeusz Rózewicz, Entblößung**

Band 9: **Richtlinien und Anschläge** Materialien zur Kritik der repressiven Gesellschaft

Band 10: **Stanislaw Jerzy Lec, Letzte unfrisierte Gedanken** Aphorismen

Band 11: **Günter Kunert, Die Beerdigung findet in aller Stille statt**

Band 12: **Kritik - von wem, für wen, wie?** Eine Selbstdarstellung der Kritik

Jeder Band 5.80 DM
(Band 3 und 6: 7.80 DM)

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 27, Kolbergerstraße 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 28 25 64

Im November liefern wir aus:

V oltaireHandbücher

Agitationsmodell für eine Revolution
Interviews, politische Gespräche
Presseerklärungen und Aufrufe von und mit Daniel Cohn-Bendit. Herausgegeben von Samuel Schirmbeck.
Die von ihm initiierte „Bewegung des 22. März" wurde Modell für die Erhebung in ganz Frankreich: direkte Demokratie, parallele Macht, Selbstverwaltung, Selbstverteidigung, Spontaneität waren die sie kennzeichnenden Begriffe, die zu einer Neubesinnung nicht nur auf den Marxismus, sondern auf auf die potentielle Rolle des Anarchismus führen müssen. In seinen Interviews gibt Daniel Cohn-Bendit Aufschluß über eine modellhafte anti-autoritäre Bewegung.
V oltaireHandbuch 3 ca. 150 Seiten ca. DM 8,–

Ernesto Che Guevara
Aufzeichnungen aus der Guerrilla
Mit einem Vorwort von Fidel Castro
Herausgegeben und aus dem Spanischen übersetzt von Irma Reblitz
Die Aufzeichnungen, die Che nach dem Sieg der Revolution in der Zeitschrift der Rebellenarmee Verde Olivo fortlaufend veröffentlichte, werden eingerahmt durch den Nachruf Fidel Castros über Rundfunk und Fernsehen sowie einige Aufsätze Guevaras zum gleichen Thema und seine wesentlichen Briefe, die erstmals in Europa erscheinen.
V oltaireHandbuch 6 ca. 350 Seiten ca. DM 14,–

V oltaireFlugschrift

Die Tschechoslowakei 1945–1968
Zwischen Kapitalismus und Revolution
Reden, Dokumente, Analysen
Mit einem Aufsatz von Ota Sik und einer Einleitung von Hans-Jürgen Krahl
Beiträge von Rainer Deppe, Michael Bärmann u. a.
V oltaireFlugschrift 26 ca. DM 4,–

Edition Voltaire · 6 Ffm. Paul-Ehrlich-Str. 25

Politische Ökonomie

Geschichte und Kritik

Kritik der politischen Ökonomie heute
100 Jahre „Kapital"
Referate vom Frankfurter Colloquium im September 1967
359 Seiten, kartoniert 22,– DM,
Leinen 32,– DM

Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital"
In zwei Bänden 366/320 Seiten,
kartoniert 29,– DM,
Leinen, 686 Seiten, 38,– DM

Neu im Herbst 1968

Ernest Mandel
Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx (1843–1863)
224 Seiten,
Snolin-Broschur 12,– DM,
Leinen 18,– DM

Maurice Dobb
Ökonomisches Wachstum und Planung
134 Seiten,
Snolin-Broschur 9,– DM,
Leinen 14,– DM

Bruno Fritsch
Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx
138 Seiten,
Snolin-Broschur 12,– DM,
Leinen 18,– DM

Joseph M. Gillman
Prosperität in der Krise
308 Seiten,
Snolin-Broschur 20,– DM,
Leinen 28,– DM

Adolph Lowe
Politische Ökonomie
362 Seiten,
Snolin-Broschur 18,– DM,
Leinen 25,– DM

Rudolf Hilferding
Das Finanzkapital
516 Seiten,
Snolin-Broschur 29,– DM,
Leinen 38,– DM

Joan Robinson
Die fatale politische Ökonomie
87 Seiten,
Snolin-Broschur 7,– DM,
Leinen 12,– DM

Europäische Verlagsanstalt